

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Montag, 2. Oktober 1911 vorm.

Die Schließung der tschechischen Schulen. Der Statthalter hat unterm 30. Sept. nachstehenden Erlaß an den Bürgermeister gerichtet: Laut Ihres Berichtes vom 30. Sept. 1911 hat der Wiener Magistrat den Beschluß gefaßt die am 23. Sept. 1911 vorgenommene Sperre der vom Komrnsky-Vereine zu Schulzwecken benützten Räumlichkeiten des Hauses 3., Schützengasse 31 wieder aufzuheben und haben Euer Hochwohlgeboren diesen Beschluß des Magistrates sistiert und die Entscheidung dahin getroffen, daß eine Aufhebung der vom magistratischen Bezirksamte für den 3. Bezirk verfügten Sperre und der genannten Schule derzeit nicht erfolgen könne.

Im Grunde des § 107 des Gemeindestatutes für die k.k. Reichshaupt und Residenzstadt Wien finde ich meinerseits diese Ihre Verfügung zu sistieren und zu entscheiden, daß im Sinne des Beschlusses des Wiener Magistrates die Aufhebung der vom magistratischen Bezirksamte für den 3. Bezirk verfügten Sperre sofort durchzuführen ist.

Hiefür waren für mich folgende Erwägungen maßgebend:

Mit der Entscheidung der Baudeputation für Wien vom 19. Juni 1911 wurde die Entscheidung des Wiener Magistrates Abt. 14 vom 28. Sept. 1910 betreffend die Untersagung der Benützung von adaptierten Räumen im oben bezeichneten Hause zu Schulzwecken und betreffend den Auftrag zur Erstellung der Benützung dieser Räume für Schulzwecke bestätigt.

Der Komensky-Verein, welcher gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen hat, hat mit der Eingabe de präs. 15. Juli 1. J. bei der Baudeputation für Wien um Bewilligung der aufschiebenden Wirkung dieser Beschwerde angesucht.

Dieses Ansuchen wurde mit dem Erlasse der Baudeputation vom 15. Juli 1. J. an den Wiener Magistrat Abt. 14 zum Anschlusse der Verhandlungsakten und Antragstellenden Berichtserstattung mit dem Auftrage geleitet, mit dem Vollzuge der Entscheidung der Baudeputation vom 19. Juni 1911 bis zur Entscheidung über das Ansuchen des Komensky-Vereines de präs. 15. Juli 1. J. innezuhalten. Dieser Bericht ist bisher nicht erstattet worden.

Das magistratische Bezirksamt für den 3. Bezirk hat nun unterm 23. Sept. 1. J. im Widersprache mit dem eben erwähnten Auftrage der Baudeputation an den Eigentümer des mehrgenannten Hauses auf Grund des § 7 der kais. Verordnung vom 20. April 1854 neuerlich das Verbot erlassen, die adaptierten Räume des Hauses 3., Schützengasse 31 zu Schulzwecken weiter

benützen zu lassen, und gleichzeitig auf Grund der obzitierten kais. Verordnung zum Zwecke des Vollzuges die Sperrung der verbotswidrig benützten Räume angeordnet.

Ueber eine gegen diese Verfügung eingebrachte Beschwerde hat die Baudeputation für Wien diese Verfügung unter dem 25. September 1. J. außer Kraft gesetzt und die sofortige Aufhebung der erwähnten Sperre angeordnet, weil die Entscheidung über das Gesuch des Komensky - Vereines vom 15. Juli noch gar nicht erfolgt ist und die Einleitung von Exekutionsmaßnahmen dem im Grunde des § 17 des Gesetzes vom 22. Oktober 1875 erlassenen Auftrag vom 15. Juli widerstreitet.

In befolgung dieser oberbehördlichen ~~Entscheidung~~ Verfügung hat der Wiener Magistrat den eingangs erwähnten Beschluß auf Behebung der Sperre ~~abgelehnt~~ gefaßt; die von Euer Hochwohlgeboren verfügte Sistierung dieses Beschlusses verstößt demnach gegen die Bestimmungen des § 101 ~~des~~ des Wiener Gemeindestatutes, nach welchem der Magistrat zum genauen Vollzuge der ihm durch besondere Anordnung der Regierung übertragenen Aufträge verpflichtet ist.

Gegen diese Entscheidung steht der beim Statthaltereipräsidium binnen vier Wochen von dem dem Zustellungstage nachfolgenden Tage an gerechnet, einzubringende Rekurs an das k.k. Ministerium des Innern offen; einem solchen Rekurse kann aber die aufschiebende Wirkung nicht zuerkannt werden.

Ich gewärtige einen Bericht Euer Hochwohlgeboren über des Vollzug meines vorstehenden Auftrages binnen 3 Tagen.

+ + +

Das Magistratsgremium tritt heute mittags um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um über den erglossenen Auftrag Beratung zu pflegen.

Erste Österreichische Sparkasse. Bei der Ersten Österreichischen Sparkasse wurden im Monate September von 20.591 Parteien 7,507.863 K eingelegt und an 20.541 Parteien 8,966.318 K rückgezahlt. Der Stand des Einlags - Kapitals betrug Ende September zu 3 1/2 % 547,130.290 K. Bei der Hypotheken-Liquidatur wurden im Berichtsmonate 1,994.235 K zugesahlt und 714.445 K rückgezahlt. Der Stand des Hypothekar-Darlehens betrug Ende des Monats 309,825.820 K. Bei der Pfandbrief - Anstalt wurden im September Hypothekar - Darlehen im Betrage von 41.100 K eingezahlt. Am Ende des Monats betragen die sämtlichen ausstehenden Darlehen 20,015.385 K, der Tilgungs- und Einlösungsfond 205.015 K, die Pfandbriefe im 60 jährigen Umlauf 20,220.400 K. - Bei der Effekten- und Vorschuss - Abteilung der Ersten Österreichischen Sparkasse wurden im Monate September an Wechseln 17,609.646 K eskontiert und 18,485.727 K einkassiert.

Kronprinz Rudolf-Kinderspital. Die Ziehung der Effekten-Loterie für das Kronprinz Rudolf-Kinderspital im 3. Bezirk findet Mittwoch den 4. d.M. abends 8 Uhr im steinernen Saale des neuen Rathauses statt.

Bezirksvertretung Mariahilf. Am Donnerstag den 5. Oktober 1-11. findet um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf im Sitzungssaale 6. Bezirk Amerlingstraße 6 statt.

Ein Notschrei aus Gersthof. Sämtliche Hausbesitzer und zahlreiche Bewohner jenes Bezirksteiles von Gersthof, welcher vor kurzem zum 17. Bezirk, Hernals geschlagen wurde, haben durch den Vertreter des 1. Wahlkörpers des 18. Bezirkes GR. Dr. Stich nachfolgende Eingabe an den Magistrat gerichtet: Mit dem Gesetze vom 2. Februar 1907, L. G. und Vdgsbl. N. 94 wurde ein Teil der ehemaligen Gemeinde Gersthof vom 18. Bezirke Währing abgetrennt und zum 17. Bezirk Hernals geschlagen. Es betrifft dies den südlich von der Czartoryskigasse gelegenen Teil von Gersthof mit den Gassenbezeichnungen Alseggerstraße 58 bis 64, Czartoryskigasse 41 bis 51, Witthaugasse 61 und 63, Schöffelgasse und mehrere unbenannte Gassen. Diese Straßenzüge haben nach der neuen Bezirksabgrenzung die Namen erhalten: Maystallergasse, Weiskerngasse, Lidlgasse. In dem Motivenberichte des n.ö. Landesausschusses zu dem zitierten Besetze wird die Neuabgrenzung wie folgt begründet: „Jener Teil der einstigen Gemeinde Gersthof, welcher früher

zum 18. Bezirk gehörte, der aber auf dem gegen den 17. Bezirk gerichteten Abhang gelegen ist und indem sich schon bisher das Hernalser Schlachthaus und der Hernalser Friedhof sowie eine große Anzahl mit dem 17. Bezirk zusammenhängender Baulichkeiten befinden, wurde zu diesem letzteren Bezirke einbezogen, da die ganzen Verkehrsbeziehungen dieses Gemeindeteiles sich nur in der Richtung zum 17. Bezirk bewegen und erweitern können.“ Diese Behauptungen beruhen auf einem Irrtum. Denn der derzeit verbaute nunmehr zum 17. Bezirk geschlagene Teil von Gersthof liegt weder auf dem gegen den 17. Bezirk gerichteten Abhang - die Alseggerstraße ist vom 18. Bezirk aus aufsteigend bis zu den letzteren Häusern, welche nunmehr die Straßenbezeichnung „Maystallergasse“ führen -, noch bewegt sich der Verkehr nur in der Richtung zum 17. Bezirk. Das Gegenteil ist der Fall. Die verhältnismäßig kurze Zeit, während welcher sich die neue Einteilung in Wirksamkeit befindet, hat bewiesen, daß die durch die Aenderung geschaffene Lage unhaltbar ist. Denn dem Bewohner dieses Gebietsteiles ist der Verkehr mit den nunmehr kompetenten Behörden und Aemtern wegen der weiteren Entfernung zur Qual geworden: vom eigentlichen Bezirk Hernals trennt die Bewohner dieser Häuser das sogenannte Draschfeld, über welches man bei trockenen Wetter in ca. 20 Minuten nach Hernals gelangen kann; bei Regenwetter findet man den Weg meist überhaupt unpassierbar. Man muß in diesem Falle mit der elektrischen Straßenbahn - die Vorortelinie der Stadtbahn kommt bei dem mangelhaften Verkehr kaum in Betracht - über den Gürtel in den zugewiesenen Bezirk Hernals fahren, ein Umweg von ca. 1/2 Stunde; eine Fahrt in die Innere Stadt kostet in diesem Falle weitaus nicht die Zeit, als eine Fahrt in das geschlossene Gebiet des 17. Bezirkes. Mit dem 18. Bezirk jedoch verbunden sind die verbaute Straßen und Gassen! Das Bezirksamt, die k.k. Steueradministration, das k.k. Bezirksgericht befinden sich für uns in Hernals, das Grundbuch hingegen in Währing; das Polizeikommissariat befindet sich in Hernals, das Postamt in Währing. Ein Brief, der in der Adresse die Bezeichnung „17. Bezirk“ enthält, kommt 24 Stunden später in die Hände des Adressaten). In unserer unmittelbaren Nähe (in der Alseggerstraße) befindet sich eine Polizeiwachstube; dieselbe darf gegebenenfalls aber nicht in Anspruch genommen werden, denn die zugewiesene Wachstube liegt in der Hornayergasse im 17. Bezirk; zu derselben führt in ca 25 Minuten erreichbar - von uns ein Feldweg längs den Wienerberger Ziegeleien. Und dies alles, obwohl wir im geschlossenen, verbaute Gebiete von Gersthof liegen und zu den Behörden in Währing in kurzem Wege, ohne die verbaute Straßenzüge verlassen zu müssen, gelangen können.

Es wird ferner niemand auffallen, statt der in unmittelbarer Nähe von uns befindlichen Gersthofener Pfarrkirche die nunmehr zugewiesene Pfarrkirche am Elterleinplatz in Hernals

zu besuchen, abgesehen davon, daß es schwächlichen Personen gar nicht möglich ist, einen so weiten, ungeschützten Weg in die Kirche zu gehen. Dadurch werden die Pfarrkinder ihrem Parochus proprius entfremdet. Die Schulkinder müßten - wenn nicht für jeden einzelnen die Umschulung bewilligt würde - den beschwerlichen 1/2 Stunde langen Weg über freiliegende Felder nach Hernals zurücklegen. In die Gersthofener Bürgerschule dagegen, welche 3 Minuten von und entfernt ist, kommen Kinder von Neustift, Salmansdorf und dem Dreimarkstein, die über 1 Stunde Weges zurücklegen müßen.

Bei Wahlen in die einzelnen Vertretungskörper liegt das Wahllokal für die Wähler des mehrfach genannten Teiles von Gersthof so abseits - in Dornbach 1/2 Stunden Weges! - daß die Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht dieses äußeren Hindernisses wegen nur ungern Gebrauch machen, bzw. daß gebrechliche Leute von der Wahlpflicht befreit werden müßen. In der nächsten Nähe, in der Alseggerstraße, liegt aber für die übrigen Gersthofener das Wahllokal.

So liegt unser Häuserblock ganz abseits von jedem Zusammenhang: wirtschaftlich für alle Zeiten mit Gersthof und daher mit Währing verbunden, obwohl er mit diesem infolge des damals liegenden Hernalser Friedhofes, des Hernalser Schlachthauses und der Hernalser Tramway - Remise auf Menschenalter hinaus tatsächlich nicht in Zusammenhang gebracht werden kann. Dazu kommt wohl auch der Umstand, daß die Interessen der Bewohner dieses Bezirksteiles wohl mehr mit den Interessen des 18. Bezirkes, der vorwiegend ein Arbeiterbezirk ist, im Einklang sich befinden. Aus dem Geschilderten wolle entnommen werden, daß die Absonderung des genannten Teiles von Gersthof vom 18. Bezirk und die Angliederung an den 17. Bezirk die Bewohner dieses Gebietsteiles sehr hart trifft.

Es wird daher die Bitte gestellt, es möge erwirkt werden, daß die seinerzeit vom 18. Bezirk abgetrennte und mit dem 17. Bezirk vereinigte Teile von Gersthof, wenigstens soweit es den derzeit verbaute Gebietsteil zwischen der Czartoryskigasse und dem Alsdöcken anbelangt, wieder mit dem 18. Bezirk vereinigt werde.

Die Beckmann-Stiftung. Nur Unterstützung dürftiger engagementloser Schauspieler und Schauspielerinnen wird am Mittwoch, den 4. d.M. wieder eröffnet. Das Amtlokale befindet sich wie bisher im neuen Rathaus, 4. Stiege 1. Stock und ist jeden Mittwoch von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags geöffnet.

ZUR HEUTIGEN LANDTAGSITZUNG.

Abg. Bgm. Dr. Neumayer hat in der heutigen Landtagsitzung nachstehende Interpellation an den Statthalter gerichtet: Dem Vernehmen nach wurde gelegentlich der letzten allgemeinen Reichsratswahlen vom Herrn Amtsvorgänger Rurer Excellenz auf Grund der in den Jahren 1908 - 1910 in Angelegenheit des Wahlrechtes zum Reichsrate und Landtage erflossenen Erkenntnisse des k. k. Reichsgerichtes eine Instruktion für die mit der Bearbeitung der Reklamationen betrauten Beamten der k. k. n. ö. Statthalterei verfasst, welche auch die Genehmigung des Herrn Ministers des Innern gefunden haben soll. Wiewohl das k. k. Reichsgericht in seinen bezüglichen Erkenntnissen den Bestimmungen der Reichsrats- und Landtagwahlordnung eine sehr weitgehende Auslegung und der freien Beweiswürdigung im Gegensatze zu der Praxis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes in Wahlangelegenheiten einen sehr weiten Spielraum gegeben hat, so mußte diese Instruktion auf Grund der erfolgten Genehmigung durch das k. k. Ministerium bei der Entscheidung über die eingebrachten Reklamationen als bindend angesehen werden. Tatsächlich sind auch die Entscheidungen der k. k. Statthalterei ursprünglich im Sinne der erflossenen Erkenntnisse des k. k. Reichsgerichtes ergangen. In der späteren Folge aber hat eine einschneidende Aenderung in der Praxis der k. k. n. ö. Statthalterei Platzgegriffen. So wurden ausnahmslos alle Arbeitsbücher, wenn dieselben nicht schon im Vorhinein durch Bemerkungen Zweifel über die Richtigkeit der darin enthaltenen Personaldaten aufkommen ließen, als dokumentarischer Nachweis des Alters und der österreichischen Staatsbürgerschaft angesehen, wie wohl sich nach wiederholten Erkenntnissen nur unter gewissen Umständen, welche die Ausfertigung begleiten, d. i. wenn sie von der Heimatgemeinde ausgestellt sind, oder wenn darin ausdrücklich auf die Dokumente, auf Grund deren die Ausfertigung erfolgte, Bezug genommen wird, als Dokumente zum Nachweis dieser Wahlrechtserfordernisse zu gelten haben. Sehr zahlreich u. zw. insbesondere im 2. und 9. Gemeindebezirke waren die Fälle, daß Heimatscheine als Dokumente zum Nachweis der Österr. Staatsbürgerschaft angenommen wurden, trotzdem das k. k. Reichsgericht dieselben nur dann als zum Nachweis dieser Erfordernisse geeignet erklärt hat, wenn dieselben in der den Vorschriften des Heimatsgesetzes entsprechenden und in einer nach der betreffenden Gemeindeordnung für die Uebnahme von Verbindlichkeiten vorgeschriebenen Form ausgestellt sind. Dasselbe gilt von Reisepässen, die das k. k. Reichsgericht als Staatsbürgerschaftsnachweise überhaupt nicht anerkannt hat. In Bezug auf den Nachweis der Dauer des Wohnsitzes sind sehr zahlreiche Entscheidungen über längere Unterbre-

obungen und Meldeintervalle ganz hinweggegangen und wurden auch bei solchen Unterbrechungen, welche nach der Anschauung des k.k. Reichsgerichtes nur bei dem Vorhandensein gewisser Umstände das Beibehalten des Wohnsitzes als Wahrscheinlich erscheinen lassen, diese maßgebenden Momente wie der Beruf, die Heimataberechtigung und der Stand der betreffenden Personen gar nicht beachtet.

Dieses plötzliche Abweichen von der ursprünglich eingeschlagenen Praxis und den Bestimmungen der angeblichen Instruktion erscheint aber in einem ganz merkwürdigen Lichte, wenn man den Zeitpunkt in Erwägung zieht, in welchem diese Aenderung eingetreten ist. Am 17. Mai 1. J. kurz nachdem die ersten Intimationen der Entscheidungen der k.k. Statthalterei den Reklamanten zugestellt worden waren, übte das Organ der sozialdemokratischen Partei, die „Arbeiter-Zeitung“, in einem mit „Es ist bei der Statthalterei nicht besser geworden!“ überschriebenen Artikel an diesen Entscheidungen ihre gewohnte Kritik und ging sich in Anzügen gegen die Reklamationserledigungen der Statthalterei; dasselbe wiederholte sich am darauffolgenden Tage.

In diese Zeit fällt auch das Abschweifen der k.k. n.ö. Statthalterei und merkwürdigerweise blieb auch die Kritik der „Arbeiter Zeitung“, die sich bei den allgemeinen Reichsrats- und Landtagswahlen 1907 und 1908 während der ganzen Dauer des Wahlvorbereitungsverfahrens an den Entscheidungen der k.k. n.ö. Statthalterei unangesehen geübt hatte, in der Folge aus, trotzdem in dieser Zeit die Zahl der zugestellten Reklamationsentscheidungen von Tag zu Tag wuchs.

Unter diesen Umständen läßt sich nur schwer die Vermutung von der Hand weisen, daß das Einlenken der k.k. Statthalterei in Anzügen des genannten Organes in ursächlichem Zusammenhang steht und daß der Herr Amtsvorgänger Ihrer Exzellenz dem von dieser Seite geübten Drucke gewichen sei und diese Aenderung der Praxis veranlaßt habe.

Diese nach dem Angeführten sticherlich begründete Vermutung erscheint geeignet, das Ansehen und die Autorität der k.k.n.ö. Statthalterei in ganz bedenklicher Weise zu schwächen und den Glauben an die Allmacht der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich zu stärken.

Aber noch eine weitere gleichfalls höchst bedenkliche Erscheinung hat das Reklamationsverfahren bei den in Rede stehenden Wahlen gezeigt.

Nach § 13 der Reichsratswahlordnung sind, falls wegen Weglassung eines Wahlberechtigten reklamiert wird, die Dokumente, welche zum Nachweise der Wahlberechtigung erforderlich sind, der Reklamation anzuschließen. Reklamationen, bei

denen diese ~~Vorschrift~~ nicht beachtet ~~wird~~, sind a limine zurückzuweisen. Diese Dokumente bilden daher einen integrierenden Bestandteil des Reklamationsbegehrens. Da nun in Niederösterreich die deutsche Sprache die alleinige Landessprache und bei den Behörden die ausschließliche Verhandlungs- und Amtssprache ist, so sind Dokumente, die in einer fremden Sprache ausgeführt sind, nicht geeignet, einen Nachweis für das, was durch dieselben erwiesen werden soll, zu bilden. Es wären daher Reklamationen, denen fremdsprachige Dokumente ohne beglaubigte Uebersetzung angeschlossen waren, zurückzuweisen gewesen, weil ihnen der nach der Reichsratswahlordnung integrierende Bestandteil des Reklamationsbegehrens, nämlich der dokumentarische Nachweis für die behauptete Wahlberechtigung mangelte. Tatsächlich wurde aber Hunderten von Reklamationen stattgegeben und wurden Hunderte von Eintragungen in die Wählerliste verfügt, trotzdem die betreffenden Reklamanten zum Nachweis der Wahlrechtserfordernisse Dokumente angeschlossen hatten, die in fremden Sprachen, ja sogar in Sprachen, die in keinem der Kronländer der diesseitigen Reichshälfte üblich sind, ausgestellt waren.

Daß ein derartiges Vorgehen berechtigte Zweifel an dem Willen aufkommen läßt, der deutschen Sprache als der einzig landesüblichen Geltung zu verschaffen, bedarf keiner näheren Erörterung.

Bei der großen Zahl derartiger Entscheidungen läßt sich aber auch die Vermutung nicht unterdrücken, daß auf diese Weise das Ergebnis der Abstimmungen in vielen Wahlbezirken stark beeinflusst wurde; ganz besonders gilt dies aber vom 23. Wahlbezirk, wo sich gegenüber der kurz vorher durchgeführten Wahl eine bedeutende, kaum erklärliche Verschiebung ergeben hat.

Auf Grund des Angeführten stellen daher die Gefertigten die Anfrage:

- 1.) Ist Seine Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß in Zukunft alles vermieden werde, das geeignet ist, in der Öffentlichkeit auch nur den Schein zu erwecken, als würde die k.k.n.ö. Statthalterei in Wahlangelegenheiten - wie es unter dem Herrn Amtsvorgänger Ihrer Exzellenz anscheinend der Fall war - dem Drucke der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presseorgane weichen?
- 2.) Ist Seine Exzellenz geneigt, auch im Reklamationsverfahren bei den einzelnen Wahlen der deutschen Sprache als der einzig landesüblichen und der einzigen Verhandlungs- und Geschäftssprache der Behörden in Niederösterreich Geltung zu verschaffen?

Die Sperrung der tschechischen Schule in Wien. Heute mittags fand in der Magistrats Direktion eine Sitzung des Magistratsgremiums unter dem Vorsitz des Bgm. Dr. Neumayer statt. Obermagistratsrat Dr. Max Weiß referierte über den bereits bekannten Statthaltereierlaß in Angelegenheit der Sperrung der tschechischen Schule im 3. Bezirke, und hob hervor, daß der Magistrat bei seinem Beschlusse vom Samstag, der bekanntlich auf Aufhebung der Sperre gelautet hat, als politische Behörde gesprochen habe, die den Anordnungen der vorgesetzten Behörde Folge zu leisten hat. Durch den jetzigen Erlaß sei aber die Angelegenheit auf eine andere rechtliche Grundlage gestellt weil sich dieser Erlaß an die Gemeinde im selbständigen Wirkungskreise und nicht als politische Behörde richtet. Denn eine Sistierung ist nur im ~~selbständigen~~ selbständigen Wirkungskreise zulässig, das gehe schon daraus hervor, daß wie ein Ausfluß der Aufsicht der Staatsverwaltung über die Selbstverwaltung sei und daß der Gemeinde gegenüber der Rekurs offen bleibt, was im Verhältnis zwischen Unter- und Oberbehörde nicht möglich wäre.

Der Erlaß sei einmal aus dem Grunde ungesetzlich, weil er eine Verfügung des Bürgermeisters betrifft, durch die er die Behandlung einer Angelegenheit, die sonst der Magistrat erledigt, an sich gezogen hat. Ein solcher Akt steht dem Bürgermeister zu, insoweit nicht Rechte der Partei oder Gesetze verletzt werden. Ein solcher Akt kann daher auch nicht sistiert werden.

Ferner sistiert der Erlaß eine Verfügung, wonach etwas nicht zu geschehen habe; sistiert können aber nur Handlungen werden, nicht Unterlassungen, was sich aus dem Begriffe und Wesen der Sistierung und übrigens auch aus den Gesetzen ergibt.

Dieser Erlaß betrifft übrigens eine Bauangelegenheit. Eine Sistierung hätte also überhaupt nicht nach dem Gemeindestatut sondern nach der Bauordnung erfolgen sollen. Durch die Bauordnung ist es aber gesetzlich ausgeschlossen, daß dem Rekurse gegen die Sistierung die aufschiebende Wirkung aberkannt werde. Der Erlaß ist daher auch insoweit mit dem Gesetze in Widerspruch, als er die sofortige Aufhebung der Sperre anordnet. Die Statthalterei ist auch nicht berechtigt, der Gemeinde im selbstständigen Wirkungskreise neben der Sistierung die Aufhebung der Sperre aufzutragen. Das Aufsichtsrecht der Staatsverwaltung beschränkt sich nur darauf, ungesetzliche Verfügungen zu kassieren, es enthält

370

aber keine Befugnis die Gemeinde in ihrem selbständigen Wirkungskreise zu einem Tun zu zwingen, und in diesem Belange bedeutet der Erlaß einen eklatanten Eingriff in die Autonomie der Gemeinde Wien.

Endlich steht der Statthalterei in Bauangelegenheiten überhaupt kein anderer Wirkungskreis zu als die Entscheidung über Rekurse gegen Straferkenntnisse des Magistrates und die Sistierung ungesetzlicher Verfügungen der Gemeinde. Einen Auftrag in einer Bauangelegenheit etwas zu verfügen sei sie daher auch von diesem Standpunkte aus zu erteilen nicht berechtigt.

Der Referent gelangt auf Grund dieser Ausführungen zu folgendem an den Bürgermeister zu richtenden Antrag: Gegen den Erlaß sei der Rekurs zu ergreifen, dem Statthalter sei dies mitzuteilen und ihm überdies bekanntzugeben,

daß der Bürgermeister nicht in der Lage sei die Sperre aufzuheben, ~~weil~~ bevor die höhere Instanz über den Rekurs entschieden hat, weil im vorliegenden Falle nicht das Gemeindestatut sondern die Bauordnung für Wien anzuwenden sind, und weil nach § 110 dieser letzteren dem Rekurse gegen eine Sistierung die aufschiebende Wirkung gesetzlich gewährleistet ist.

Nach dem Referat gab der Bürgermeister den Vorsitz an den Magistratsdirektor Appel ab und beteiligte sich in der Debatte an der juristischen Erörterung.

Der Antrag des Referenten wurde sodann einstimmig zum Beschlusse erhoben.

WIENER STADTRAT.
Sitzung vom 3. Oktober 1911.
Vorsitzender VB. Hierhammer.

StR. Hallmann beantragt die Uebertragung von Parzellen im 5. Bezirk, Siebenbrunnengasse im Ausmaße von 410 m² und 111.42 m², sowie Grundflächen zur Verbreiterung der Siebenbrunnengasse und Stollberggasse sowie zur Eröffnung der Zentagasse und des Zentaplatzes in das Verzeichnis für das öffentliche Gut. Bei dieser Transaktion erhält die Gemeinde Wien noch eine Aufzahlung von 10.000 K. Die Referenten-Anträge werden genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Hermann werden für die innere Ausgestaltung des Schubert-Museums im Schubert-Hause 9. Bezirk, Nußdorferstraße, 3000 K bewilligt.

Nach einem Bericht des StR. Scherl wird der Entwurf für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung an Stelle der ursprünglichen Gasbeleuchtung in der Feuerwache Prater mit den Kosten von 766 K genehmigt.

Nach einem Bericht des StR. Braun wird die Liegenschaft 11. Bezirk, Kaiser Ebersdorferstraße 283 im Ausmaße von 2945 Quadratmeter um 46.000 K zur gradlinigen Durchführung der Kaiser Ebersdorferstraße angekauft.

Das Projekt für die Straßenherstellungen zum Zwecke der gradlinigen Durchführung der Kaiser Ebersdorferstraße im 11. Bezirk zwischen der Sellinger- und Schmidgunstgasse wird mit dem Kostenerfordernisse von 10.000 K genehmigt.

Nach einem Bericht des VB. Hoß wird die Baulinie für die Liegenschaften 21. Bezirk, Leopoldauerplatz- und 76 bestimmt.

Nach einem Bericht des StR. Tomola wird der Volksschullehrer 2. Klasse Hermann Staudigl zum Volksschullehrer 1. Klasse an der Knaben- und Mädchenvolksschule 21. Bezirk, Dr. Albert Gessmangasse 187 ernannt.

StR. Hörmann legt das Projekt für die Herstellung des genehmigten Niveaus in der verlängerten Landstraße Hauptstraße zwischen Aspangbahn und Landstraße Gürtel und am Landstraßer Gürtel zwischen Verbindungsbahn und Landstraße Hauptstraße im 3. und 10. Bezirk mit dem Erfordernisse von 90.000 K vor. (Ang.)

Das vom StR. Zatzka vorgelegte Projekt für den Kanalneubau in der Kefergasse in Ober-Baumgarten im 18. Bezirk wird mit den Kosten von 11.800 K genehmigt.

StR. Wippel beantragt die Einführung der Grätzinbeleuchtung in 3 Arbeitssälen des städtischen Asyl- und Werkhauses. Die Kosten betragen 1200 K. (Ang.)

Das vom StR. Hörmann vorgelegte Projekt für die Regulierung und Herstellung der Straßen ~~147/~~ beim aufgelassenen Inva-

lidenhause (Invalidengasse, Untere Viaduktgasse, Marxergasse, Ditscheinerergasse und Grailichgasse) im 3. Bezirk wird mit den Kosten von 84.100 K genehmigt.

Die Einfuhr des argentinischen Fleisches. In der heutigen Sitzung des Stadtrates beantragte Vb. Hoß gegen die Entscheidung des ~~Verwaltungsrates~~ Ackerbauministeriums, betreffend die Verweigerung der Bewilligung zur weiteren Einfuhr des argentinischen Fleisches vom 19. August 1911, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Der Entwurf der Beschwerde, welcher 1. wegen Gesetzwidrigkeit der Entscheidung des Ackerbauministeriums und zweitens wegen Mangelhaftigkeit des der Entscheidung vorangegangenen Verfahrens erhoben wird, wurde genehmigt. Diese Angelegenheit wird im Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

Von den städt. Forsten. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete Bgm. Dr. Neumayer über eine Reihe von Angelegenheiten, welche den städt. Forstbesitz betreffen. Zuerst teilte der Bürgermeister mit, daß im städt. Forstgebiet im Naßwald Wildschäden nachgewiesen wurden, welche nach einem Gutachten des Hofrates Ritter von Guttenberg mit rund 5.980 K zu bewerten sind. Der Jagdpächter Richard Klinger hat sich verpflichtet, den auf sein Jagdpachtgebiet entfallenden Teil der Schäden im Betrage von 3.490 K der Gemeinde zu vergüten. Nach einem Antrage des Bürgermeisters wurde der Magistrat ermächtigt, wegen der im Hofjagdgebiete erwachsenen Schäden im Betrage von 2490 K die Verhandlungen mit dem Hofärar einzuleiten. Ferner legte der Bürgermeister den Bericht über den Brand eines Wirtschaftsgebäudes im Hirschwangforst vor. Der Schaden ist durch Versicherungen gedeckt. Das Stadtbauamt wurde angewiesen, ein Projekt über die Wiederherstellung des Objektes zur Genehmigung vorzulegen. Ein weiteres Referat betraf das Abschluß-Präliminare im Jagdgebiet Naßwald. Bei dieser Gelegenheit wurde der Magistrat ermächtigt, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche das nachhaltige Gedeihen der Waldbestände garantieren. Das Parterre der Reithof-Dependance wurde an den Jagdpächter Richard Klinger um 600 K jährlich miethweise überlassen. Die Magistratsanträge betreffend die Sicherstellung der Fuhr- und Zieherlöhne für die aus der Fällung 1910/1911 zur Abfuhr gelangenden Brennholzer des Fondsgutes Spitz an der Donau wurden nach dem Antrage des Referenten Bgm. Dr. Neumayer ebenfalls genehmigt.

374
Ein Deutschmeister-Denkmal in Bayern. In Niederummseldorf bei Landshut in Bayern wird am kommenden Sonntag ein vom akademischen Bildhauer Sebastian Osterrieder geschaffenes Denkmal für die im Jahre 1808 gefallenen Deutschmeister enthüllt werden. An der Spitze des Komitees befindet sich der Regierungs-Präsident von Nieder-Bayern Freiherr von Andrian-Werburg. Eine zehngliedrige Deputation des Wiener Deutschmeister-Schützenkorps unter der Führung des Kommandanten de Prati begibt sich Donnerstag abends nach München, wo Freitag abends im Löwenbräukeller zu Ehren der Wiener Gäste ein von dem Komitee und der österreichischen Kolonie im Münchenveranstalteter Festabend stattfindet. Samstag Nachmittags 4 Uhr ist Einmarsch in die reich dekorierte Stadt Landshut, Begrüßung durch den Oberbürgermeister Hofrat Marschall, und Abends 8 Uhr in der Jägerhalle ein Festabend, bei dem der österr. Gesandte den Toast auf den Prinzregenten ausbringen wird. Bei der Enthüllungsfeier am Sonntag wird ein österr. Militär-Geistlicher die Feldmesse zelebrieren.

Todesfall. Der Schriftführer des Gemeinderates Gr. Josef Obrist ist von einem schweren Schlag getroffen worden durch den Tod seiner Frau Charlotte, geb. Ruhrhofer, der in der Nacht vom Freitag zum Samstag in Gars am Kamp eintrat. Der Leichnam wurde nach Wien überführt und heute nachmittag nach feierlicher Einsegnung in der Währinger Pfarrkirche im Neustifter-Friedhof in der Familiengruft beigesetzt. An der Bahre trauert außer dem Witwer eine Tochter, welche mit dem Grazer Universitätsprofessor Dr. Adolf Lenz vermählt ist.

Klub ehemaliger Zehnerjäger. Dieser Klub gibt am Sonntag den 8. Oktober l. J. 6 Uhr abends in seinem Klub-Heim, 7. Bezirk Siebensterngasse N^o 48 (Restaurant zur Stadt Paris) anlässlich des im November l. J. im Hotel Wimberger stattfindenden Kopal-Festes einen kameradschaftlichen, gemütlichen Abend, wozu alle in Wien, sowie auch auswärts weilenden Zehnerjäger ohne Unterschied des Assentjahres, höflichst und dringlich eingeladen werden.

Kommunal Sparkassa Döbling. Bei der Kommunal-Sparkassa Döbling wurden im Monate September von 1147 Parteien 453.397 K eingelagt und von 912 Parteien 371.573 K behoben. Der Einlagenstand betrug Ende des Monates 10.532.230 K, der Stand der Hypothekar-Darlehen 7.510.035 K.

372

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ

Wien, Dienstag, den 3. Oktober 1911, abends.

Die Sperrung der tschechischen Schule in Wien. Bgm. Dr.

Neumayer hat heute an den Statthalter nachstehenden Bericht abgesendet: Gegen den Erlaß Eurer Excellenz vom 30. September 1911. Pr. Z. 3335, mit welchem meine Verfügung betreffend die Abstandnahme von einer Oeffnung der Schullokaltäten III. Schützengasse 31 sistiert und dahin angeordnet wurde, daß die Aufhebung der Sperre sofort durchzuführen sei, werde ich den Rekurs ergreifen.

Bevor die höhere Instanz über diesen Rekurs entschieden hat, bin ich nicht in der Lage, die über die genannten Schulräumlichkeiten/verhängte Sperre aufzuheben, weil im vorliegenden Falle nicht das Gemeindestatut, sondern die Bauordnung für Wien anzuwenden ist, und weil nach § 110 des letzterwähnten Gesetzes dem Rekurse gegen eine Sistierung die aufschiebende Wirkung gesetzlich gewährleistet ist.

Der Erlaß des Herrn Statthalters ist an die Gemeinde als Trägerin des selbständigen Wirkungskreises gerichtet; denn die Sistierung ist ein Ausfluß des Aufsichtsrechtes der Staatsverwaltung über die Gemeinde in ihrer Eigenschaft als autonome Körperschaft, nicht aber in ihrer Eigenschaft als staatliches Organ.

Da nun der Erlaß im selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde ergangen ist, so kann er nur die Angelegenheit als Bausache betreffen. Das Sistierungsrecht des Statthalters in Bausachen ist aber durch die Bauordnung (§110) geregelt, und es war daher diese und nicht das Gemeindestatut anzuwenden.

Bei einer Sistierung nach der Bauordnung war es aber unzulässig, dem Rekurse die aufschiebende Wirkung abzuerkennen. Denn nach §110 Abs. 2 B. O. hat die Gemeinde die erforderliche neue Verfügung erst zu treffen, wenn die Sistierung in Rechtskraft erwachsen ist. Früher braucht sie demnach auf die Sistierung keine Rücksicht zu nehmen.

Es ist daher einungesetzlicher Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde, wenn ihr aufgetragen wird, einer Sistierung in einer Bausache Folge zu leisten, bevor sie rechtskräftig geworden ist.

Ein ägyptischer Prinz in Wien. Gegenwärtig weilt in Wien der Oheim des Khedive von Egypten, Prinz Ahmed Fouad Pascha, der Rektor der arabischen Universität in Kairo ist. Prinz Ahmed Fouad Pascha hat gestern in Begleitung des türkischen Konsuls Bondi Bey dem Bürgermeister einen Besuch abgestattet und die

Pläne, die ihn zu seiner Europareise veranlassten, auseinander gesetzt. Dieselben gipfeln darin, daß die Staaten und großen städtischen Verwaltungen des Kontinentes junge Ägypter auf ihre Kosten in Europa erziehen und ausbilden lassen, damit dieselben in ihrer Heimat dann als Lehrer wirken und nach europäischem Muster die Lehrtätigkeit in Egypten reformieren können. Vorher hatte der Prinz bereits bei dem Minister des Aeußeren Grafen Aehrenthal vorgesprochen und bei dem selben das größte Entgegenkommen für seine Pläne hinsichtlich der Universitätsstudien in Wien gefunden. Ebenso hat ~~bereits~~ bereits vor einiger Zeit die Wiener Handels- und Gewerbekammer sich bereiterklärt, zehn Freilplätze an der Handelakademie zu dotieren, für Jünglinge aus der Türkei und Egypten. Auch bezüglich der Volksschulerziehung soll eine ähnliche Aktion eingeleitet werden, wofür der Prinz den Bürgermeister zu interessieren suchte. Der Bürgermeister kam den Wünschen des Prinzen in weitestem Maße entgegen und wird die nötigen Schritte hiezu einleiten. Der Bürgermeister lud den Prinzen auch ein, einige Schulen und andere Anstalten und Einrichtungen der Stadt Wien in Augenschein zu nehmen, welche Einladung der Prinz mit großem Danke annahm. So wohnte er heute vormittags einem Probealarm der städtischen Feuerwehr in der Zentrale am Hofe bei und besichtigte das Versorgungsheim in Lainz. In beiden Fällen fand der Prinz für das Gesehene Worte höchster Anerkennung. Heute abends folgte der Prinz einer Einladung des Bürgermeisters zu einem intimen Abendessen im Rathsherrenstübchen des Rathauskellers. In Kreisen der hiesigen Gemeindeverwaltung erhofft man sich von dieser vom Prinzen eingeleiteten Aktion auch eine bedeutende Förderung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Oestreich und Egypten, welche durch die Instradierung zweier neuer Expressedampferlinien des österreichischen Lloyd zwischen Triest und Alexandrien auf das beste vorbereitet wurde.

Die Reichsratswahl in Ottakring. Bei der heutigen Reichsratswahl im 26. Wiener Wahlkreis wurden im ganzen 14133 Stimmen abgegeben. 1899 Stimmzettel waren leer, 85 ungültig, so daß die Anzahl der gültigen abgegebenen Stimmen 12149 betrug. Davon entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Albert Sever 9883 Stimmen, der damit gewählt erscheint. Der christlichsoziale Kandidat Heigl blieb mit 2132 Stimmen in der Minorität. 134 Stimmen waren zersplittert. Bei der Wahl am 13. Juni d. J. wurden 14575 Stimmen abgegeben. Davon waren 13340 gültig. Schuhmeier wurde mit 9567 Stimmen gewählt. In der Minorität blieben der Christlichsoziale Heigl mit 2999 Stimmen, der Deutschnationale Benesch mit 169, der

tschechische Wählerzahl mit 247 Stimmen. 288 Stimmen waren zersplittert. Die Gesamtanzahl der Wähler beträgt 16009.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Mittwoch, 4. Oktober 1911.

Rekrutenkontingents-Abrechnung. Auf Grund der durchgeführten Rekrutenkontingents-Abrechnung beträgt für den politischen Bezirk Wien das Rekrutenkontingent des Heeres 2568 Mann, jenes der Landwehr 948 Mann. Die Los N^o 5806 des Geburtsjahres 1890 bildet die definitive Abschlußnummer des Rekrutenkontingents des Heeres, die Losnummer 200a des Geburtsjahres 1889 bildet die definitive Abschlußnummer des Rekrutenkontingentes der Landwehr. Die nach Deckung der beiden Rekrutenkontingente noch verbleibenden mit Vorbehalt der Widmung und Einteilung Assentierten gelangen als „Ueberzählige“ in die Ersatzreserve und bildet die Losnummer 3346 des Geburtsjahrganges 1888 die Abschlußnummer der Ersatzreserve des Heeres. In die Ersatzreserve des Heeres gelangen: die Losnummern 205 bis 9552 des Geburtsjahrganges 1889 und die Losnummern 11 bis 3346 des Geburtsjahrganges 1888. In die Ersatzreserve der Landwehr gelangen; die Losnummern 3355 bis 9459 des Geburtsjahrganges 1888.

Hauptstellung 1912. Die in den Jahren 1889, 1890 und 1891 geborenen, in den Bezirken 1 bis 21 wohnenden, einheimischen und Fremden Stellungspflichtigen haben sich in der Zeit vom 1. bis 30. November l. J. an den Wochentagen zwischen 8 Uhr früh und 2 Uhr nachmittags bei dem magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes zu melden; fremde Stellungspflichtige haben ihren Tauf- oder Geburtsschein, Heimatschein, Paß oder Legitimationskarte, Arbeitsbuch, etc. mitzubringen. Die im 21. Gemeindebezirk wohnhaften Stellungspflichtigen können die Meldung beim magistratischen Bezirksamte oder in der Expositur Stadtlau, bzw. bei den Bezirksaufsichtsräten in Aspern, Kagran und Leopoldau, die im Bezirkteile Strehlersdorf wohnhaften Stellungspflichtigen am jeweiligen Amtstage daselbst erstatten.

Städtisches Arbeits- und Dienstvermittlungsamt. Dieses Amt legt seinen 12. Geschäftsbericht für das Jahr 1910 vor. Im Berichtsjahre wurden 149.943 Vermittlungen durchgeführt. Von diesen entfallen rund 36 % Männerarbeit, 3.6 % auf gewerbliche Frauenarbeit, 60 % auf Dienstsuchende und 0.65 % auf Lehrlinge. Diese Vermittlungen erforderten 294.227 Zuweisungen. Die Gesamtziffer der vermittelten Arbeiter- und Dienstsuchenden ist gegen das Jahr um 5.391 Vermittlungen gesunken. Die Lehrstellenvermittlung hat das ganze Jahr

hindurch einen Mangel an Lehrlingen zu verzeichnen. Bei der Vermittlung des Hauspersonales standen 112.617 Dienstsuchende, 105.870 freie Stellen gegenüber. Gleich den Vorjahren war bei der Lehrlingsvermittlung ein Ueberangebot von Lehrplätzen, von denen kaum die Hälfte besetzt werden konnte. Um Lehrlinge leichter zu erhalten, haben einzelne Lehrherren die Lehrzeit herabgesetzt, gewährten ein Wochengeld, übernahmen die Zahlung der Aufdinggebühren u. a. m. Trotz dieser Begünstigungen werden bestimmte Gewerbe förmlich gemieden, während 70 % der Lehrstellenbewerber die Maschinenschlosserei oder ein elektrotechnisches Gewerbe erlernen wollen. Die Mehrzahl der schulentlassenen Knaben und Mädchen verdienen sich, meist auf Drängen ihrer Angehörigen, des sofortigen Geldverdienstes wegen als Hilfsarbeiter, bezw. Hilfsarbeiterinnen, der geringere Teil als Dienstmädchen. Eine Regelung des Arbeitsverhältnisses der jugendlichen Fabrikarbeiter in ein Lehrverhältnis mit bestimmter Lehrzeit, ein Verbot für Betriebe mit Massenerzeugnissen und einseitiger Arbeitsteilung, jugendliche Arbeiter halten zu dürfen, sowie die eventuelle Begrenzung der Lehrlingszahl zur Zahl der beschäftigten Fabrikarbeiter würde die Mehrzahl der aus der Schule austretenden Jugend wieder den gewerblichen Berufen zuführen. Die Einnahmen des Amtes betragen im Berichtsjahre 49.946 K, denen Ausgaben in der Höhe von 194.831 K gegenüber stehen.

StR. Brauneis legte in der letzten Sitzung des Stadtrates diesen Bericht vor. Derselbe wurde zur Kenntnis genommen.

Wiener Urania. Dozent Ingenieur Dr. Friedrich Steiner wird im Monate Oktober an jedem Freitag, d. i. am 6. 13. 20. u. 27. 8 Uhr abends in der Urania Vorträge über den Großstadtverkehr und städt. Schnellbahnen mit Lichtbildern halten.

Die Zufahrt zum Meidlinger Friedhof. Während der Dauer der Pflasterungsarbeiten der beiden Zufahrtsstraßen von der Philadelphiabrücke und Breitenfurterstraße N^o 1 zum Meidlinger-Friedhofe wird der Wagenverkehr daselbst ab 6. Oktober 1911 für einige Tage abgesperrt.

Pensionierung. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung dem Ansuchen des Konskriptionsamts-Direktors, Kais. Rates Eduard Jungwirth um die Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben. Der Genannte ist im Jahre 1848 geboren und steht sein 1866 in städt. Diensten. Im Jahre 1905 wurde er zum Direktor des Konskriptionsamtes ernannt. Jungwirth war unablässig mit Erfolg bemüht, Verbesserungen im Verein-

fachung des Dienstes sowohl in der Zentrale des Konskriptionsamtes als auch in den konskriptionsämtlichen Abteilungen der magistratischen Bezirksämter einzuführen. Er hatte wiederholt Gelegenheit, seine organisatorische Begabung zu beweisen insbesondere zeichnete er sich bei der Durchführung der Mobilisierungsvorkehrungen Oktober 1908 bis Ende März 1909 aus. Seine Arbeit fand die Anerkennung nicht nur der kommunalen Ämter sondern auch der militärischen Behörden. Auch auf dem Gebiete des Stellungswesens hat er sich bedeutende Verdienste erworben. Er wurde im Jahre 1899 1908 vom Kaiser durch die Verleihung des Titels „Kais. Rat“ ausgezeichnet, im Jahre 1906 erhielt er die Jubiläumserinnerungsmedaille für 40 jährige treue Dienstleistung und vom Gemeinderate wurde er im vorigen Jahre ad personam in die dritte Rangklasse der städt. Beamten eingereiht. Kais. Rat Jungwirth erfreut sich nicht nur bei seinen Vorgesetzten der vollsten Achtung, er ist auch bei den ihm unterstehenden Beamten außerordentlich beliebt.

121 Wiener Gedichte (alte und neue) von Albrecht Graf Jokenburg. Unter diesem Titel erscheint soeben in dem bekannten Wiener Verlag von Gerlach & Wiedling ein geschmackvoll ausgestatteter Band von Wiener Poesien des feinsinnigen österreichischen Dichters, die beseelt sind von begeisteter Liebe zur österreichischen Heimat und zur Vaterstadt Wien, die insgesamt mit ihrem bunten Inhalt einen tiefempfundeneren Lobspruch Wiens bedeuten. Mag Wien preisen, mag er Wiener-Sagen, Wiener-Helden feiern, immer klingt diese Note in erster Linie durch; und in den Liedern vom lieben Augustin weht wienerischer Geist, wienerischer Witz und wienerische Fröhlichkeit. Das kleine Büchlein mit seinen alten und neuen Liedern dem der um Wien hochverdiente Kunstverlag eine außerordentlich sorgfältige Ausstattung zuteil werden ließ, und das als bester Schmuck ein wohl gelungenes Bild des greisen Dichters trägt, wird sich gewiß bald viele aufrichtige Freunde erwerben.

Die Rathaus Korrespondenz beehrt sich, ein Exemplar des oben angezeigten Buches der verehrlichen Redaktion namens des Kunstverlages Gerlach & Wiedling mit der höflichen Bitte zu übersenden, eine kleine Anzeige darüber gefälligst in ihrem geschätzten Blatte aufnehmen zu wollen.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ

Wien, Mittwoch, den 4. September 1911, abends.-

Wohnhäuser für Bedienstete der städtischen Straßenbahnen.-

Der gemeinderätliche Straßenbahnausschuß genehmigte heute 2 Projekte für die Errichtung von Bedienstetenwohnhäusern.-Eines soll im XVI. und eines im XVII. Bezirke errichtet werden. In der Enkelstraße in Ottakring wird nach den genehmigten Projekten ein Wohnhaus mit drei Stockwerken, das insgesamt 90 Wohnungen enthält, - in der überwiegenden Mehrzahl bestehend aus Zimmer und Küche- mit einem Kostenaufwande von 471.000 Kronen errichtet werden, in Hernals auf dem der Gemeinde Wien gehörigen Baublocke zwischen der Wattgasse und der Nesselgasse einerseits und der Röttergasse und verlängerten Hälirshgasse andererseits Wohnhäuser mit zusammen 162 Wohnungen mit dem Gesamtbetrage von 990.000 K. -- Die Bauten werden auf Rechnung der Pensionskassa für Bedienstete und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zur Ausführung gelangen.-

Winterfahrplan für die städtischen Dampfstraßenlinien. Der gemeinderätliche Straßenbahnausschuß genehmigte heute den Winterfahrplan der städtischen Dampfstraßenlinien, der kommenden Freitag noch den Gemeinderat beschließen wird.- Nach dem Ausschusse genehmigten Anträgen bleibt der Winterfahrplan 1911/12 für die südliche Linie (Lainz-Mödling) dem des Vorjahres gleich. Für die nördlichen Linien bleibt bis zur Elektrisierung der Teilstrecken Floridsdorf - Groß Wiedlersdorf und Floridsdorf Kagran der Sommerfahrplan 1911 in Kraft.- Darnach tritt in mehreren Relationen eine Verbesserung ein.-Der Winterfahrplan 1911-1912 für den Transitverkehr Augartenbrücke nach Stammersdorf-Auerstahl-Gr. Schweinbarth ist derselbe wie im Vorjahre. Die genannten Transitzüge werden übrigens nur bis Ende 1911 verkehren können, da mit diesem Zeitpunkte der Verkehr von Dampfzügen über die Kaiser Franz Josef Brücke laut Erlasses des Eisenbahnministeriums eingestellt werden muß.- Ueber die dadurch bedingten Änderungen wird der Ausschuss seinerzeit an den Gemeinderat Bericht erstatten.-

Eine neue Suppen und Tee-Anstalt. Am 17. August des vergangenen Jahres hat der Zentralverein für Volksernährung (Verein zur Errichtung und Erhaltung der Ersten Wiener Suppen und Tee-Anstalt) in der Leystraße 129 in der Brigittenau anlässlich der Feier des 80. Geburtstages unseres Kaisers eine neue Speiseanstalt errichtet, welche aber gar bald dem kolossalen Zu-

drang nicht Stand zu halten vermochte.- Der Verein mußte auf Abhilfe sinnen. Er kaufte das an das Häschen angrenzende Grundstück, das gegen die Salzachstraße zu gelegen ist, dazu, und war so in der glücklichen Lage auf eigenem Grund und Boden eine praktische und zweckentsprechende Erweiterung vorzunehmen, welche unter der Leitung und Aufsicht und nach den Plänen des Vorstandmitgliedes GR Baumeister Melcher durchgeführt wurde. Diese Erweiterung ist nun vollendet und heute als am Namenstage des Kaisers konnte der Verein in Gegenwart einer Anzahl von Ehrengästen diese Erweiterung, die erfolgte, ohne daß der Betrieb irgend wie behindert worden wäre, der Bestimmung übergeben werden.-Diese neue Speiseanstalt- die 14. des Vereines- ist die erste, die sich im eigenen Gebäude befindet, sie ist aber auch die größte derartige Anstalt, in der in der Zeit von 12 bis 1/2 Uhr mittags leicht 1000 Personen abgespeist werden können.- Die Leistungsfähigkeit der Anstalt ist durch diese Erweiterung auf das mehr als dreifache gesteigert worden.- Die Ausweiseräume für Männer und Frauen und die Zugänge zu denselben konnten nunmehr getrennt werden.- Die Einrichtung ist mustergiltig und vorbildlich.- Der heutigen Eröffnung wohnten bei in Vertretung des Statthalters Hofrat Ritter von Keller, Polizeipräsident Ritter von Brzesowsky, Bgm Dr. Neumayer, Obermagistratsrat Asperger, Polizeibezirksleiter Polizeirat Gregor, etc. Der Vereinspräsident Kaiserlicher Rat Lichtenstadt hielt an die Versammelten eine Ansprache, dankte wärmstens den Erschienenen, insbesondere den Ehrengästen für ihr Erscheinen und ihr damit für den Verein und sein Streben an den Tag gelegtes Interesse, erörterte die Ziele des Vereines und seine besondere Wichtigkeit für die ärmeren Klassen der Bevölkerung gerade in diesen Zeiten einer vielfachen Teuerung und erbat sich weitere Unterstützung aller öffentlichen Faktoren und der Behörden für die Zukunft. Wärmsten Dank zollte er der Tätigkeit des GR Baumeister Melcher und derjenigen seines Stellvertreters Baumeister Brüll. Dem Polizeipräsidenten, einem erprobten Freund und Förderer des Vereines seit langen Jahren sprach er die wärmsten Glückwünsche des Vereines aus, und bat dann den Vertreter des Statthalters, die neue Anstalt ihrer Bestimmung zu übergeben.-Hofrat Ritter von Keller erwiderte, indem er versicherte, der Statthalter bedauere es lebhaft, durch dienstliche Pflichten verhindert zu sein, der Feier beizuwohnen, überbrachte die Glückwünsche des Landeshefens, und versicherte, indem er dem Wirken des Vereines vollste Anerkennung zollte, derselbe könne der Anerkennung der gesamten Bevölkerung, des Dankes der Regierung versichert

sein.- Er erklärte dann die Anstalt für eröffnet.- Polizeipräsident Ritter von Brzesowsky dankte sodann für die ihm übermittelten Glückwünsche, und versicherte, auf eine Bemerkung des Präsidenten über seine Tätigkeit als Polizeipräsident zurückkommend, die Polizei müsse nicht bloß repressiv, sondern auch präventiv tätig sein. Er werde stets Hand in Hand mit dem Verein gehen, derselbe könne seines Wohlwollens sicher sein.- Bgm Dr. Neumayer zollte insbesondere der selbstlosen Tätigkeit des Vereinspräsidenten Worte warmer Anerkennung und betonte, wie notwendig es sei, daß die öffentlichen Körperschaften in ihrer Fürsorgetätigkeit durch die Privatwohltätigkeit unterstützt werde. Für diese Unterstützung müsse er dem Verein herzlich danken, dem er zu dem neuen schönen Erfolge die besten Glückwünsche namens der Gemeindeverwaltung ausspreche.- Dieser kleine Feier folgte eine Besichtigung der Anstalt und eine Kostprobe, die zur allgemeinsten Zufriedenheit ausfiel.

Prinz Ahmed Fouad Pascha. Der in Wien weilende Oheim des regierenden Khedive von Egypten, Prinz Ahmed Fouad Pascha hat heute die Reihe der Besichtigungen fortgesetzt.-Um 11 Uhr wurde in Begleitung des Türkischen Konsuls Bondy Bey, des Sekretärs des Prinzen Professor Dr. Fago, und des städtischen Ingenieurs P. Willfort mit der Besichtigung des städtischen Gaswerkes in Simmering begonnen, der dann eine Besichtigung der städtischen Elektrizitätswerke folgte.Der Prinz äußerte sich in Worten der wärmsten Anerkennung über die außerordentliche Ausdehnung und die mustergiltige Einrichtung der beiden Werke, wie er sie ähnlich auf seinen weiten Reisen noch nicht getroffen habe.-Darauf folgte ein Besuch des Zentralfriedhofes und der Begräbniskirche, der er seine Bewunderung mit den Worten zollte: „Hier ist es so schön, daß man beinahe Lust hätte, hier zu sterben. So schön haben es die Toten nirgends.“-Nach kurzer Automobilfahrt wurde dann nächst der Bellaria ein bereit stehender GalaSalonwagen der städtischen Straßenbahnen bestiegen. Direktor Spängler begrüßte heur den Prinzen, der gestern schon den Wunsch geäußert hatte, einen Salonwagen unserer Straßenbahn kenne zu lernen. Er war von der luxuriösen Ausstattung und dem Komfort eines solchen Wagens ganz überrascht und äußerte wiederholt, er fühle sich in dem Wagen außerordentlich behaglich.- Mit dem Salonwagen wurde die Fahrt zu den Landesheil- und Pflegeanstalten am Steinhof angetreten, wo der Gast vom dem Referenten LandesAusschuß Bielohlawek, dem Landesoberinspektionsrat P. Gevonyi, dem Direktor Regierungsrat Dr. Schläß und dem Oberverwalter Roskopf erwartet und begrüßt wurde.- Bei dem Eingange wurde dem Prinzen ein Ueberblick über die Anlage der Anstalt geboten.-Im Verwaltungs-

gebäude wurde ein kleiner Imbiss eingenommen. Bei dieser Gelegenheit griff der Prinz das Wort, um in französischer Sprache auf das Gedeihen dieser so großzügig angelegten Anstalt, die ihm De teil zu sehen er sich lebhaft freue, zu trinken.- Landesauschuß Bielohlawek dankte für die Anerkennung des Prinzen und trank/auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.- Bei dem nun folgenden Rundgang durch die Zentralküche, die Wäscherei, die einzelnen Pavillons, den Kur-salon, die Heizanlagen, etc fand der Prinz nicht Worte genug um seine Bewunderung über die außerordentliche Fürsorge, die hier den Kranken zuteil werde, über die Art und Weise, wie man ihrtrauriges Dasein verschönt und erleichtert, auszusprechen. „Ich hatte zwar erwartet, meinte er, - daß diese Anstalt wund derschön sein werde, aber alle meine Erwartungen sind weit übertroffen worden. In keinem Lande, in keiner Großstadt der Welt ist die Fürsorge für die vom Schicksale Enterbten eine so große, so weitgehende und von so humanen Prinzipien geleitete wie in Wien und Niederösterreich. Gerade heur kann man das gerühmte goldene Wiener Herz kennen und schätzen lernen.“ Beim Betreten der Wagnerschen Kirche blieb der Prinz überwältigt von der Schönheit der Formen einen Augenblick überrascht stehen und rief dann aus: „Das sieht aus wie in einer unserer schönsten Moscheen in Kairo. Hier möchte man gleich beten!“ Den Abschluß der Besichtigung bildete das Kurhaus des Sanatoriums und ein Pavillon I. Klasse auf der Zahlabteilung.-Beim Abschied wiederholte der Prinz sein uneingeschränktes Lob über das Gesehene, über die großzügige Anlage und über die muster-giltige Ordnung, die überall zu Tage trete.- Vom Steinhof gieng dann die Fahrt mittelst Automobils zum Schloßhotel Kobenzl, wo der Prinz mit seiner Begleitung eine kleine Jause einnahm.-Er besichtigte auch Appartements im Hotel und bewunderte lang und mit sichtlichem Genusse die herrliche Aussicht vom Kobenzl.- Bald nach 1/2 6 Uhr traf dann der Gast bei der gewerblichen Fortbildungsschule in dem neuen Gebäude in der Mollardgasse ein, wo er vom Direktorstellvertreter Schiffer und einem Teile des Lehrkörpers begrüßt und durch Lehrzimmer, Lehrwerkstätten, Schullaboratorien und Zeichensäle geführt wurde.-Für die modernen Einrichtungen zeigte der Prinz lebhaftes Interesse,-und zollte denselben ungeteilte Anerkennung.- Damit wurden für heute die Besichtigungen beendet.- Morgen wird der Prinz unter der Führung des Schulreferenten STR Tomola mehrerer städtische Volks- und Bürgerschulen besichtigen, für welche Anstalten der Prinz als Fachmann und Reformator auf dem Gebiete des Erziehungs- und Unterrichtswesens in seiner Heimat besonderes Interesse hat.-

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Donnerstag, 5. Oktober 1911.

WIENER STADTRAT.
Sitzung am 5. Oktober 1911.
Vorsitzende die Vizebürgermeister Dr. Porzer und Hoß.

Nach einem Bericht des StR. Rain wird die Errichtung eines Anlaufbrunnens im 8. Bezirk, Skodagasse vor dem Hause Nr 4 genehmigt.

StR. Brauneiß legt ein Uebereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und dem Konsortium vom Jahre 1908 für Kasernen Grund- und Bautransaktionen zur Genehmigung vor, welches sich auf die Herstellung der Kanalisation, der Wasserleitung, Straßenbau- und Pflasterungsarbeiten sowie von Gartenanlagen in den Straßen und auf den Plätzen des der Regulierung zugeführten Teiles der Schmelz bezieht. Sämtliche Straßen sollen geplastert werden. Die Arbeiten sollen noch im Herbst 1911 in Angriff genommen und im Jahre 1912 beendet werden. Das Uebereinkommen wird genehmigt und wird morgen dem Gemeinderate vorgelegt werden.

Nach einem Bericht des VB. Dr. Porzer werden 2/24 Anteile der Liegenschaft l. Bezirk, Ruprechtsplatz 5 um den Pauschalbetrag von 5.000 K für Straßenregulierungszwecke angekauft.

StR. Knoll beantragt die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im Bezirksteile Strebendorf des 21. Bezirkes durch Errichtung von 17 neuen halb- und 7 neuen ganznächtigen Gasflammen und Umwandlung von 21 halbnächtigen Gasflammen in ganznächtige. Die jährlichen Kosten betragen 1880 K. (Ang.)

Der Anlegung eines Schulgartens beim Schulhause 21. Bezirk, Jubiläumsgasse 19 und 21 wird zugestimmt.

Für die Rohrlegung der Hochquellenleitung in der Rüdigergasse Bessemerstraße und einer noch unbenannten Gasse nächst der Inwald'schen Glasfabrik im 21. Bezirk werden 4.000 K bewilligt.

Die Herstellung der Gotramgasse in Stadlau im 21. Bezirk (6 m breite Makadamfahrbahn mit Würfelsaum und Rinnsalabgrenzung) wird genehmigt. Die Kosten betragen 7.300 K.

Dem Projekt für die Errichtung eines Steigerhauses für die freiwillige Feuerwehr Jedlese im Hofe des Depots 21. Bezirk, Jenneweingasse 5 wird mit den Kosten von 1500 K zugestimmt.

Das vom StR. Braun vorgelegte Projekt für die Herstellung von Entwässerungsanlagen in 2 Teilstrecken der Kaiser Eberadorferstraße im 11. Bezirk wird mit den Kosten von 23.300 K genehmigt.

StR. Hermann beantragt die Anbringung transparenter Zifferblätter samt neuen Zeigern an der Vorder- und Rückseite des rechten Turmes der Servitenkirche im 9. Bezirk mit den

Kosten von 1980 K. (Ang.)

Nach einem Bericht des StR. Wippel wird die Neupflasterung der Absberggasse zwischen Kudlichgasse und der äußeren Gürtelstraße im 10. Bezirk mit dem Erfordernisse von 27.500 K genehmigt.

Der erste Donnerstag im Rathaus. Bgm Dr. Neumayer nahm heute vormittags in seinem Empfangssalon eine ganze Reihe von Angelobungen und Weidigungen vor und überreichte eine Anzahl von Auszeichnungen. All diesen Feierlichkeiten wohnten bei: die GRe Effenberger, Götz, Graf, Hoffemayer, Kern, Knoll, Kulhanek, Philp, Rykl, L. Schmidt, Vignati, Büsch, die Bezirksvorsteher, bzw. Stellvertreter Stipani, kais. Weidinger, samt Frau, Berggauer und Vieröckel, Donner und Adlersflügel, Hofinger, Kretschek, Baumann und Horak, und Anderer, der ehemalige Meidlinger Gemeinderat Hanslick, die Pfarrer Hersan, Lang und Murent, Handelskammerrat Zesewitz, Obermagistratsrat Dr. Mächtorn, die Magistratsräte Formanek, Dr. Winkler und Dr. Loderer, der Feuerwehr-Referentstellvertreter Sekretär Ebermann und Feuerwehrbesp. Onspektor Chitil, Kanzleiinspektor kais. Rat Mayer, die Armeninstitutsobmänner Hörnisch (Innere Stadt), Goldeband (Landstraße), Resch (Josefstadt) etc, Direktor Kugler, Waisenhausdirektor Kieß, etc.

Zuerst nahm der Bürgermeister die Angelobung von 20 neuen Armenräten vor; dann überreichte er dem Mitgliede der freiwilligen Feuerwehr Hernals Josef Piezara sen. die Ehren-Medaille für 25 jährige verdienstliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehrens und Rettungswesens. Nach dem Danke des Ausgezeichneten sprach Hauptmann-Stellvertreter Swoboda für die freiwillige Feuerwehr Hernals und GR. Dobek für den Verband der freiwilligen Feuerwehren Wiens. Den Armenräten Wenzel Schmoll (3. Bezirk), Karl Jilge und Alois Vinzenz (12. Bezirk), Karl de Comtes, Leonhard Häger, Adalbert Karlojek, Karl Lednik, Heinrich Platz, Ludwig Schmidt, (16. Bezirk), Johann Klein, Ferdinand Ledermann, Ludwig Mayer, Franz Riedler, Rudolf Thumser, Johann Turek (17. Bezirk) überreichte der Bürgermeister das Diplom für eine mehr als 10 jährige verdienstvolle Tätigkeit als Armenrat. Nach der Absprache des Bürgermeisters wurden die Ausgezeichneten beglückwünscht von den Bezirksvorstehern Hofinger (16. Bezirk) und Kretschek (17. Bezirk) und vom dem Obmann Goldeband des Armeninstitutes Landstraße.

Des weiteren überreichte der Bürgermeister die große goldene Salvatormedaille dem GRe Stangelberger, dem gewesenen Gemeinderate und Armenrate der Josefstadt Heinrich Zugmayer, und dem Bezirks-, Armen- und Ortschaftsrat Meidling Josef Burghaber, ferner die goldene Salvatormedaille den Armenräten des Bezirkes

Josefstadt Alfred Birkle, Karl Krenn, und Heinrich Kronik. Es sprachen nach dem Bürgermeister, der die Verdienste der Ausgezeichneten hervorhob und um deren weitere Mithilfe bat, Bezirksvorsteher Bergaus, Armeninstitutsobmann Resch, und Pfarrer und Rektor Hersan von Maria Treu als Obmann des 1. Josefstädter Kindergartenvereines, dessen Kassier der ehemalige GR Zugmayer ist, ferner Bezirksvorsteher Donner, Stadtrat Büsch, der Obmann des Armeninstitutes Meidling Trulay, der Obmann des Ortschaftsrates Isanoghi, sowie der Vorsteherstellvertreter L. Weiß der Genossenschaft der konz. Spirituosen-schänken. Deren Vorsteher Bezirksrat Burghaber ist.

Des weiteren legten vier neue Bürger in die Hände des Bürgermeisters den Bürgerreiß ab. Präsidial-Vorstand Formanek verlas hierauf die Hidesformel. Den Armenräten Hermann und Emanuel Polly (4. Bezirk), Josef Kragozy, Wenzel Regal, Emilie Graf, Paul Harast, Leopold Harwarth, Katarina Hofinger, Josefine Kattler, Anton Kern, Johann Kollar, Pauline Schachhuber, Therese Stöllner und Karl Wanek (16. Bezirk), Ernst Gärtner, Laurenz Krammer, Karl Mohel, Viktor Fessel, Anton Fleischl, Johann Haackenberg, Franz Köhler, Johann Korund'a, Ferdinand Sandner, Adalbert Sigl und Heinrich Zika (21. Bezirk), überreichte Bgm. Dr. Neumayer mit einer Ansprache die goldene Salvator-Medaille. Es dankten darnach Armenrat Polly für den 4. Bezirk, Armenrat Kellar für den 16. Bezirk und Bezirksvorsteher Anderer für den 21. Bezirk.

Dem Bischof von Sisibis und Generalabt der Mechitaristen-Kongregation Dr. von Govrik überreichte der Bürgermeister die große goldene Salvator-Medaille. Diese Auszeichnung ist erfolgt anlässlich des 50 jährigen Priesterjubiläums des Erzbischofs und des 100 jährigen Jubiläums der Anwesenheit der Kongregation in Wien. Der Bürgermeister hob die persönlichen Verdienste des Generalabtes hervor, sowie die außerordentlichen Verdienste, welche sich die Mechitaristen-Kongregation durch Verbreitung deutscher Zivilisation und deutscher Literatur im Oriente erworben hat. Generalabt Dr. Gregor von Govrik dankte in bewegten Worten für die ihm und der Kongregation zuteil gewordene Auszeichnung, durch welche ihm und seinen Brüdern neuerdings vor Augen geführt wird, die große Güte der Stadt Wien. Indem ich für die große Auszeichnung meinen innigsten Dank ausspreche, gebe ich die Versicherung, daß wir immer trachten werden, alles zu tun, um den ruhmvollen Namen Oesterreichs und Wiens bekannt zu machen und daß wir durch Literatur, Ausbildung der Jugend und Fortpflanzung der deutschen Sprache, deutsche Wissenschaften und deutsche Zivilisation im fernen Orient

verbreiten werden. (Beifall). Bezirks-Vorsteher kais. Rat Schaden überbrachte die Gratulation des Bezirkes Neubau.

Dem GR. Dobek und dem Volksschuldirektor Schaden hat der Gemeinderat das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen. Beide Herren legten heute den Bürgerreiß in die Hände des Bürgermeisters ab, wobei Präsidial-Vorstand Formanek die Hidesformel verlas. Nach den Dankesworten der beiden Ausgezeichneten sprachen für GR. Dobek, Bezirksvorsteher Kretschek und der Hauptmann-Stellvertreter der freiwilligen Feuerwehr Hernals Swoboda sowie der Fabrikant Bast als Vorstand Mitglied der Genossenschaft der Maschinenbauer, für Direktor Schaden Bezirksvorsteher M. Baumann, GR. Regierungsrat Kulhanek und namens des Lehrkörpers der derzeitige provisorische Leiter der Schule, an der Direktor Schaden gewirkt, Lehrer Kasper.

Zur Enthüllung des Deutschmeister-Denkmales in Nieder-Bayern.

Eine zehngliedrige Deputation des Wiener Deutschmeister Schützenkorps unter der Führung des Kommandanten de Prati reiste heute abends 10 Uhr nach München, um am kommenden Sonntag an der Enthüllung des Denkmals in Niederrummelsdorf zu Ehren der im Jahre 1809 gefallenen Deutschmeister teilzunehmen. Wie wir erfahren, wird auch eine Offizier-Deputation des 6. Infanterie-Regimentes Hoch und Deutschmeister Nr 4 an dieser Enthüllungsfeier teilnehmen.

Konzessionspflicht des Gewerbes „Erzeugung und Vertrieb von Viehnährtrank“

Mit dem Bescheide des magistratischen Bezirksamtes für den 18. Wiener Gemeindebezirk vom 10. Jänner 1911 wurde die von F. P. erstattete Anmeldung der Erzeugung und des Vertriebes eines Viehnährtrankes nicht zur Kenntnis genommen. Dieser Bescheid wurde von der Statthalterei im Rekurswege mit der Entscheidung vom 7. Februar 1911 bestätigt. Das Handelsministerium hat mit Erlaß vom 8. Juli 1911 dem von F. P. hiegegen eingebrachten Rekurse keine Folge gegeben, da bei dem Umstande, als zur Herstellung des Viehnährtrankes u. a. auch einige der im § 3 der Min.-Verdg. vom 17. Juni 1886 angeführten Heildrogen (Enzianwurzel, Kamillen, Schafgarbe, Krausmünz, Wermut) sowie die hinsichtlich des Detailverschleißes den Apothekern vorbehaltenen Artikel Hoffmannstropfen und Kamillentropfen verwendet werden und weiters dieser Trank laut Ankündigung zum Schutze von Tierkrankheiten und zur Hebung der Freilust bestimmt ist, sich der angemeldete Viehnährtrank als ein zur arzneilichen Verwendung bestimmtes Präparat darstellt, zu dessen Erzeugung und Verkauf im großen eine Konzession im Sinne des § 15

P. 14 G.-O., erforderlich ist, und dessen Verkauf im kleinen gemäß § 2 der Min.-Verdg. vom 17. September 1883. ausschließlich den Apothekern vorbehalten ist.

Errichtung von vierten Bürgerschulklassen. Ueber Auftrag des Bürgermeisters Dr. Neumayer wurden die Verhandlungen wegen Errichtung sog. vierter Bürgerschulklassen derart beschleunigt, daß schon in der gestrigen Sitzung des k.k. Bezirksschulrates hierüber endgiltige Beschlüsse gefaßt werden konnten. Auf Grund eines ausführlichen Referates des 1. Vorsitzenden Stellvertreters VB. Hoß wurde einstimmig beschlossen, die Gemeinde Wien zu ersuchen, noch im laufenden Schuljahre einjährige Lehrkurse für die der Schulpflichtigkeit entwachsende Jugend (sog. vierte Bürgerschulklassen) zu errichten u. zw. je 5 solche Kurse für Knaben und für Mädchen. Das Organisationsstatut wurde mit den vom GR. Benda beantragten Abänderungen genehmigt. Dem provisorischen Lehrplan wurde zugestimmt; derselbe wird dem Landesschulrate zur Genehmigung vorgelegt werden. Bei der Wahl des Standortes der Kurse wird darauf Rücksicht genommen werden, daß dieselben an Bürgerschulen errichtet werden, welche von den Kindern mehrerer Gemeindebezirke verhältnismäßig leicht erreicht werden können. Da dieser Angelegenheit von den maßgebenden Faktoren das größte Interesse entgegengebracht wird, so ist die Eröffnung der Kurse in der allernächsten Zeit, wahrscheinlich im Laufe des Monats November zu erwarten.

Eine Ehrung für StR. Schwer. In der am 19. September l. J. abgehaltenen öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Pünfhaus wurde über Antrag des Bezirks-Vorstehers Dr. Mattis einstimmig der Beschluß gefaßt, dem Stadtrate Hans Arnold Schwer für seine unermüdete Tätigkeit und sein aufopferungsvolles Eintreten, dem es vor allem zu danken sei, daß sich der Wiener Gemeinderat für die Errichtung des städt. Museums im 15. Bezirk aussprach, den wärmsten Dank und die vollste Anerkennung auszusprechen. Bezirksvorsteher Mattis machte von dieser Auszeichnung dem StR. Schwer in einem Schreiben Mitteilung, in welchem es u. a. heißt: Mit größter Genugung erfülle ich die Pflicht, Sie hochverehrter Herr Stadtrat von diesem ehrenvollen Beschluß in Kenntnis zu setzen. Hiemit verknüpfe ich die Bitte, daß Sie auch fernerhin der Durchführung der erwähnten Frage Ihre Sachkenntnis und Arbeitskraft gütigst widmen und dem 15. Bezirk Ihre wertvollen Sympathien erhalten.

Eine Zentralozonisierungsanlage in der Großmarkthalle. Seitens der Parteien wurde vielfach darüber geklagt, daß die Luft in den Kühlräumen der Großmarkthalle nicht genügend sauerstoffreich sei und dadurch dem Entstehen von Schimmel und Fäulnisbakterien Vorschub geleistet werde. Nach einem Bericht des Stadtbauamtes könnte diesem Uebelstande am besten durch die Errichtung einer Zentralozonisierungsanlage für den Kühl- und Wildaufbewahrungsraum in der Großmarkthalle abgeholfen werden. Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Bericht des StR. Haas die Errichtung einer solchen Anlage mit einem Kostenverfodernisse von 2935 K.

Eine goldene Damenuhr wurde auf der Feststiege 2 des neuen Rathauses, in der Nähe des städt. Waffensmuseums gefunden. Dieselbe wurde dem Fundbüro der Polizei übergeben, woselbst der Verlustträger sie abholen kann.

Bezirksvertretung Simmering. Nach einem Berichte des StR. Braun wird die Wahl des Bezirksrates Josef Mayerhofer zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 11. Bezirkes bestätigt.

376.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Donnerstag, 5. Oktober 1911. Abends.

Die Wohnungsfürsorge der Gemeinde Wien. In Angelegenheit der Wohnungsfürsorge fand heute abends im Rathause über Einladung des Bürgermeisters Dr. Neumayer eine Besprechung von Gemeinde-Funktionären statt, in welcher der Referent VB. Hoß und die Referenten des Magistrates über die Verhandlungen mit der Zentralstelle für Wohnungsreform Bericht erstatteten, und eine Reihe von Projekten über Notstandsbauten vorlegten, welche der Begutachtung unterzogen wurden. Da heute noch mehrere neue Projekte einlangten und einige Projekte bezüglich des Zusammenarbeitens mit der Zentralstelle der Klarstellung bedürfen, wurde die Beratung heute unterbrochen, und wird in den nächsten Tagen nach Abschluß der notwendigen Erhebungen und Verhandlungen ~~fortgesetzt~~ fortgesetzt werden.

Die Schäden vom 17. September. VB. Hoß berichtete in der heutigen Stadtratssitzung über die Anträge der GRe. Leitner und Genossen, Dr. ^{von} ~~xxx~~ Dorn und Genossen und Herold, betreffend Ersatz der ^{anlässlich} der Straßendemonstration vom 17. September d. J. privaten Personen verursachten Schäden. Es wurde beschlossen, dem Gemeinderat folgende Anträge zur Genehmigung zu unterbreiten: 1.) Der Gemeinderat der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien verlangt von der k.k. Regierung, daß sie sofort im Einvernehmen mit dem Wiener Magistrate die Erhebungen pflege und allen jenen Privat-Personen, welche durch die Gewaltthatigkeiten vom 17. September 1911 in ihrem Eigentum oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, vollen Ersatz ^{leiste}. 2.) Der Herr Bürgermeister wird ersucht, diesen Beschluß unverzüglich seiner Exzellenz dem Herrn k.k. Minister-Präsidenten mit dem im bezüglichen Magistratebericht enthaltenen Ausführungen als Motiv ^{darum} zu übermitteln. 3.) Die Reichsratsabgeordneten der Stadt Wien sind zu ersuchen, die Förderung der Gemeinde im Parlament durch Einleitung einer parallel laufenden parlamentarischen Aktion zu unterstützen.

Aus dem fortschrittlichen Parteiverband. In der heute unter DEM Vorsitz des Obmannes Dr. v. Dorn abgehaltenen Sitzung des Verbandes fortschrittlicher Gemeinderäte wurde zunächst die Angelegenheit der Komenskyschule erörtert und der Anschauung Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige bedauerliche Konflikt durch die Nichterstattung des vom Magistrate abverlangten Berichtes herbeigeführt wurde. - GR. Hohensinner berichtete über einen großen Fall einer aus politischen Gründen erfolgten Wohnungskündigung in einem städtischen Hause und wurde eine von ihm hierüber einzubringende Interpellation genehmigt. - Der Verband beschloß weiter, der in Aussicht genommenen Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen die Nichtzulassung des argentinischen Fleisches zuzustimmen.

Böhmische Ausstellungshalle in der Zedlitzgasse. Heute nachmittags fand im Rathause eine gemeinsame Besprechung des vom Bürgermeister Dr. Neumayer eingesetzten Komitee für die Umgestaltung der Zedlitzhalle in eine gewerbliche Ausstellungshalle mit einer Deputation des deutsch-österreichischen Gewerbeverbandes statt, welcher bekanntlich diese Umgestaltung auf sich genommen hat. An der Sitzung, der Vizebürgermeister Dr. Porzer präsierte, nahmen teil nahmen der Gemeinde Wien STR Oppenberger und die GRe Breuer und Fogl, namens des deutsch-österreichischen Gewerbeverbandes Präsident Baudoin, die GRe Vignati und Rykl, Bezirksvorsteher Stary, Landesoberinspektionsrat Gerenyi und Sekretär Heinzlmaier, endlich der Referent für Marktwesen Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer.- Landesoberinspektionsrat Gerenyi, welcher namens der Vereinigung gewerblicher Ausstellungs-, Handels- und Exportinteressenten (Fachgruppe des deutsch-österreichischen Gewerbeverbandes) die erforderlichen Vorarbeiten gemacht hatte, legte ein umfassendes Projekt für den Bau und die Finanzierung vor, welches einer eingehenden Prüfung unterzogen und allseitig genehmigt wurde. Es würden nunmehr die erforderlichen Besprechungen mit den Staatlichen Faktoren, von denen im Sinne der von der k. k. Kommission für Exportangelegenheiten bereits prinzipiell ~~geäußert~~ ausgesprochenen Zustimmung eine Subventionierung des Unternehmens erhofft wird, und eine Ueberprüfung des Projektes durch das Stadtbauamt durchgeführt werden, worauf ^{und Gemeinderat} die Vorlage des ganzen Projektes an den Stadtrat erfolgen wird. Die Finanzierung ~~ist~~ basiert auf der Grundidee, daß die Ausstellungshalle sich durch ihre eigenen Einnahmen und die zu gewärtigenden Zuwendungen öffentlicher Faktoren selbst erhalten soll.-

Euere Hoheit!
Euere Exzellenzen !
Meine sehr geehrten Herren !

378

Es wurde uns heute die hohe Auszeichnung zuteil, Seine Hoheit Prinzen Ahmed Fouad Pascha in unserer Mitte begrüßen zu dürfen.

Wir wissen diese Ehre umso mehr zu schätzen, als wir auf die guten Beziehungen zwischen Aegypten und unserem Vaterlande außerordentlichen Wert legen.

Seine Hoheit ist nicht als Fremder zu uns gekommen; hochderselbe hat vielmehr jahrelang in unserem Vaterlande gewohnt, ~~einerseits um an einer unserer militärischen Bildungsstätten Studien sich zu widmen, andererseits~~ um als militärischer Vertreter am Wiener Hofe seinem Lande zu dienen. Seine Hoheit kennt daher unsere Sitten und Gebräuche aus eigener Erfahrung, und wenn er nun die ihm altbekannte Stadt gerne wieder aufsucht, so ist dies ein Zeichen dafür, daß er dieselbe in angenehmer Erinnerung behalten

/.

379

hat, und daß sich die Stadt höchstseiner Sympathie rühmen darf. Noch mehr aber schmeichelt uns der Umstand, daß es unter anderm auch eine Verwaltungsangelegenheit der Stadt Wien bildet, eine Angelegenheit des Volksschulunterrichtes um deren willen Seine Hoheit sich in unsere Stadt begeben hat. Wir schließen daraus, daß Seine Hoheit, welcher in diesen Belangen in allen Ländern umfassende Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt hat, unsere Einrichtungen auf dem Gebiete des Schulwesens zu würdigen in der Lage ist.

Wenn nun, wie es in dem Vorsatze Seiner Hoheit gelegen ist, Kinder seines Vaterlandes nach Wien kommen werden, um hier in Lehrfache ihre Ausbildung zu genießen, welche sie später in ihrer Heimat verwerten sollen, so gebe ich als Bürgermeister dieser Stadt die Versicherung, daß uns die jungen Leute willkommen sein werden und daß wir sie aufnehmen werden, wie die Kinder unserer eigenen Stadt.

Uns Wiener beseelt immer ein innerer Zug nach dem sonnigen Süden, und die Stätten jahrtausendalter, ja vorgeschichtlicher Kultur in Ihrer Vaterlande waren für uns jederzeit ein begehrenswertes Reiseziel. So haben wir es erst vor kurzer Zeit aufrichtig begrüßt, daß wieder ein neuer Dampfer unserer Handels-Marine, welche regelmäßige Fahrten nach Aegypten in sein Programm aufgenommen hat, seine Probefahrt angetreten hat.

Möge es der Himmel fügen, daß unsere gegenseitigen Beziehungen, sei es nun in Bezug auf den Personenverkehr oder auf den Handelsverkehr, immer inniger werden und daß das gegenseitige Verständnis von dem Wesen beider Völker untereinander immer ein tieferes werde!

Heute habe ich die besondere Ehre, Seiner Hoheit dem erhabenen Prinzen dieses uns befreundeten Landes, dem Reorganisator des Schulwesens in Aegypten, Prinzen Ahmed Fouad Pascha unseren Dank für höchstseinen Besuch zu sagen und zugleich den Wunsch auszusprechen, daß es ihm ver-

gönnt sein möge, noch recht lange seinem Vaterlande höchstseine Fürsorge widmen zu können.

Unserem Wunsche für die Wohlfahrt unserer Länder und für die immerwährenden freundschaftlichen Beziehungen zueinander gebe ich aber insbesondere Ausdruck, indem ich die geehrten Herren bitte, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die erhabenen Souveräne, welche unsere Länder beherrschen: Seine Majestät unser durchlauchtigster Kaiser Franz Josef I., Seine Majestät Sultan Mehmed V. und seine königliche Hoheit Khedive Abbas II. leben h o c h ! h o c h ! h o c h !

WIENER STAHTS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Freitag 6. Oktober 1911.

Wutkranke Hunde Ende des vorigen Monats wurden im 2. Bezirk von einem wutkranken Hunde (Bulldogg) mehrere Personen gebissen. Mit Rücksicht darauf, daß der Hund bevor er unschädlich gemacht wurde in den Straßen des 2. Bezirkes herumlieft und wahrscheinlich mit einer größeren Anzahl von anderen Hunden in Berührung gekommen ist, werden die Hundebesitzer des 2. Bezirkes durch eine Kundmachung aufmerksam gemacht, dem Gesundheitszustand ihrer Hunde die größte Beachtung zu schenken und bei Wahrnehmung etwaiger, charakteristischer Erscheinungen, welche für Wutkrankheit sprechen unverzüglich an das magistratische Bezirksamt Leopoldstadt oder der Sicherheitswache Meldung zu erstatten und den verdächtigen Hund bis zum Eintreffen des behördlichen Organes sicher zu verwahren. Der Eigentümer des wutkranken Bulldoggs wurde bisher nicht eruiert. Eventuelle Angaben hierüber sind ebenfalls beim magistratischen Bezirksamte zu erstatten.

Ein Dementi des Lordmayor. Unmittelbar nach der Rückkehr des Lordmayors nach London erschien in einer hiesigen großen Tageszeitung ein Interview mit dem Lordmayor, in welchem sich mehrere abfällige Aeußerungen über Wien befanden, welche mit den Worten, die er zu wiederholten Malen in Wien gebraucht, in sonderbarem Widerspruch standen. Bgm. Dr. Neumayer veranlaßte, daß der betreffende Artikel in die englische Sprache übersetzt an den Lordmayor gesendet wurde, der die Sendung mit folgendem Schreiben quittierte: „Vielen Dank für Ihren Brief vom 23. September, einschließlich der Uebersetzung des Interview mit mir, das in der Neuen Freien Presse veröffentlicht wurde. Ich habe darin alles, was ich nicht gesprochen habe eliminiert und gleichzeitig jene Stellen, welche offenbar mißverstanden wurden, ausgebessert und stelle somit das richtig gestellte Dokument zurück“. Der richtiggestellte Teil des Interview hat in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut: Im weiteren sprach sich der Lordmayor sehr lobend über die städtischen Unternehmungen in Wien aus, die dort viel weiter entwickelt sind als in London. Zwölf Tage in ununterbrochener Reihenfolge dauerte das große Programm der Besichtigungen und Festlichkeiten. „Ich habe selbstverständlich keine Meinung darüber abgegeben, noch habe ich es gewagt zu beurteilen, ob es zweckmäßig sei, alle diese Unternehmungen in städt. Regie zu übernehmen. In England sind wir im Verstädtlichen solcher Unternehmungen über das Stadium des Versuches noch nicht hinausgekommen“. Die Frage, ob er aus seiner Reise betreffend Ver-

waltung der Stadt spezielles gefunden habe, was sich mit Vorteil auf London anwenden ließe, beantwortete der Lordmayor dahin, daß er persönlich noch nicht überzeugt sei, daß man in London, wo die städt. Anleihen bereits die Hälfte der Staatsschuld erreicht haben, die Verstädtlichung ins Endlose ausdehnen solle. „Haben Sie irgend etwas bemerkt, was in Österr. Städten besser gemacht wird, als in London? ... Die Spitäler in Wien sind außerordentlich gut eingerichtet und auf das modernste ausgestattet, ich habe jedoch nicht Gelegenheit gehabt, Berichte zu sehen, die es mir ermöglicht hätten über den Betrieb zu urteilen. Der Gedanke einer städt. Brauerei sprach mich nicht an, aber ich trinke kein Bier und bin vielleicht deshalb ein wenig voreingenommen.“

W i e n e r S t a d t r a t .

Sitzung am 6. Oktober 1911.

Vorsitzende die Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß.

Das vom StR. Moeßen vorgelegte Projekt für die Regulierung und Neupflasterung der Schönburgstraße zwischen der Seis- und Schelleingasse im 4. Bezirk wird mit dem Erfordernisse von 18.700 K genehmigt.

Nach einem Bericht des StR. Tomola wird zur Uebernahme der fachlichen Fortbildungsschulen der Genossenschaften der Friseur-, der Zimmer- und Dekorationsmaler und der Optiker in die Verwaltung des Wiener Fortbildungsschulrates die Zustimmung erteilt.

Das vom StR. Braun vorgelegte Projekt für die Holzstüchel-pflasterung auf dem Enkplatz und in der Sedlitzkygasse im 11. Bezirk wird mit dem Erfordernisse von 32.750 K genehmigt.

Nach einem Bericht des StR. Grünbeck werden die Kosten für die Versorgung der Ottakringer Friedhofgärtnerei mit Hochquellwasser in der Höhe von 800 K genehmigt.

Wohnhäuser für städtische Gasarbeiter. Der gemeinderätliche Gas-ausschuß faßte in seiner gestrigen Sitzung den prinzipiellen Beschluß im XI. Bezirke Simmering auf städtischen oder Bürgerspitalfondagründen Wohnhäuser für städtische Gasarbeiter mit einem Passungsraume für ungefähr 100 Familien zu errichten. Die städtischen Aemter wurden beauftragt, die Projekte mit aller Beschleunigung vorzulegen. Die Kosten, die sich auf ungefähr 700.000 K belaufen dürften, sollen ähnlich wie bei den städtischen Straßenbahnen aus den Beamten-, Diener- und Arbeiterpensionsreserven der städtischen Gaswerke bedeckt werden.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Dr. Porzer bei der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien den Rechnungspraktikanten Ludwig Butzer in die achte Rangklasse befördert ferber Friedrich Patacky, Rudolf Stiedry, Friedrich Hatzen und Heinrich Christbauer zu provisorischen Praktikanten, Friedrich Bartel zum provisorischen Diener ernannt. Nach einem Berichte des VB. Hoß wurden im Status der Stadtbuchhaltung Georg Koller zum Rechnungsrat, Anton Stark zum Rechnungsoberrevidenten, Friedrich Traktmann zum Revidenten, Rudolf Hönig zum Rechnungsassistenten, Franz Vesely zum Rechnungsassistenten ernannt. Ferner wurde der städt. Veterinär- amtsassistent Dr. Franz Zaribnicky zum provisorischen Tierarzt befördert, den provisorischen städt. Tierarzt Josef Neugebauer wurde das Definitivum verliehen.

Bezirksvertretung Neubau. Die diesmonatliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet im neuen Amtshause VII. Hermannsgasse 24-28 ~~am 11. 11.~~ Donnerstag den 12. D. M. um 5 Uhr nach mittags statt.

Die Sperrung der tschechischen Schule auf der Landstraße. Wie wir erfahren hat die Baudeputation für Wien in ihrer heutigen Sitzung sich mit dem Gesuche des Komensky-Vereines auf Aufschub des Vollzuges der Entscheidung der Baudeputation über die Unzulässigkeit der Benützung des Gebäudes in der Schützen-gasse im 3. Bezirke beschäftigt und hat das Gesuch nach fast einstündiger eingehender Beratung abgewiesen. Es bleibt demnach das Schulgebäude gesperrt.

Einstellung der ganztägigen Rundfahrten. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit werden die seitens der Direktion der städt. Straßenbahnen zur Durchführung gebrachten Rundfahrten mittels Salonwagen mit Samstag, den 14. Oktober eingestellt. An diesem Tage findet schon die letzte ganztägige Rundfahrt in diesem Jahre statt. Die Halbtags-Rundfahrten werden jedoch auch während des Winters und zwar um 2 Uhr ab Liebenberg-Denkmal (nächst dem Schottentore gegenüber der Universität) täglich an Werktagen und an Sonn- und Feiertagen stattfinden.

In der gestrigen vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde nach einem Berichte des VB. Hoß dem Konskriptionsamt-Direktor Eduard Jungwirth anlässlich seiner Pensionierung in Würdigung seiner langjährigen, sehr ersprießlichen und hervorragenden Dienstleistung der Dank und die vollste Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen. Nach einem Berichte des StR. Schwer wurde über das, von der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens gestellte Ansuchen ausnahmsweise und ohne Anerkennung einer bezüglichen Verpflichtung dem Wiener Bildhauer Franz Koch, in Anerkennung seiner Verdienste auf künstlerischem Gebiete eine lebenslängliche Ehrenpension im jährlichen Betrage von 1200 K bewilligt.

Auszeichnung. Der Kaiser hat mit Allerhöchster Entschliebung vom 11. September das vom Buchhaltungsdirektor Stieber im Verein mit dem pensionierten Mag.-Rat Dr. Ferdinand Seltsam verfaßte Werk „Der Hausadministrator“ in die Familien-Bibliothek aufzunehmen geruht.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich Dienstag, den 17. September statt. In dieser Sitzung dürfte das Referat über die Wohnungsfürsorge zur Vorlage gelangen. In dieser Angelegenheit wird Montag abends die am Donnerstag begonnene Beratung fortgesetzt und wahrscheinlich zu Ende geführt werden, so daß bald darauf der Stadtrat in die Lage kommen wird, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Diese Körperschaft tritt in der kommenden Woche dreimal u.zw. Dienstag, Donnerstag und Freitag, jedesmal um 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammen. - Der für den 17. anberaumte Städte-tag wurde nunmehr auf den 20. Oktober verschoben. - Mittwoch vormittags werden im Rathause die Mitglieder des Männergesangsvereines aus Hannover empfangen werden und um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags am selben Tage hält der Bürgerklub eine Sitzung

ab, in welcher er über das neue Partei-Statut schlüssig werden wird. - Für Donnerstag nachmittags eine korporative Besichtigung des Brauhauses der Stadt Wien in Rannersdorf durch den Gemeinderat und Vertreter der Presse in Aussicht genommen. - Morgen (Sonntag) vormittags um 11 Uhr wird auf dem Zentralfriedhof das Grabdenkmal des im Jahre 1844 verstorbenen Komponisten und Domkapell Meisters zu St. Stephan, Johann Gämsbacher, enthüllt werden, dem die Gemeinde Wien ein Ehrengrab auf dem Zentral-Friedhofe gewidmet hat.

Ein Gastwirt-Veteran. Morgen Sonntag vollendet der im 17. Bezirk wohlbekannteste Gastwirt und Armenrat Herr Maximilian ~~Kaufmann~~ Kaufmann, Besitzer des ehemaligen Gemeindegasthauses in Neuwaldegg in vollständiger geistiger und körperlicher Frische sein 80. Lebensjahr. Herr Kaufmann, der Schwiegervater des StR. Sebastian Grünbeck ist als Gastwirt in dem genannten Gasthause seit 1866 tätig und bekleidet sein mehr als 30 Jahren das Amt eines Armenrates. Er gehörte lange Jahre der Gemeindevertretung der ehemaligen Gemeinde Neuwaldegg als Mitglied an. Für seinen vielfachen Verdienste hat ihm der Gemeinderat für langen Jahren durch Verleihung der Goldenen Salvator-Medaille ausgezeichnet. Herr Kaufmann ein alter Wiener von echtem Schrot und Korn, hat es durch seine persönlichen Eigenschaften verstanden, die Wertschätzung und Achtung aller zu erringen, welche mit ihm in Berührung kamen. Anlässlich seines Ehrentages kamen dem greisen Jubilar schon heute zahlreiche Glückwünsche zu.

Stellwagenverkehr zu Allerheiligen. Nach einem Antrage des StR. Rain wird so wie im Vorjahre der Stellwagenverkehr am 29. Oktober und 1. November d. J. zwischen der Station Stammersdorf und dem Floridsdorfer-Zentralfriedhof mit einem Tarifsatze von 10 Hellern eingeführt und die Einleitung des Stellwagenverkehrs in der Fortsetzung der Linie Landstraße - Stephansplatz - Hernalser Friedhof genehmigt.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hoß dem Ansuchen des Oberkontrollors des Steueramtes Alois ^{Moncke} vom Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Oppenberger die Wahl der Herren Alois Blüthmann, Anton Ladstätter, Franz Nagy, Karl Schobermeier, Dr. Josef Schubert, Johann Söllner, Josef Schiller und Wenzel Karl von Hannarode zu Armenräten des 2. Bezirkes bestätigt.

Die marianische Kongregation „Regina Angelorum“ Wien, I. Bez.
Am Hof, begeht Sonntag den 15. Oktober l. J. das Fest ihrer
Fahnenweihe und verbindet damit die Feier des 25 jährigen
Priester-Jubiläums ihres Präses P. Franz Boisel S. J.
Um 3 Uhr nachmittags findet in der Kirche „Am Hof“ die
Festpredigt statt, welche P. Boisel halten wird, hierauf
ist die Weihe der Kongregationsfahne durch Weihbischof Dr.
H. Zschokke, um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends Festversammlung in der Volks-
halle des neuen Rathauses, wo ein solennes Festspiel „Im
Zeichen des eisernen Rathausmannes“ Dichtung von G. Eichinger
Musik von J. Latzelsberger zur Aufführung gelangt. Nähere Aus-
künfte und Kartenverkauf in der Sakristei der „Kirche zu
den neuen Chören der Engel“ am Hof, sowie bei Herrn Karl
Florian I. Bezirk, Stephansplatz 1.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Montag, 9. Oktober 1911.

Bezirksvertretungs-Sitzungen. Die Bezirksvertretung Floridsdorf hält am Donnerstag, den 12. d. M., ~~ab~~ um 3 Uhr nachmittags, die Bezirksvertretung Währing am Freitag, den 13. d. M. um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

Bürgermeister Dr. Neumayer Ehren-Mitglied des Verbandes der Freiwilligen Feuerwehren Wiens. Im Februar d. J. hat der Verband der freiwilligen Feuerwehren Wiens den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Bürgermeister in Anbetracht seiner Verdienste um die Verbands-Zwecke, zum Ehren-Mitglied des Verbandes zu ernennen. Heute vormittags wurde dem Bürgermeister durch eine Deputation das im Atelier August Klein hergestellte, mit reichem künstlerischen Schmuck ausgestattete, Ehren-diplom überreicht. Der Deputation gehörten an Kommandant GR. Wilhelm Schedifka, dessen Stellvertreter Hauptmann Kantner (Ottakring), Schriftführer Hauptmann Josef Schnob l, (Hackling) und Kassier Hauptmann Liskay (Penzing), sowie der Reaktor der Feuerwehr-Signale Landes-Offizial Friedrich Entlicher. - In schwungvoller Ansprache feierte Hauptmann Kantner die großen Verdienste des Bürgermeisters um die freiwilligen Feuerwehren Wiens und bat ihn, er möge in derselben Weise wie sein verstorbenen Vorgänger Dr. Lueger, der ganz außerordentliches für das Feuerwehrwesen geleistet, für die freiwilligen Feuerwehren Wiens eintreten. Dr. Neumayer möge die Versicherung entgegennehmen, daß die freiwilligen Feuerwehren Wiens und zwar nicht bloß die Kommandanten, sondern jeder einzelne Mann jederzeit für den Bürgermeister und für das gesamte Wohl einstehen werden. Bgm. Dr. Neumayer erwiderte, es freue ihn diese Auszeichnung außerordentlich, umso mehr da das künstlerisch ausgestattete Diplom die Unterschriften sämtlicher dem Verbande angehöriger Hauptleute und Stellvertreter trage und besonders freue er sich auch deshalb, weil er seinerzeit selbst aktiv den freiwilligen Feuerwehren als Mitglied angehörte u. w. zuerst der Feuerwehr in Paden und später jener in Leoben, und da er wiederholt selbst zu Bränden ausgerückt sei. Kommandant Schedifka und Hauptmann Liskay unterbreiteten dem Bürgermeister bei dieser Gelegenheit verschiedene Anliegen der Wiener freiwilligen Feuerwehren, deren wohlwollenden Prüfung der Bürgermeister zusagte.

Die Wasserversorgung der Südbahngemeinden. Heute sprachen bei Bürgermeister Dr. Neumayer und den Vize-Bürgermeistern unter der Führung der Abgeordneten Dr. Scholz und Sögner die Bürgermeister von Siebenhirten, Vösendorf, Hennesdorf und Leopoldsdorf vor, um von der Gemeinde Wien die Versorgung dieser Orte mit Hochquellenwasser in Anschluß an die in

Aussicht stehende Wasserabgabe an die Orte Liesing und Atzgersdorf zu erbitten. GR. Dr. Koralewsky, Ehrenbürger von Hennesdorf, überreichte bei diesem Anlasse eine den Gegenstand betreffende g Denkschrift. Die Deputation wurde auf das freundlichste empfangen und ihnen eine wohlwollende Prüfung und g Unstige Behandlung dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt.

Städtische Straßenbahnen. Zufolge Gleisrekonstruktion in der Sophienbrückengasse, Einmündung Landstraße - Hauptstraße wird bei günstiger Witterung am 10. Oktober l. J., ab 8 Uhr abends die Linie 4 und die Linie J dortselbst unterbrochen und ein Pendelwagenverkehr eingeleitet.

Neue Bürger. Der Gemeinderatsausschuß für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung nachstehenden Herren das Bürgerrecht verliehen:
Landstraße: Karl Moritz, Fleischselcher; Wenzel Draschinsky, Eisendreher; Eduard Burkhard, Gemischtwarenverschleißer; Karl Stephan, Fleischhauer; Franz Praok, Zahlmarkör; Franz Kolovratnik, Kleidermacher (Berichterstatter GR. v. Findenigg);
Wieden: Heinrich Fischer, Kassier (Berichterstatter GR. Breuer);
Margarethen: Franz Marizza, Steinmetz; Karl Garo und Josef Mayerhofer, Goldarbeiter; Michael Wagner, Fiakereigentümer; Heinrich Rottmeister, Bürstenmacher; Adolf Schromm, Gastwirt; Johann Marech, Schuhmacher; Josef Vesely, Posamentierer; Franz Rogenhofer, Tischler; Gustav Wetzka, Hotelportier; Johann Hampl, Gemischtwarenverschleißer; Adolf Roßler, Papierhändler (Berichterstatter GR. Hallmann);
Mariahilf: Wilhelm Base, Goldarbeiter; Georg Herbst, Mechaniker; Rudolf Pelischek, Skontist; Julius Bachl, Juwelier; Josef Fux, Werkführer; Leo Penn, Viktualienhändler; Josef Jäger, Verschleißer von Niederzuehör; Johann Steenberg, Zimmer- und Dekorationsmaler; Karl Popp, Kaufmann (Berichterstatter GR. Glöckl);
Neubau: Karl Erdl, Zylinderfengehilfe; Josef Grieser, Schreiner; Adolf H. Mann, Privatbeamter (Berichterstatter GR. Pichler);
Josefstadt: Friedrich Macher, Glaser; Adolf Hulek, Kaufmann; Franz Allerbauer, Werkführer; Adolf Huck, Privatier; Franz Bahsinger, Tapezierer (Berichterstatter GR. Rain);
Alsergrund: Josef Rudolf, Gastwirt; Karl Wedl, Bäcker; Johann Brunmair, Gemischtwarenverschleißer; Anton Schwarz, Kürschner; Josef Gröger, Geschäftsleiter; Rudolf Krenn, Kaffeehausbesitzer (Berichterstatter GR. Dürbeck);
Favoriten: Anton Weisgram, Zuckerbäcker; Josef Prethaller,

Fiakereigentümer; Josef Ottmann, Eisehpänner (Berichterstatter GR. Höck);

Meidling: Franz Nußbaumer, Jalousien-Erzeuger; Franz Svoboda, Hutmacher; Johann Endlweber, Hansbesitzer; Albert Garhöfer, Gastwirt; Franz Haller, Firmagesellschafter; Lorenz Schmaschnigg, Reibeandhändler; Sebastian Müller, Tapezierer; Johann Ertl, Handelsagent; Johann Urbanek, Zimmerputzer (Berichterstatter GR. Götz);

Hitzing: Florian Hörmann, Gastwirt; Josef Dreßler, Tischler; Johann Heimerl, Verkäufer; Franz Geisberger, Fabrikant; Josef Melchart, Fuhrwerksbesitzer; Alois Wild, Realitätenbesitzer; Anton Kneisel, Spengler; Josef Heißenberg, Polizei-Agent i. P. (Berichterstatter GR. Foyer);

Rudolfsheim: Franz Grasál, Schuhmacher; Artur Trevisan, Fiakereigentümer; Josef Spandl, Marktiktualienhändler; Johann Batner, Gemischtwarenverschleißer; Karl Isda, Buchdruckerei-Besitzer (Berichterstatter GR. Bäcker);

Fünfhaus: Johann Beck, Fabriks-Beamter; Robert Neder, Schuhmacher; Franz Kohlbach, Tischler; (Berichterstatter GR. Wimberger);

Ottakring: Adalbert Thim, Fabrikteilhaber; Josef Habschied, Friseur; Josef Heigl, Dachdecker; Josef Hluz, Schuhmacher; Franz Heyduk, Selcher; Viktor Hausmann, Fleischselcher; Rudolf Schubert, Metallgießer; Karl Reinecker, Advokaturbeamter (Berichterstatter GR. Hötzel);

Hernals: Anton Kamerer, Privatier; Eduard Stadler, Schuhriemenherzeuger; Johann Gruber, Platzmeister; Jakob Kutschirek, Spängler; Josef Paschinger, Buchbindergehilfe und Hausbesitzer (Berichterstatter GR. Rykl);

Währing: Jakob Paschel, Besitzer eines chemischen Pflanzerei; Georg Grill, Einspännereigentümer; Leopold Maekl, Schuhmacher (Berichterstatter GR. Dechant); Paul Schlehán, Privatier; Johann Kober, Gemischtwarenverschleißer; Johann Lang, Gemischtwarenverschleißer (Berichterstatter GR. Brenta);

Brigittenau: Johann Zechmeister, Einspännereigentümer; Karl Hofmeister, Leichenbestattungs-Unternehmer; Anton Magda, Sattler (Berichterstatter GR. Straßer).

In derselben Sitzung wurde einer größeren Anzahl von Personen die Zuständigkeit, bzw. die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband verliehen.

Eine angebliche Budapestreise des Wiener Bürgermeisters. Ein Pester ungarisches Tagblatt kündigt in einem Interview eine neuerliche Reise des Bürgermeisters Dr. Neumayer nach Budapest an. Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte der Bürgermeister, es sei nicht ausgeschlossen, daß er im Laufe

ausgesprochen wird, niemals gemacht.

fe des Winters wieder einmal nach Budapest fahren würde, doch habe er eine so strikte Zusage wie sie im Interview

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Wien, Montag den 9. Oktober 1911, abends.-

Wohnungsfürsorge der Gemeinde Wien.- Die Beartung über die Notatsendaktion der Gemeinde Wien auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge wurde heute abends fortgesetzt, jedoch noch nicht zu Ende geführt.-Ein Abschluß ist in der allernächsten Zeit zu gewärtigen.-

Die städtische Beamtenschaft und die Gehaltsregulierung der n. ö. Landesbeamten. Heute abends fand eine Sitzung des Vereines der Beamten der Stadt Wien statt, an der die Obamänner sämtlicher Fachvereine der städtischen Beamtenschaft und der Beamtenvereine der städtischen Unternehmungen teilnahmen.- Es gelangte die jüngste Gehaltsregulierung der n. ö. Landesbeamten zur Erörterung und wurde der Beschluß gefasst, an den Gemeinderat wegen Gleichstellung der gesamten städtischen Beamtenschaft mit den Landesbeamten heranzutreten.-

Knabenhort und Ferienkolonie „Innere Stadt“. Vom schönsten Wetter begünstigt veranstaltete das Präsidium des Knabenhortes und der Ferienkolonie „Innere Stadt“ anlässlich des Namensfestes unseres Kaisers am 4. Oktober 1- J. mit den Zöglingen des Knabenhortes und den Kindern der Ferienkolonie einen gemeinsamen Ausflug in das Krapfenwaldl, welcher einen äußerst animierten Verlauf nahm. Um 2 Uhr nachmittags marschierten die Zöglinge und Kinder 150 an der Zahl, unter den Klängen der Knabenhort-Kapelle und unter Leitung des Obmannes des Armen-Institutes, Bezirksrat Ignaz Hörnisch zum Liebenberg-Denkmal, von wo dieselben in zwei Sonderzügen mit je einem Beiwagen nach Grinzing befördert wurden. Von dort wurde in das schöne Krapfenwaldl marschiert. Im dortigen Restaurant wurden die Kinder vom Obmann Hörnisch, Bezirksrat Josef Seidl, Armenrat Wall und Fräulein Gisela Fritschek mit Milch Kaffee und Butterbrot bewirtet. Die Knabenhort-Kapelle brachte einige Musikpiecen in exakter Weise zum Vortrag, welche großartigen Beifall fanden. Diesem Ausfluge hatten sich auch mehrere Bezirks-, Armen- und Ortschulräte, Schuldirektoren und ein Teil des Lehrkörpers der Schulen im 1. Bezirk, mehrere Damen und viele Eltern der Kinderangeschlossenen, so daß dortselbst ca 600 Personen anwesend waren. Kurz vor dem Aufbruche zur Heimfahrt hielt Obmann Hörnisch an die Kinder und Gäste, eingedenk dieses Festtages eine herzliche Ansprache und brachte zum Schlusse ein dreifaches Hoch auf unseren geliebten Kaiser aus, welches mit begeistertem Beifall der Anwesenden seinen Widerhall fand. Die Musik-Kapelle des Knabenhortes intonierte die Volkshymne, welche von allen Anwesenden mitgesungen wurde. Endlich wurde die Heimfahrt angetreten und alle, die diesem schönen Ausfluge beigewohnt werden sich immer gerne daran erinnern.

Aus demselben Anlasse veranstaltete der Knabenhort „Innere Stadt“ am Sonntag den 8. Oktober 1- J. in der Hof- und Stadtpfarrkirche zu St. Augustin einen Festgottesdienst, wobei die Musikkapelle des Hortes das deutsche Hochamt von M. Haydn in sehr gelungener Weise zur Aufführung brachte. Auch diesem Festgottesdienste wohnten viele Honorationen und Publikum der Inneren Stadt bei. Nach diesem Gottesdienste wurden die Zöglinge des Knabenhortes von der Kommerzialsrätigin Frau Amalie Sans im Kioskkaffee Karb am Graben mit Butterbrot, Aufschnitt und Thee in lebenswürdigster Weise bewirtet.

Knabenhort „Innere Stadt“. Die Einschreibungen finden täglich an Wochentagen von $\frac{1}{2}$ 6 bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends statt. Bemerkenswert wird, daß für geeignete Hortszöglinge noch einige Holz-

Blechinstrumente zur Verfügung stehen.

Lehrbefähigungs-Prüfungen. Die Lehrbefähigungs-Prüfungen für allgemeine Volks- und Bürgerschulen sowie für spezielle Prüfungen im November - Termine 1911 beginnen bei der Prüfungskommission in Wien für Kandidaten am 2. November im Gebäude der Lehrbildungsanstalt 3. Bez. Sopfienbrückengasse 20, für Kandidatinnen am 20. November im Gebäude der Lehrerinnen-Bildungsanstalt 1. Bez. Hegelgasse 14. Gesuche sind im Dienstwege an die betreffenden Bezirksschulräte, bezw. an die Landesschulbehörde behufs Entscheidung über die Zulassung zur Prüfung zu richten. - Vor der Prüfungskommission für allg. Volks- und Bürgerschulen in Ober-Hollabrunn finden Lehrbefähigungsprüfungen für allgemeine Volks- und Bürgerschulen sowie Spezialprüfungen für Klavier und Violine an Bürgerschulen und für Landwirtschaft an mit Volksschulen verbundenen Lehrkursen statt. Die Lehrbefähigungsprüfungen für Volks- und Bürgerschulen beginnen am 6. November 1911, die Spezialprüfungen für Klavier und Violine finden am 8. November, die aus Landwirtschaft am 8. November statt. Die Ergänzungsprüfungen aus Gesang und Turnen an Volks- und Bürgerschulen werden am 6. und 7. November, die Ergänzungsprüfungen aus katholischer Religionslehre werden am 6. und 7. November abgehalten. - Vor der Prüfungskommission für allg. Volks- und Bürgerschulen in Krems finden Lehrbefähigungsprüfungen für allgemeine Volks- und Bürgerschulen sowie Spezialprüfungen für Französisch, Englisch, Klavier, Violine und Orgelspiel an Bürgerschulen und für Landwirtschaft an mit Volksschulen verbundenen Lehrkursen statt. Die Lehrbefähigungsprüfungen für Volks- und Bürgerschulen sowie für Französisch und Englisch beginnen am 6. November, die Spezialprüfungen für Klavier, Violine und Orgelspiel finden am 25. November, die aus Landwirtschaft am 21. November statt. Die Ergänzungsprüfungen aus Gesang und Turnen an Volks- und Bürgerschulen werden am 7. November nachmittags, die Ergänzungsprüfungen aus katholischer Religionslehre werden am 11. November abgehalten.

WIENER STADTRAT.
Sitzung vom 10. Oktober 1911.
Vorsitzende: VB. Dr. Porzer, VB. Hierhammer und VB. Hof.

Nach einem Berichte des VB. Dr. Porzer wird das Detailprojekt für die Regulierung und Neupflasterung der Eibelungengasse im 1. Bezirk in der Strecke von der Babenbergerstraße bis zur Eschenbachgasse mit dem Erfordernisse von 23.500 K genehmigt.

Nach einem Bericht und Antrag des StR. Wippel wird dem deutschen Turnverein Favoriten der Turnsaal der Knaben-Volksschule 10. Bez. Quellenstraße 54 an vier Wochentagen von

7 bis 9 Uhr abends überlassen. Die Wirksamkeit dieses Turnvereines ist eine volkerzieherliche und vaterländische.

Die Regulierung der noch unbenannten Straße 1 im 18. Bez. welche die Eckpergasse mit der Scheibenbergstraße verbindet, soll nach einem Berichte des StR. Tomola nach im heurigen Jahre durchgeführt werden. Für die noch heuer auszuführenden Arbeiten wird ein Betrag von 10.000 K bewilligt. Die Gesamtkosten betaufen sich auf 20600 K.

Nach einem Berichte des StR. Brauneiß wird das Projekt für den Kanalbau- und Umbau zum Zwecke der Kanalisierung der auf der Schmelz neu zu eröffnenden Straßen im 15. und 16. Bezirk mit dem Erfordernisse von 246.800 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Haas wird für die Herstellung einer Abwasserreinigungsanlage im städt. Versorgungshause Liesing, die infolge einer Projektänderung bezüglich der bereits genehmigten Anlage erforderlich ist, mit den Kosten von 4200 K genehmigt.

Die Sistemisierung einer städt. Bezirks-Kratensstelle 2. Klasse im Stande des Stadtphysikates wird genehmigt; diese Stelle ist für den 20. Bezirk in Aussicht genommen.

Das von StR. Zatzka vorgelegte Projekt für den Neubau eines Hauptkanalstranges in der Winerstraße von Nr 2 bis 17 in Ober St. Veit, 13. Bezirk wird mit den Kosten von 13.000 K genehmigt.

Der Legung eines Rohrstranges der Hochquellenleitung in der Mantlberggasse im 13. Bezirk - Kosten 4500 K - wird zugestimmt.

Nach einem Berichte des StR. Schneider wird für die Ergänzung des Vorrates an Eisen- und Maschinenbestandteilen für Anbohrungen der Hochquellenleitung pro 1912 ein Betrag von 90.000 K genehmigt.

Die Abteilung der Liegenschaft Einl. 5427 im 20. Bezirk zwischen der Forsthausgasse, der Brigittenauerlande und 2 neuer Gassen auf 7 Baustellen wird genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Büsch wird eine städt. Parzelle in Hetzendorf nächst der Kranichberggasse im Aasmaße von 572 m² in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes übertragen. Der anrührende Grundbesitzer leistet für diese Straßengrundabschreibung eine Schadloshaltung von 8 K pro Quadratmeter.

Armeninstitut Margarethen und Favoriten. Nach einem Berichte des StR. Hallmann hat der Stadtrat die Wahl des Herrn Josef Lawory zum Obmann Stellvertreter der 2. Sektion des Armeninstitutes Margarethen und nach einem Berichte des StR. Wippel die Wahl des Herrn Viktor Walenta zum Obmann Stellvertreter der 2. Sektion des Armeninstitutes Favoriten, bestätigt.

Beförderungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB.

Hof den Rechnungsoffizial der Stadtbuchhaltung Emerich Schneider zum Rechnungerevidenten, und in der städt. Hauptkassa die Herren Bruno Hönigschmid und Alois Brandstetter zu Offizialen und Herrn Ferdinand Hauer zum Akzessisten befördert.

Asyl für Obdachlose. Im 3. Quartal 1911 wurden im Asyl Obdachlose im 12. Bezirk 54.678 Männer, 15.345 Frauen und 29.272 Kinder - zusammen 99.295 Personen - beherbergt, mit 178.609 Portionen Suppen, 178.609 Portionen Brote und 2.858 Portionen Milch beköstigt und denselben 696 Wannen - und 6.966 Brausehäder gewährt.

Vierte Bürgerschulklassen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates referierte StR. Tomola über die Errichtung von vierten Bürgerschulklassen. Ueber seinen Antrag wurde folgender Beschluß gefasst: Die Gemeinde Wien errichtet probeweise für das Schuljahr 1911/12 je 5 einjährige Lehrkurse für Knaben und Mädchen (sog. vierte Bürgerschulklassen), wobei die Gemeinde Wien auf die Einhebung eines Schulgeldes verzichtet. Die Standorte der Knabekurse sind in den Knabenbürgerschulen 3. Bez. Sechskrügelgasse 11, 10. Bez. Eugengasse 30/32, 13. Bez. Reingasse 19, 17. Bez. Geblergasse 31 und 20. Bez. Jägerstraße 54; der Mädchenkurse in den Mädchenbürgerschulen 4. Bez. Starhembergasse 8, 5. Bez. Gassergasse 46, 9. Bez. Währingerstraße 43, 13. Bez. Gurkgasse 32 und 20. Bez. Jägerstraße 54. Die Genehmigung für die Errichtung der Kurse ist beschleunigt zu erwirken, damit ihre Aktivierung unverzüglich erfolgen kann. Die Kosten dieser Kurse betragen für das nächste Schuljahr 31.700 K. Zur teilweisen Deckung der Kosten dieser Kurse, zu deren Errichtung für die Gemeinde keinerlei Verpflichtung besteht, ist um eine staatliche Subvention einzuschreiten. Die Referenten Anträge wurden genehmigt.

Wärmestuben. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Wippel das Anbot des Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereines betreffend das Offenhalten seiner Wärmestuben auch während der Nacht für Obdachlose angenommen. Darnach sind die 6 Wärmestuben vom 15. November d.J. bis 15. März 1912 allnächtlich offen zu halten; in jeder Wärmestube sind 10 Plätze der Polizei für nicht pflegebedürftige Personen, die sich bei ihr während der Nacht obdachlos gemeldet haben, zur Verfügung zu stellen. Jeder Arme bekommt des Morgens eine Schale Erbsenconservensuppe und ein Stück Brot. Auch nach dem 15. März sind im Bedarfsfalle alle oder ein Teil der Wärmestuben bei Nacht offen zu halten. Die Gemeinde Wien leistet dem Vereine eine Entschädigung von 27 K 50 h pro Nacht und Wärmestube.

387

WIENER RATHAUS-KORRESPONDENZ
10. Oktober abends.

Die Wohnungsfürsorge der Gemeinde Wien. Die Vorberatun-
gen für ~~den~~ die Errichtung von Notstandsbauten im 10. und
16. Bezirk haben ihren vorläufigen Abschluß gefunden, so
daß der Magistrat nunmehr in der Lage ist, seine diesbe-
züglichen Anträge in der kürzesten Frist an den Stadtrat
zu leiten.

ENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Mittwoch, 11. Oktober 1911.

Die Komensky-Schulen. Der Ausschuß des politischen Fortschrittsvereines „Eintracht“ im 3. Bezirke hat in seiner letzten unter dem Vorsitze seines Obmannes Bezirksvorsteher Paul Spitaler abgehaltenen Sitzung dem Bürgermeister Dr. Neumayer und dem Bürgerklub des Wiener Gemeinderates den wärmsten Dank für die energische Haltung gegen die Errichtung einer Komensky-Schule im 3. Gemeindebezirk ausgesprochen und der bestimmten Zuversicht Ausdruck gegeben, daß derartige Verhältnisse, radikaler Elemente auf nationalem Gebiete von der Wiener Gemeindevertretung jederzeit mit der gleichen Energie zurückgewiesen würde. Die Ortsgruppe Neubau der Wiener Bürgervereinigung faßte in ihrer gestrigen Sitzung nach einem Antrage des neugewählten Obmannes der Ortsgruppe GR. Pichler folgende Resolution: Die Bürgervereinigung des 7. Bezirkes dankt dem Bürgermeister für jene von ihm getroffenen Maßnahmen, welche die Eröffnung der Komenskyschulen unmöglich machten. Die Bürgervereinigung erblickt in diesem strammen Eintreten eine Gewähr für die Erhaltung des deutschen Charakters unserer alten Vaterstadt und spricht ihre Entrüstung aus über das ganz ungebührliche Verlangen der tschechischen Volksverhetzer.

Wiener Bürgervereinigung. Die Ortsgruppe Neubau der Wiener Bürgervereinigung hat in ihrer letzten Sitzung den GR. Johann Pichler einstimmig zum Obmann der Ortsgruppe Neubau der Wiener Bürgervereinigung gewählt; zum Obmannstellvertreter wurde Bezirksrat C. Köck, zum Schriftführer G. Pfis, zum Kassier Franz Ströbl gewählt. Der neue Obmann dankte für die Wahl und das in ihn gesetzte Vertrauen und versprach, alle seine Kräfte der Bürgervereinigung zu widmen. Dem bisherigen Obmann der Ortsgruppe GR. kais. Rat Stehlik wurde vom Präsidenten der Bürgervereinigung Bezirksvorsteher kais. Rat Weidinger der Dank für seine langjährige Tätigkeit ausgesprochen.

Besichtigung des städt. Brauhauses durch den Gemeinderat. Ueber Anregung des Brauhausausschusses wird heute die Besichtigung des Stadtbrauhauses in Rannersdorf durch den Wiener Gemeinderat erfolgen. Durch die in diesen Tagen erfolgte Bierpreiserhöhung ist das städt. Brauhaus, das ausser Kartell stehend keine Erhöhung seiner Produkte vorzunehmen beschlossen hat, in den Vordergrund des Interesses der Bierkonsumierenden Bevölkerung getreten und wird die mit allen technischen Neuheiten ausgestattete vollkommen moderne und mustergiltige Betriebsanlage die Aufmerksamkeit aller Besuche auf sich lenken. Die kleine Ortschaft Rannersdorf, die seit der Verstadt-

lichung des Wiener Brauhauses wenigstens dem Namen nach jetzt ziemlich bekannt ist, liegt nur 1 1/2 km. von Schwwechat entfernt. Die Brauereianlage hat dem Dorfe ihr Gepräge gegeben, der Wallhofturm, ~~das~~ ^{der} das zur Brauerei gehörige Oekonomiegebäude überragt, ist das Wahrzeichen der Gegend. Die Brauerei ist derart angelegt, daß die Vergrößerung der Ablage nach Bedarf jederzeit ohne Betriebsstörung erfolgen kann. Die baulichen Ablagen sind durchaus in einer allen Anforderungen der modernen Bautechnik entsprechenden Weise hergestellt und derart gruppiert, daß alle Zweige des Betriebes ineinandergreifen. Die Betriebskraft ist ausschließlich elektrische Energie, die durch die städt. Elektrizitätswerke geliefert wird. Beim Eingange links liegt das Direktionsgebäude, ein im französischen Stile aufgeführter Bau mit Mansardenbau, rechts erblickt man die Mälzerei, einen riesigen langgestreckten Bau, dessen charakteristische Darrtürme schon vom Zentralfriedhofe zu sehen sind. In diesen Gebäuden sind die Gerstenböden, die ~~den~~ ^{großen} Wasserreservoirs untergebracht; alle Transporte zum Parterre und den einzelnen Stockwerken erfolgen durch Elevatoren. Die Mälzerei wurde unter dem kommunalen Betriebe bereits erweitert und die Luftwasserweiche eingeführt. Dann geht er ins Sudhaus, das bald nach der Verstadtlichung des Unternehmens mit einem Kostenaufwande von ~~114.000~~ ^{114.000} Kronen auf das doppelte der ursprünglichen Leistungsfähigkeit gebracht wurde. Eine der hervorragendsten Baulichkeiten ist die Kellerei, die einen bedeutenden Komplex einnimmt. Unter dem von Eisenkonstruktionstragenen Dache ist die ebenfalls von der Kommune eingebaute Kühlanlage untergebracht, welche alle Räume der Kellerei mit Kaltluft versehen muss. Die Stadt Wien hat die bestehenden Lagerkeller bereits zweimal mit bedeutendem Kostenaufwande erweitert, 1905 wurden 10 Lagerkeller dazu gebaut, jetzt stehen eben 4 neue Lagerkelleranlagen im Bau, welche mit eisernen Lagerfässern der neuesten technischen Errungenschaft auf dem Gebiete des Brauwesens ausgestattet werden. Auch der Gärkeller musste 1905 wesentlich erweitert werden, desgleichen der Abfüllraum mit den motorisch betriebenen Abfüllapparaten. Interessant ist die Waschanlage mit den vollkommen automatisch arbeitenden Fasswaschmaschinen desgleichen die Flaschenabfüllanlage, in welcher 4 Abfüllkolonnen eingebaut sind; die Präzision, mit der diese ~~Maschine~~ ^{Maschine} die Flaschen ganz automatisch, dabei aber mit der größten Gründlichkeit reinigt, füllt, verkorkt, etikettiert und versandfähig macht, wird gewiß das eminenteste Interesse erregen. Zu den bisherigen 4 Bierarten Abzugbier, Wienerbräu, Bürgerbräu und Spezialbier hat sich vor einigen Wochen eine 5. gesellt, das Borromäusbräu, das sich sofort nach seinem Erscheinen die Sympathien der Lieb-

haber einer dunklen Type erwarb. Die Herren, welche heute (Donnerstag) das Brauhaus besuchten, werden sich gewiß ~~die~~ ^{die} Ueberzeugung verschaffen, daß unter der städtischen Verwaltung Großes und Nützliches geschaffen wurde und die Gemeindeverwaltung keine Opfer gescheut hat, um das Brauhaus zu einem Unternehmen zu gestalten, das durch seine mustergiltigen Einrichtungen und seine Erzeugnisse sich würdig an die Seite der anderen Brauereien stellen kann. Der Hannover'sche Männergesangsverein im Rathause. Für heute vormittags war der Hannover'sche Männergesangsverein ins Rathaus geladen worden. Circa 175 Personen darunter ungefähr ein Dutzend Damen erschienen gegen 10 Uhr im Rathause, besichtigten die städt. Sammlungen und die Festräume und versammelten sich sodann im Stadtrats-Sitzungssaale, woselbst Bgm. Dr. Neumayer unterstützt von den 3 Vize-Bürgermeistern die Honneurs machte. Auch eine größere Anzahl von Stadträten, die Schriftführer des Gemeinderates, die Mitglieder des gemeinderätlichen Ordnerkomitees sowie die Spitzen der städt. Ämter waren anwesend. Ferner bemerkte man von der deutschen Botschaft Botschafterrat Graf Oberndorf, Hofrat Steinke, und die Sekretäre Ewald und Bruchmann, den deutschen Konsul Vivenot, den Obmann des deutschen Schulvereines HRA Dr. Groß, ferner vom Wiener Männergesangsverein Vorstand Dr. Kröckl, Ehrenchormeister Kremser, Chormeister Keldorfer, Schriftführer Claus und Oekonom Mellich vom Schubertbund die Vorstände kais. Rat Jaksch und Janisch, Ehrenvorstand Fetzmann und Schriftführer Urbanczik, vom Eisenbahnbeamten-Gesangsverein Vorstand-Stellvertreter Fischmeister, Chormeister Führich, Chormeister Stellvertreter Mag. Rat Göttl und die Vorstands-Mitglieder ~~Kovats~~ ^{Kovats} Kovats und Jellinek, von n. ö. Sängerbund Vorstand-Stellvertreter Dr. Mayer und Schriftführer Bildl, der Vertreter des allgemeinen deutschen Sängerbundes Hofmann, der Obmann des Vereines „Niederwald“ Scheid ~~und~~ ^{und} Schriftführer Friedl, etc. etc. Bürgermeister Dr. Neumayer begrüßte namens der Stadt Wien die Gäste auf das herzlichste und dankte den Wiener Vereinen, daß sie die Hannover'schen Sänger nach Wien gebracht. Er gedachte dann des gestrigen Konzertes der deutschen Sänger im Sophiensaal und fand Worte wärmster Anerkennung für den Chormeister Prof. Fischen und die Hofopernsängerin Frä. Luzy Gates. Er bat dann die Herren und Damen einige gemütliche Stunden mit den Wienern im Festsale zu verbringen, wobei er ^{die} ~~zuversichtlichste~~ ^{zuversichtlichste} Hoffnung aussprach, daß sich die deutschen Sänger hier wohl befinden werden. Der Vorstand des Hannover'schen Gesangsvereines ~~Senator~~ ^{Senator} Fink dankte für die freundlichen Worte des Bürgermeisters und die Auszeichnung, die seinen Kollegen durch den Empfang im Rathause zuteil ge-

worden. Der heutige Empfang werde ihm und seinen ~~Kollegen~~ ^{Kollegen} Kollegen in ewiger Erinnerung bleiben. Er schloß mit dem Wunsch, daß der Stadt Wien eine glückliche segensvolle Entwicklung auch in der Zukunft beschieden sei. Die Gesellschaft begab sich sodann in den Festsaal und wurden dort durch einen Begrüßungsmarsch, intoniert von der Musik-Kapelle G. W. Drescher, begrüßt. Die Rathauskeller-Wirte Dombacher und Miloch hatten ein wienerisches Frühstück vorbereitet, wozu Wiener-Bräu und Rathauskeller-Weine kredenzt wurden. Das Arrangement lag in den Händen des Obmann-Komitees, sowie des Präsidialvorstandes Formanek und des Mag.-Sekretärs Böttger. Bgm. Dr. Neumayer begrüßte während des Frühstücks noch einmal die Gäste und bemerkte, daß die Stadt Wien schon sehr oft Gelegenheit hatte, deutsche Sangesbrüder in ihrem stolzen Bürgerpalast zu empfangen. Die Tugend des deutschen Volkes wird von den deutschen Sängern nicht bloß gepriesen, sondern auch geübt. Sie pflegen im deutschen Liede den Patriotismus, die Liebe zur Heimat und zur Muttersprache und wir Oesterreicher sind in allen diesen Dingen eins mit ihnen. (Stürmischer Beifall). Wir freuen uns jedesmal, wenn deutsche Brüder zu uns kommen, weil dadurch unser Volksbewußtsein gestärkt wird und wir haben dies besonders notwendig, denn wir stehen an der Grenze der deutschen Lande. Nicht umsonst heißen wir die Ostmark, denn hier mußte allezeit deutscher Grund und Boden gegen das Andringen Fremder verteidigt werden. Bgm. Dr. Neumayer erhebt zum Schluß sein Glas auf Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Franz Josef I. Die Sänger intonierten dann, begleitet von der Musikkapelle Drescher, das „Heil Dir im Siegeskranze“ und die österreichische Volkshymne. Der Bürgermeister brachte dann sein Glas den lieben Gästen, sowohl den Herren als auch den Damen. Die Rede des Bürgermeisters wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Vorstand des Hannover'schen Männergesangsvereines Senator Fink bemerkte, die herzliche Aufnahme, die die Hannover hier gefunden, sei ein neuer Beweis der treuen Waffenbrüderschaft zwischen den Deutschen und Oesterreichern. Wir Hannover als Söhne Deutschlands sind stolz auf diese freundschaftlichen Beziehungen, in denen wir das größte Glück für beide Völker ersehen. Wir betrachten uns deshalb nicht als Fremde, finden wir doch hier dieselbe Sprache, und schlagen uns Herzen in warmer Freundschaft entgegen. Er schloß mit einem Hoch auf die ewig junge fröhliche Kaiserstadt Wien. Die Sängerscholar sang sodann das „Füllt die Pokale“. Der Vorstand ~~des~~ ^{des} Stellvertreter Fischmeister des Gesangsvereines Österr. Eisenbahnbeamter dankte für die liebenswürdigen Worte, welche den Sängern aus dem Munde des Bürgermeisters zuteil geworden, und für den deutschen Willkommtrunk. Gott sei Dank,

sagte er, deutsch ist unsere Stadtvertretung;
die in
Ereignisse der jüngsten Zeit, welcher der Stadt in mutwilliger
Weise der Kampf in Schulangelegenheiten aufgezwungen wurde,
haben gezeigt, daß unsere Stadtvertretung und vor allem
unser Bürgermeister durch und durch deutsch ist. (Lebhafter
anhaltender Beifall). Wir werden überall und jederzeit in der
energischsten Weise und zielbewußt für den deutschen Cha-
rakter unserer lieben Kaiserstadt eintreten. Das kann ich
namens der Sängerschaft Wiens und ganz Oesterreich versichern,
daß wir wie ein Mann an der Seite der Stadt Wien stehen werden
und daß wir wenn es notwendig sein wird auch mit der Tat zu
Hilfe kommen werden. Der Redner schließt mit einem stürmisch
aufgenommenen Hoch auf den Bürgermeister der Stadt Wien und
die Stadtvertretung.

Die Sänger traten dann zusammen und sangen unter der Leitung
des Dirigenten Prof. Frischen einige Chöre, von denen namentlich
das deutsche Lied und das Minnelied in dem großen Saale außer-
ordentlich zur Geltung kamen. Nach dem Frühstück wurden
die Sänger im Arkadenhofe fotografiert.

Wiener Sängerbund. Der Männergesangsverein „Wiener Sängerbund“
(gegründet 1856) hält Donnerstag den 12. d. M. um 8 Uhr
abends im Vereinsheim 1. Bez. Lisztstraße 1 eine außerordent-
liche Hauptversammlung ab. Im Hinblick auf die besondere
Wichtigkeit der Tagesordnung ergeht an die Ehren-, fördernden
und ausübenden Mitglieder die dringende Bitte, zuverlässigst
zu erscheinen.

Der Dank der Lehrerschaft an den GR. Philp. Der Landtags-
Abgeordnete und Gemeinderat Philp hatte sich in der Frage
der Regulierung der Pensionsbezüge der Lehrer und der Aufhe-
bung des Zölibates für die Wiener Lehrerinnen große Verdien-
ste erworben. Gestern erschien eine Deputation der Wiener
Lehrer-Pensionisten unter der Führung der Direktoren Mosa-
bauer und ^{W.} Stenbauer und eine Deputation der Wiener Lehrer-
rinnen unter der Führung der Damen Skalik und Stubenvoll
beim GR. Philp, um ihm für ^{seiner} ~~seiner~~ rühmliche und erfolgreiche
Tätigkeit den besten Dank abzustatten.

Stiftung. Im November d. J. gelangen die Zinsen der Georg und
Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf
Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von
Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der
ehemaligen Vorstadt Laingrube genießen vor allen anderen Be-
werbern den Vorzug. Gesuche um Beteiligung sind bis läng-
stens 15. November 1. J. in der Kanzlei des Bezirksausschus-
ses Mariahilf, 6. Bez. Amerlingstraße 6 einzubringen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ
Wien, Mittwoch, den 11. Oktober 1911, abends.

Aus dem Bürgerklub.

Unter dem Vorsitz des Oberkurators Steiner fand heute nachmittags im Rathause eine Sitzung des Bürgerklubs statt, in welcher beschlossen wurde, am 24. Oktober d. J. als am Geburtstage tags um 9 Uhr vormittags in der Votivkirche ein Gedächtnisgottesdienst für den verstorbenen Bürgermeister Dr. Kalr Lueger stattfindet. Für die durch die Wahl des STR Knoll in das Kuratorium der Zentralsparkassa erledigte Ausschussmandat dieses Institutes würde GR Buschauer kandidiert. Darnach brachte der Vorsitzende nachstehendes Schreiben zur Verlesung.

Der ausschuss des politischen Fortschrittsvereines „Eintracht“ im III. Bezirke hat in seiner letzten unter dem Vorsitz seines Obmannes Bezirksvorstehers Fauß Spitaler abgehaltenen Sitzung dem Herrn Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und dem Bürgerklub des Wiener Gemeinderates den wärmsten Dank für die energische Haltung gegen die Errichtung einer Komenskyschule im III. Wiener Gemeindebezirke ausgesprochen und der bestimmten Zuversicht Ausdruck gegeben, daß derartige Vorstöße verhetzter radikaler Elemente auf nationalem Gebiete von der Gemeindevertretung jederzeit mit der gleichen Energie zurückgewiesen werden. Nunmehr gelangte der Entwurf eines Parteistatutes für die Wiener christlich Soziale Partei zur Beratung.

Referent Dr. Weiskirchner weist darauf hin, daß der Bürgerklub ein neungliedriges Komitee mit der Aufgabe eingesetzt habe, einen Entwurf eines neuen Parteistatutes auszuarbeiten, und dem Plenum zur Beschlussfassung vorzulegen. In mehreren Sitzungen eines engeren dreigliedrigen Komitees, das aus den Abg. Lorenz Müller und Kunschak und dem Referenten bestand, nach einer Besprechung mit den Bezirksvorstehern und Wahlleitern kam ein Entwurf zustande, der heute der Beratung unterliegt. Referent hebt hervor, daß gegenüber den Bestimmungen des früheren Parteistatutes das neue auf breiter demokratischer Grundlage seine Aufbau findet, daß die Autonomie der Bezirke gewahrt werde, damit allen lokalen Verhältnissen und individuellen Besonderheiten ihre Rücksicht finde, und daß auch die Parteileitung nicht durch Ernennung, sondern durch legitime Wahl zusammengesetzt werde. Man muß das Parteistatut von einem Parteiprogramm unterscheiden. Das Parteistatut enthält einfache klare Sätze über die Organisation, vermeidet jedoch parteiprogrammatische Bestimmungen. Das Parteistatut muß weitmaschig sein, damit alle Fälle und alle Verhältnisse von ihm erfaßt werden können. Die Grundlage der Parteiorganisation

soll naturgemäß die politische Vereinsorganisation sein. Es handelt sich auch darum, daß eine rege Tätigkeit der auf christlich sozialer Grundlage fußende Vereine inszeniert werde, damit auf diese Weise die Unterlage der Partei so breit als möglich gestaltet werde. Es sei aber auch notwendig, die Organisation der nichtpolitischen Vereine, welche der Partei nahe stehen, sowie die Ständesorganisationen zu berücksichtigen, und außerdem muß auch an dem bewährten Grundsatz festgehalten werden, daß aus den Mandataren, den Delegierten der politischen Vereine, den Obmännern der nichtpolitischen Vereine und Ständesorganisationen gebildete Bezirkswahlkomitee durch sonstige erprobte und bewährte Vertrauensmänner des Bezirkes im Kooptierungswege zu ergänzen. Nach dem neuen Entwurfe besteht die Parteileitung der Wiener christlichsozialen Partei aus einem weiteren und einer engeren Parteirate. Der weitere Parteirat, welcher bei Wahlen die Funktionen des bisherigen Zentralwahlkomitees ausüben hat, wird gebildet aus den Obmännern der Bezirksorganisationen und aus je zwei von den Bezirkswahlkomitees jeweilig auf zwei Jahre gewählten Delegierten, er besteht daher aus 33 gewählten Mitgliedern, zu denen der Landmarschall und der Bürgermeister von Wien, sofern sie der christlichsozialen Partei angehören, als Virilsten kommen. Die Spitze der Partei (der engeren Parteirat) besteht aus 9 Personen, welche aus dem weiteren Parteirate gewählt werden. Mindestens alle zwei Jahre soll ein Parteitag stattfinden; zur Teilnahme an demselben sind sämtliche Mitglieder der Bezirkswahlkomitees berechtigt. Referent erläutert sodann die Aufgaben des Bezirkswahlkomitees die Normen über die Aufstellung von Kandidaten, über den Abschluß von Wahlkompromissen, über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Austragung von Streitigkeiten aus den Parteiverhältnissen und schließt mit der Bitte um Annahme des Entwurfes, welches gewiß allein nicht genügt, um die Partei auf neue Grundlagen zu stellen, welches aber die Handhabe sein soll, um mit neuen Kräften und neuem Mute die Organisation der Versammlungstätigkeit zu beginnen, und die Vorbereitungen für die nächstjährigen Gemeinderatswahlen zu treffen.

Der Obmann des Bürgerklubs, Oberkurator Steiner leitete hierauf die Generaldebatte mit nachstehender Rede ein: Mit Bezug auf einen in einem Wiener Blatterschienen Artikel, in welchem Exzellenz Dr. Weiskirchner und Oberkurator Steiner aufgefordert werden, sich zu entscheiden ob sie sich dem nationalen oder dem klerikalen Flügel im Wiener Bürgerklub anschließen, erkläre ich Folgendes: Ich schließe mich weder dem nationalen noch dem klerikalen Flügel an, sondern bleibe das was ich seit mehr als 25 Jahren war, ein Anhänger der deutschen, christlichsozialen Partei. (Stürmischer Beifall). Nachdem aber soviel in letzter Zeit über den Nationalismus in der christlichsozialen Partei gesprochen und geschrieben wird, erlaube ich mir in nationaler Beziehung Folgendes zu erklären: Was heißt national sein? National sein heißt, mit seinen Stammesangehörigen, mit seinem Volke fühlen, für sein Volk arbeiten und in Not und Gefahr es zu verteidigen suchen. Die Stimme der Natur ruft jedem zu: „Dein Platz ist auf der Seite deines Volkes.“ Was sollte uns Christlichsoziale hindern national zu sein? Etwa unsere christliche Ueberzeugung? Die christliche Moral lehrt uns aber doch ausdrücklich, daß der eigene Stammesgenosse uns näher steht als der Fremde, daß wir unser Volk lieben müssen. Unsere christliche Ueberzeugung hindert uns also nicht und hat uns niemals gehindert, der Stimme der Natur zu folgen und auf der Seite unseres Volkes zu stehen. Beweis dessen die ganze Vergangenheit der christlichsozialen Partei! Was hat die christlichsoziale Partei in Wien und Niederösterreich geleistet um die Stellung des Deutschtums zu stärken? Ich verweise da nur auf das Gesetz der deutschen Unterrichtssprache in den Wiener Fortbildungsschulen, auf die Reform der Pfindlingspflege, die Einführung der Amtssprache in Wien und Niederösterreich, die Subventionierung nationaler Schutzvereine durch Stadt und Land, u. s. w. Wird es jemand wagen den Anwurf zu erheben, daß wir jemals in Not und Gefahr unser Volk verlassen haben? Welche Partei kann sich rühmen, in wirtschaftlicher Beziehung mehr für das Volk gearbeitet zu haben als gerade die christlichsoziale? Das ist ein sonderbarer Hausvater, der immerfort ruft: „Schaut, was ich für ein guter Familienvater bin!“, dabei aber seine Familie verhungern läßt. Das sind aber auch sonderbare Deutsche, die immerfort rufen: Wir, nur wir sind die besten Deutschen!“, die aber dabei ihr Volk ruhig den wirtschaftlichen Hungertod sterben lassen. Der Satz muß felsenfest stehen: Die beste nationale Politik ist die unermüdete Arbeit für das Volk. Alle Bedingungen also, die den Begriff „national“ bilden, wurden von den Christlichsozialen voll und ganz erfüllt. Wir fühlen für unser Volk, wir lieben es, wir arbeiten dafür, wir verteidigen es in Not und Gefahr. Warum aber immer wieder der Vorwurf: Die Christlichsozialen sind zu wenig national? Ein politisches Tauchenspielerstück ist die Ursache. Man hat mit einem geschickten „Dreh“ zu den Bedingungen, die den Begriff „national“ bilden, noch eine hinzu gefügt, die aber ihren ganzen Natur nach nicht hinein gefügt. Es ist dies das Wörtchen „freiheitlich“.

Plötzlich hat jetzt das Wort „national“ eine willkürlich geänderten Inhalt bekommen, dessen Ausdruck die ebenso willkürliche und unwahre Phrase ist: „National sein (oder auch „deutsch“ sein) heißt freiheitlich sein.“ Dermalen ist „freiheitlich“ in dem oben angeführten Sinne aber gleichbedeutend mit Feindseligkeit gegen jede positive christliche Ueberzeugung. Ist es nun klug - von allem anderen abgesehen - sich gerade in dieser Hinsicht mit der großen Mehrheit des eigenen Volkes in Widerspruch zu setzen? Denn das steht fest, daß gering gerechnet drei Viertel des deutschen Volkes in Oesterreich positiv christlich gläubig sind. Hat also eine Politik, die mit der weitaus größten Mehrzahl der eigenen Volksgenossen sich in Widerspruch setzt, das Recht, sich wahrhaft „national“ zu nennen? Es ist also eine politische Falschmünzerei, wenn man laut verkündet, daß zu dem Begriffe national notwendig auch der Begriff „freiheitlich“ gehört. Für einen solchen gefälschten Nationalismus werden wir uns höchlichst bedanken. Deutsch sein heißt ehrlich sein. Es ist aber in höchstem Grade unehrlich, wenn man in den Begriff „national“ auch den Begriff „freiheitlich“ hineinschmuggeln will, der eben nicht hinein gehört. Es ist der Verdacht nicht abzuweisen, daß dies von gewisser Seite nur deswegen geschieht, um es den Christlichsozialen im Vorhinein unmöglich zu machen, sich zu einem solchermaßen gefälschten Nationalismus zu bekennen und dann in die Welt hinausrufen zu können: Wir, nur wir sind national.“ Der Bürgerklub des Wiener Gemeinderates bleibt getreu dem Wahlspruche Dr. Luegers: „Deutsch, christlich und österreichisch immerdar!“ (Langanhaltender stürmischer Beifall). An der hehran folgenden Generaldebatte beteiligten sich die GRe Dr. Mataja, Kulhanek, Knoll, Nagler, Oppenberger, Rudolf Müller Angeli, und Kunschak, die Bezirksvorsther Rieneßl und L. MUBER, und der Referent. In der Spezialdebatte wurde eine Reihe von Aenderungsanträgen denen sich der referent akkomodiert, angenommen, und das Statut dann in seiner Gänze unter großem Beifall genehmigt. Dem Referenten Dr. Weiskirchner wurde der Dank des Bürgerklubs ausgesprochen. Ferner wurde eine Resolution Spitaler genehmigt, der zufolge die neue definitive Parteileitung aufgefordert wird, sofort mit einem parteiprogrammatischen Aufrufe an die Wählerschaft heran zutreten, in dem insbesondere die Stellung der christlichsozialen Wiener Partei als deutsche und antisemitische Partei in entsprechender Weise zum Ausdruck kommen soll. Die vom Referenten nach den Beschlüssen zu redigierenden Parteistatuten werden in Druck gelegt und an die Mitglieder der

fen werden können. Nach mehr als 4 stündiger Sitzung wurde dann die Versammlung des Bürgerklubs geschlossen.

Die Vorbereitungen für die Organisation in den Bezirken wird mit einem Termin von 14 Tagen bestimmt, damit sodann unverweilt die Vorbereitungen zur Erneuerung des Wiener christlichsozialen Parteitagess Gertoff-

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Donnerstag, 12. September 1911.

Kirchenmusik in der Pfarrkirche Gersthof am Sonntag, den 15. ~~Sept~~ Oktober 1911, um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags: Asperges vierstimmig von Habert, Introitus und Communion - Choral, Schöpfungsmesse von J. Haydn, Graduale: Jubilate von Eybler, Offertorium; Intende von Rotter, Tantum ergo in D von F. Schubert; nachmittags um 3 Uhr Ecce sacerdos magnus von Molitor, Lauretanische Litanei in A von Witt, Salve regina Choral, Tantum ergo von Duk.

WIENER RATHAUS.
Sitzung vom 12. Oktober 1911.
Vorsitzender VB. Dr. Porzer.

Nach einem Berichte des StR. Hörmann werden für die bereits genehmigte Asphaltierung des Trottoirs in der Landstraße Hauptstraße von Nr 14 bis 48 und die Umpflasterung des vor diesem Trottoir gelegenen Fahrbahnstreifen 3000 K genehmigt.

Die Errichtung eines Auslaufbrunnens im 3. Bezirk Ecke Rundweg- und Nottendorferstraße - Kosten 500 K - wird genehmigt.

StR. Straßer beantragt die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung in der Jägerstraße im 20. Bezirk durch Errichtung von 8 neuen halbnächtigen, einer neuen ganznächtigen einfachen und 2 neuen doppelten (je 1 halb- und 1 ganznäch- tige) Auergasflammen, Umwandlung einer halbnächtigen Flamme in eine ganznäch- tige und von 11 einfachen Flammen in Doppelflammen (Kosten 1700 K); ferner die Errichtung von 8 neuen halb- und vier ganznächtigen Auergasflammen in den Straßen nächst dem neuen Gasbehälter im 20. Bezirk. (Kosten 3400 K). Ang.

Nach einem Berichte des StR. Braun wird der Ankauf der Realität Kat.-Parz. 1507 (Garten) im 11. Bezirk, zwischen der verlängerten Erdbergerstraße und neuen Gürtelstraße im Ausmaße von $\frac{1}{2}$ 1206 m² um den Pauschalpreis von 9600 K genehmigt. Das Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales am Werkstättenweg in der Strecke von der Geiselbergstraße bis zur Geiereckgasse im 11. Bezirk mit dem Erfordernisse von 11.000 K wird genehmigt.

Die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung in der Eisteichgasse im 11. Bezirk ~~W~~ durch Errichtung von 2 ganz- und 3 halbnächtigen Auergasflammen wird genehmigt.

StR. Dr. Haas beantragt sich bereit zu erklären $\frac{3}{8}$ der ¹Belastung₁ Kosten für die in der Lupusheilstätte behandelten nach Wein zuständigen zahlungsfähigen Lupuskranken unter der Bedingung zu übernehmen, daß $\frac{3}{8}$ dieser Kosten vom n. ö. Landesaussschüsse und $\frac{2}{8}$ seitens der Stiftung „Lupusheilstätte“

getragen werden. Die für das nächste Jahrg auflaufenden Kosten betragen 8000 K. (Ang).

Nach einem Berichte des StR. Grünbeck wird der Ankauf der Liegenschaften Einl. 31 und 55 in Dornbach im 17. Bezirk im Ausmaße von 1829.09 m² zwischen Zwerngasse und Dornbacherstraße um den Betrag von 39.700 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Haas wird die neuysystemisierte Stelle eines Sekundararztes 2. Klasse im Stande des Stadtphysikates dem Dr. Alois Demetz provisorisch verliehen.

StR. Hörmann beantragt die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung durch Errichtung einer halbnächtigen StR. Hörmann beantragt die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung in der Daffindergasse im 3. Bezirk durch Umwandlung einer halbnächtigen Gasflamme in eine ganznäch- tige, und auf dem Rudolf von Altplatz im 3. Bezirk durch Errichtung einer ganznächtigen Grätzin - Doppelflamme. (Ang).

Stiftung. Im November d. J. gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger der Stadt Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der ehemaligen Vorstadt Laimgrube genießen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche um Beteiligung sind bis längstens 15. Oktober (nicht wie irrthümlich gemeldet wurde 15. November) l. J. in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf, 6. Bez. Amerlingstraße 6 einzubringen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Freitag, 13. Oktober 1911.

Magistrats-Rat i. J. Dr. Ferdinand Seltam. Am 15. d. M. Jilendet der pensionierte Mag.-Rat Dr. Seltam sein 70. Lebensjahr. Es ist keine Phrase wenn man hinzusetzt in voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Mag.-Rat Dr. Seltam war einer der verdientesten Beamten des Wiener Magistrates, der nach 40 jähriger Amtstätigkeit Ende April 1904 aus dem aktiven Dienst ausschied. Er hatte regen Anteil an der Organisation der magistratischen Bezirksämter 1892, leitete dann das magistratische Bezirksamt Meidling und war von 1896 bis zu seiner Pensionierung mit der Leitung der Mag.-Abteilung für die Arme-Kinder Fürsorge betraut, wo er mit praktischer Hand in die Verhältnisse der Armen-Kinder und insbesondere des Kinder-Hospitzwesens eingriff. Auch schriftstellerisch war Dr. Seltam tätig. Er bearbeitete gemeinsam mit Obermag.-Rat Posselt 2 Auflagen des Kommentars zur Gewerbeordnung, dann allein „Die Rechte und Pflichten der gewerblichen Hilfsarbeiter“, „die Gesetze über Unfall- und Krankenversicherung“, „Das Pfandleihgewerbe“, „Das System des österreichischen Gewerberechtes“ und als weiteres gemeinsames Werk 3 Auflagen des „Hausadministrator“. Eine neue Auflage des letztgenannten Werkes, gemeinsam mit dem derzeitigen Buchhaltungsdirektor Stieber herausgegeben, ist in jüngster Zeit erst erschienen und fand durch die Gnade des Kaisers Aufnahme in die Fideikommiss-Bibliothek. - Der Kaiser hat die Verdienste Dr. Seltams durch die Verleihung des Ritter-Kreuzes des Franz Josef Ordens ausgezeichnet. Seit seiner Pensionierung ist Dr. Seltam auf sozial-politischem Gebiete noch weiter rege tätig und arbeitet insbesondere eifrig als Verwaltungsausschuß des Wiener Wärmestuben-Vereines mit.

Aus der Großmarkthalle wird uns mitgeteilt, daß die Fleischzufuhr namentlich aus Galizien in den letzten Tagen außerordentlich reichlich war, so daß voraussichtlich ein ziemlicher Preisrückgang für den Fleischverkauf auf dem täglichen Fleischmarkte zu gewärtigen ist.

W I E N E R S T A D T R A T.

Sitzung am 13. Oktober 1911.

Vorsitzende die VB. Dr. Porzer, Hierhammer und Hoß.

Nach einem Bericht des StR. Hallmann wird die Schadloshaltung für den zur Straße abzutretenden Grund beim Hause 5. Bez. Bräuhauergasse 49 im Ausmaße von 93,81 m² mit 20 K per m² bestimmt.

Die erledigte Stelle des Chordirigenten an der städtischen Patronatskirche St. Florian in Matzleinsdorf im 5. Bez. wird

dem Solovellisten und Musiklehrer Anton Barthlme verliehen.

Nach einem Bericht des StR. Gräf wird die Grabereinteilung im Ottakringer Friedhofe dahin abgeändert, daß auf der letzten Erweiterung an Stelle der gemeinsamen Gräber eigene Gräber angelegt werden.

Das vom StR. Knoll vorgelegte Projekt für die gärtnerische Ausgestaltung der Grundflächen um das neue Bürgerschulgebäude im 21. Bezirk, Hirschstetten, Konstanziagasse wird mit dem Erfordernisse von 5722 K genehmigt.

StR. Zatzka erstattet ein umfangreiches Referat betreffend die Abänderung der Vorgartentiefe und der Verbauung für das Gebiet zwischen der Prinz Eugenstraße, Cottagestraße, dem Heinrichshügel und dem Linnéplatz im 19. Bezirk, ferner die Bestimmung der Baulinien für die Stephaniehöhe. Die Anträge des Referenten werden angenommen und demselben für seine umfangreichen Arbeiten und Bemühungen der Dank des Stadtrates ausgesprochen.

Nach einem Bericht des VB. Dr. Porzer wird für die Errichtung einer Safe-Anlage durch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Hause 1. Bez. Wipplingerstraße 3 die Baubewilligung erteilt.

Prinz Achmed Fuad Pascha Gestern Mittag lud der ägyptische Prinz Achmed Fuad Pascha die Stützen der Wiener Gemeindevertretung zu einem Dejeuner in das Hotel Imperial, um sich von den Herren zu verabschieden, und ihnen für das ihm erwiesene Entgegenkommen der Stadt Wien zu danken. An dem Dejeuner nahmen teil: Bürgermeister Dr. Neumayer, die drei Vize-Bürgermeister Dr. Porzer, Hierhammer und Hoß, Oberkurator Steiner, Magistrats-Direktor Appel, Präsidialvorstand Magistrats-Rat Formanek und Ingenieur Willfort; ferner der türkische Konsul Bondy Bey und der Sekretär des Prinzen Professor Dr. g Fago. Bei dem Dejeuner hielt Prinz Achmed Fuad Pascha nachstehenden Trinkspruch: Meine sehr geehrten Herren! Auf das tiefste gerührt durch den lebenswürdigen und warmen Empfang, der mir in der Stadt Wien zuteil wurde, spreche ich neuerdings den würdigen Repräsentanten derselben meinen innigsten Dank aus. Ich versichere Sie nochmals Herr Bürgermeister, daß ich in meinem Herzen auf immer die angenehmste Erinnerung an all die zahllosen Beweise Ihrer Sympathie mit mir nehme. Dieser mein Aufenthalt in Ihrer edlen und so gastfreien Metropole hat mir auch eine neuerliche Gelegenheit geboten, die stets wachsenden Fortschritte, das stete Aufblühen, ja den Siegeszug Ihrer Stadt in der Erreichung der höchsten Kulturziele unserer Zeit zu bewundern! Nochmals Dank, herzlichen Dank Ihnen sehr geehrter Herr Bürgermeister und allen Ihren Kol-

legen. Ich erhebe mein Glas auf Ihr Wohl und auf das stets Gedeihen der gastfreien Stadt Wien.

Bürgermeister Dr. Neumayer erwiderte: „Diejenigen, welche berufen sind, an der Spitze ihrer Völker zu stehen, haben nicht nur Rechte sondern auch Pflichten. Zu den schönsten Pflichten gehört die Sorge für das Wohl ihrer Untergebenen. In Ihnen Hoheit sehen wir die Verkörperung eines Prinzen, der in bewundernswürdiger Weise diese Aufgabe erfüllt, der keine Zeit und Mühe scheut, um für das Wohl, für die Bildung und Erziehung der heranwachsenden Jugend seines Landes zu sorgen. Es hat uns mit aufrichtiger Freude und mit gerechtem Stolz erfüllt, daß Euer Hoheit der Stadt Wien diesen Besuch abgestattet haben, daß Sie die große Mühe der Reise nicht gescheut haben um durch eigenen Augenschein Ihr reiches Wissen nach allen Richtungen zu vermehren und zu vertiefen. Mit lebhafter Freude begrüßen wir die Mitteilung, daß Euer Hoheit die Absicht haben alljährlich in Wien einen längeren Aufenthalt zu nehmen und als Bürgermeister der Stadt gebe ich Ihnen die Versicherung, daß die Stadt Wien alles aufbietet wird, um Ihnen diesen Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf den Prinzen Achmed Fuad Pascha. - Nach dem Dejeuner unterhielt sich der Prinz in lebenswürdigster Weise mit den Herren und gab wiederholt seiner Freude Ausdruck über all das, was er in Wien zu sehen und zu lernen Gelegenheit hatte. Abends um 11 Uhr verließ der Prinz Wien und begab sich vom Staatsbahnhof aus zu einem zweitägigen Aufenthalt nach Budapest. Zur Verabschiedung fand sich Bürgermeister Dr. Neumayer am Bahnhofe ein, über welche Aufmerksamkeit der Prinz sichtlich überrascht und erfreut war.

Leichenkostenversicherung der Gemeinde Wien. Anschließend an die Versicherung auf ein Leichenbegängnis hat die städt. Kaiser Franz Josef Jubiläums Lebens- und Rentenversicherungsanstalt 1. Bez. Brandstätte 9 Tarife für die Versicherung auf Grabsteine und Eisenkreuze sowie für die Versicherung auf Graberhaltung aufgelegt. Es können gegen monatliche Prämien von 50 H bis zu 9-50 K Graberhaltungen auf die Dauer von 20 Jahren und gegen solche von 1 K bis zu 20 K Graberhaltungen auf Friedhofsdauer versichert werden. Grabsteine und Eisenkreuze sind in ungefähr 100 verschiedenen Typen vorgesehen, deren Versicherung gegen monatliche Prämien von 50 h bis zu 9 K erfolgt. Endlich ist es möglich, sich auch einen kleineren Barbetrag für Aerbhonorare, Apothekerrechnungen, Trauerkleider und ähnliche Auslagen im Wege dieser Versicherungskombination sicherzustellen. Die Aufnahme in diese Versicherung findet für alle Personen, welche nicht unter 18 Jahren und nicht

über 50 Jahre alt sind, ohne ärztliche Untersuchung statt, wenn dieselben gesund und infolge ihrer gewöhnlichen Beschäftigung und Lebensweise keinen besonderen Gefahren ausgesetzt sind. Nach Ablauf eines Jahres vom Tage des Beginnes der Versicherung an, tritt für den Fall des Todes die Haftung der Anstalt für die volle versicherte Leistung in Kraft. Auch die Versicherung von Personen, welche über 50 Jahre alt sind ist möglich und es sei besonders hervorgehoben, daß durch eine Verbindung von Leibrentenversicherung mit der Leichenkostenversicherung (Begräbnis, Grabstein und Graberhaltung) die Aufnahme allen Personen beliebigen Alters und unabhängig vom Gesundheitszustande möglich gemacht werden kann.

Vierte Bürgerschulklassen. Der n. ö. Landesschulrat hat den provisorischen Lehrplan für die von der Gemeinde Wien neu errichteten einjährigen ^{Lehr} Kurse (sogenannte 4. Bürgerschulklassen) für die der Schulpflicht entwichenen Jugend genehmigt.

Städtischer Forstinspektor Auf Grund der vom Wiener Gemeinderate beschlossenen Systemisierung kommt die Stelle eines dem Magistrats unterstehenden forsttechnischen Oberbeamten in der 4. Rangklasse der städtischen Beamten (Grundgehalt 4800 K, 3 quadriennalzulagen zu je 400 K, Quartiergeld 1700 K) mit dem Titel „städtischer Forstinspektor“ zur Besetzung. Dieser Beamte hat im allgemeinen die Verwaltung des gesamten Forstbesitzes der Gemeinde Wien fachmännisch zu leiten und zu überwachen sowie auch bei der dem Wiener Magistrats obliegenden öffentlichen Verwaltung als Sachverständiger zu fungieren. Sein Amtssitz wird sich in Wien befinden. Nach fünfjähriger, vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung kann der städtische Forstinspektor zum städtischen Forstrate in der 5. Rangklasse der städtischen Beamten (Grundgehalt 6400 K, 2 quadriennalzulagen zu je 800 Kronen und Quartiergeld von 2000 K) befördert werden. Für die Stelle des städtischen Forstinspektors wird außer den allgemeinen Erfordernissen für den Eintritt in den Dienst der Gemeinde Wien noch der Nachweis folgender besonderer Erfordernisse verlangt: a) die Ablegung der für den höheren Staatsforstdienst vorgeschriebenen theoretischen und praktischen Prüfungen; b) eine längere praktische Verwendung in der Verwaltung von Staats- größeren Gemeinde- oder Privatforsten. Bewerber um diese Stelle haben ihre ordnungsmäßig belegten Kompetenzgesuche, die an den Wiener Stadtrat zu richten sind, längstens bis Montag den 20. November 1911, 12 Uhr mittags im Einreichungsprotokolle der Magistratsabteilung 8 a, 1. Bezirk, neues Rathaus zu überreichen.

Das Brauhaus der Stadt Wien. Gestern (Donnerstag) fand eine Besichtigung des Brauhauses der Stadt Wien in Rannersdorf statt. An derselben nehmen teil: die Mehrzahl der Mitglieder des Wiener Gemeinderates darunter auch eine Reihe von Mitgliedern des fortschrittlichen Parteiverbandes, zahlreiche Bezirksvorsteher, die Obermagistrate-Räte Dr. Weiß und Dr. Asperger mit fast sämtlichen Magistratsräten, Buchhaltungsdirektor Stieber, Vertreter der Wiener Tagesblätter, etc., etc. Die Abfahrt erfolgte 2 Uhr nachmittags vom Schwarzenbergplatz mittels Salonwagen der städt. Straßenbahnen. Ab Schwechat vermittelten den Verkehr bis Rannersdorf Automobil- und Pferdeomnibusse, welche letztere durch die städt. Stellwagenunternehmung beigelegt worden waren. Die Häuser in Rannersdorf waren aus Anlaß der Besichtigung festlich geschmückt. Bei der Ankunft dortselbst begrüßte StR. Oppenberger als Obmann des Brauhaus-Ausschusses die Erschienenen, worauf sofort ein Rundgang durch die ganzen Anlagen angetreten wurde. Die einzelnen Partien wurden von dem Betriebsleiter Stanka, seinem Stellvertreter Stuvoll und dem Betriebsassistenten Bernfuß geführt und eingehend über sämtliche Stadien der Biererzeugung informiert. Die Herren wurden zunächst durch die Mälzerei geführt, dann wurden die großen Vorräte von Gerste auf dem Gerstenboden besichtigt und von dort ging es in das Sudhaus. Auch dem Kühlraum und dem Gärkeller wurde ein Besuch abgestattet. Außerordentliches Interesse erregte die automatische Faßwäscherei sowie die Anlage, in welcher das Bier in Flaschen gefüllt wird. Zum Schluß wurden auch noch die im Bau begriffenen vier neuen Lagerkeller besichtigt. Gegen vier Uhr erschien auch Bgm. Dr. Neumayer und VB. Hoß und wurden von dem Leiter des Brauhauses Dr. Schlesinger, dem kaufmännischen Leiter Rechnungsüberwinder Doralt und Betriebsleiter Stanka, ferner von dem Bgm. Heiß und den Gemeinderäten von Rannersdorf Mündler und Kettlgruber empfangen und begrüßt. Nach der Besichtigung wurden die Herren zu einer Jause eingeladen, bestehend aus kaltem Imbiß, die von dem Rathauskellerwirt Dombacher vorbereitet worden war. Dazu wurde Lichtes und schwarzes Bier serviert, welches vorzüglich mundete. Namentlich das nach bayerischer Art bereitete Borromäus-Bräu wurde außerordentlich gelobt. Bürgermeister Dr. Neumayer begrüßte als Oberbraumeister der Stadt Wien (Heiterkeit) die Herren, insbesondere auch seinen Kollegen und die Gemeindevertretung von Rannersdorf und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß so viele Mitglieder der Wiener Gemeindevertretung erschienen waren. Insbesondere sprach er seinen Dank der Presse aus, welche sehr zahlreich vertreten war und hat sie über das Gesehene die große Bevölkerung zu informieren.

ren. Bgm. Dr. Luager hatte wiederholt versichert, das Brauhaus werde ein Regulator sein und bleiben. Die Preiserhöhung sei bei den anderen Bieren schon eingetreten, die Gemeinde Wien wird jedoch alles tun, um dieser Erhöhung ein Parole bieten zu können. Die finanzielle Gebahrung des Brauhauses werde zwar in Zukunft noch eine schwierigere sein, als bisher, da mit der Tatsache gerechnet werden muß, daß der Hopfen um bedeuend teurer geworden ist. Die Gemeinde Wien wird alles daran setzen, daß das Brauhaus weiter blühe und gedeihe, damit es den möglichst größten Einfluß auf die Biererzeugung habe. Der Obmann des Brauhaus-Ausschusses StR. Oppenberger dankte namens des Ausschusses dem Bürgermeister und den Gästen für das Erscheinen ⁱⁿ auf daß das rapide Steigen der Biererzeugung im städt. Brauhaus hin - 1905 : 65.000 hl, 1910: 207.000 hl und schloß mit einem Hoch auf den Bürgermeister, das stürmischen Wiederhall fand. Gegen 6 Uhr nachmittags wurde die Rückfahrt nach Wien angetreten.

Zur Wohnungsfürsorge. VB. Hoß erstattete heute dem Stadtrate Bericht über die Notstandsbauten zur Beseitigung der Uebelstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Zentralstelle für Wohnungsreform hat in der Eingabe vom 23. September l. J. ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, der Gemeinde Wien bei dem schwierigen Werke der Schaffung von Notstandswohnungen ihre Mithilfe zu bieten. Die genannte Zentralstelle interessierte auch die leitenden Persönlichkeiten der Allgemeinen Oesterreichischen Bodenkreditanstalt für die Wohnungsreform. Nach längeren zum Teile recht schwierigen Verhandlungen ist es nun gelungen, ein Uebereinkommen zwischen der Zentralstelle für Wohnungsreform, der Bodenkreditanstalt als Proponentin einer in Gründung begriffenen gemeinnützigen Aktiengesellschaft und der Gemeinde Wien zu ermöglichen. Dieses Uebereinkommen, welches dem Stadtrate heute zur Genehmigung vorgelegt wurde, sieht die Errichtung einer Gesellschaft m. b. H. mit einem Stammkapital von 601.000 K vor. Als Gegenstand dieser Verwaltung ist die Anlage, Erhaltung und Verwaltung von Siedlungen mit Notstandswohnungen sowie die Vermietung der errichteten Ubikationen gedacht. Die Höhe des Stammkapitals war gegeben durch die Absicht mindestens 250 Wohnungen herzustellen und durch den Umstand, daß die Kosten einer Wohnung auf rund 2.300 K veranschlagt werden müssen. Die Leistungen, welche nach die Gemeinde Wien nach diesem Uebereinkommen betreffen sind: 1. Die Stammeinlage von 200.000 K in die Gesellschaft m. b. H. die in 16 Jahren amortisiert wird, auf deren Verzinsung aber die Gemeinde Wien verzichten muß. 2. Die Ueberlassung von Gründen für die Errichtung von Notstandsbauten auf die Dauer von 17 Jahren. 3. Herstellungen,

die notwendig sind, um die an die Baugründe angrenzenden Straßensüde in völlig verkehrsfähigen Zustand zu versetzen, Kanalisierung, Legung von Gas- und Wasserleitungen, etc. Die Kosten dieser Herstellungen sind auf 150.000 K veranschlagt. Die Gemeinde Wien leistet Verzicht auf die Kanaleinmündungsgebühren, auf die Gebühren für die zur Ausführung erforderliche Bauwasser, auf die Taxen und Gebühren für die Bekanntgabe der Paulinien und die abzuhaltenden Kommissions- und Augenscheininstanzen. Die Gemeinde übernimmt ferner die Entschädigung des Bürgerspitalfondes für die Inanspruchnahme seines Grundes im 10. Bezirk, die mit jährlich 4000 K veranschlagt wird. Unter der Annahme dieser Leistungen der Gemeinde Wien läßt sich der Mietzins für eine aus Zimmer und Küche bestehende Wohnung mit 26 K monatlich festsetzen. Die Bestimmung in dieser Höhe ist jedoch nur dadurch möglich geworden, daß die Gemeinde Wien auf die Verzinsung ihres Geschäftsanteiles in der G.m.b.H. sowie auf die Verzinsung des Bodenkapitals gänzlich verzichtet. Die Zentralstelle verpflichtet sich, kein Projekt zur Ausführung zu bringen, das nicht die Billigung der Gemeinde Wien finden würde. In dem Uebereinkommen ist die Fertigstellung von 125 Wohnungen bis 24. Dezember 1911 sicher gestellt, die restlichen 125 Wohnungen müssen erst bis 15. März 1912 fertig gestellt werden. Durch diese Teilung soll vermieden werden, daß ein allzustarkes Forcieren der Arbeit die Qualität derselben beeinträchtigen würde. Der Gemeinde Wien ist im Komitee, im Aufsichtsrate und in der Verwaltung die entsprechende Vertretung zugesichert. In das Komitee sollen 2 Mitglieder der Gemeindevertretung, ein Vertreter des Magistrates und ein Vertreter des Stadtbauamtes delegiert werden. Die Notstandsbauten werden errichtet in der Gudrunstraße im 10. Bezirk und an der Verlängerung der Gablengasse am Nordwestrand der Schmelz im 16. Bezirk. Jede der geplanten Wohnungen erhält eine Holzablage oder eine Bodenabteilung, je 2 Wohnungen mindestens einen Abort; auf je 8 Wohnungen entfällt eine Waschküche. Ungefähr 100 der auszuführenden Notstandswohnungen werden auf dem Baugrunde in Ottakring errichtet.

Der Stadtrateberatung waren Magistratsrat Dr. Ehrenberg und Oberbaurat Goldemann zugezogen. An der sich über den Gegenstand entwickelnden Debatte beteiligten sich die StR. Rain, Zatzka, Schneider und Graf. StR. Zatzka regte an, es möge die Frage studiert werden, ob nicht in gewissen Teilen der Vororte u. zw. in Hauptstraßen, in denen eine nur zweistöckige Verbauung gestattet sei, eine dreistöckige Verbauung festgesetzt werden könne, wenn die Hausbesitzer sich verpflichten, im 3. Stock Kleinwohnungen zu errichten. Dieses Mittel dürfte sehr geeignet sein, den Mangel an Kleinwohnungen zu beheben. Ferner soll die

Frage studiert werden, daß in gewissen besseren Gebietsteilen die Mansardenräume u. zw. bis zu 2 Wohnräumen bewohnbar ausgestaltet werden um auch kleineren Beamten Gelegenheit zu geben, in diesen besseren Gebietsteilen wohnen zu können.

Bei der Abstimmung wurden die Referentenanträge einstimmig angenommen. Ueber die Anregungen des StR. Zatzka wird der Magistrat Bericht erstatten. Diese Angelegenheit wird den Gemeinderat in seiner nächsten am Dienstag stattfindenden Sitzung beschäftigen.

Wien, Freitag, den 13. Oktober 1911, abends.-

Aus dem Approvisionierungsausschusse.-Unter dem Vorsitze seines Obmannes, des GR Dr. Klotzberg hielt heute abends der gemeinderätliche Approvisionierungsausschuß eine Sitzung ab, in welcher außer einer Reihe von laufenden Angelegenheiten die Erlassung eines Ausfuhrverbotes für Futtermittel und die Errichtung eines Nutz- und Zuchtviehmarktes in Wien zur Erörterung gelangten.- An der Debatte beteiligten sich sämtliche anwesenden Mitglieder; es wurde der Beschluß gefaßt, bei der Regierung ein Ausfuhrverbot für Futtermittel unter gleichzeitiger Herabsetzung für Futtermittel-Einfuhrzölle zu beantragen.- Hinsichtlich des Nutz- und Zuchtviehmarktes wurde beschlossen, der Gemeinde Wien die Zustimmung zu dem Projekte der Regierung, in Wien einen ~~Futter~~ Nutz- und Zuchtviehmarkt zu errichten, zu empfehlen, und dem Gemeinderate auch zu beantragen, daß die Gemeinde Wien sich an der Durchführung dieses Projektes finanziell entsprechend beteilige.-

Wien, Samstag, den 14. Oktober 1911, vormittags.

Eigene Erinnerung an die Probefahrt des Lloyd dampfers „Wien“:

Gestern nachmittags erschienen ~~der~~ Bgm. Dr. Neumayer, VB Dr. Porzer, Sektionsschef Dr. von Mahl-Schedl, Vizepräsident der Urania, Landesauschuß Regierungsrat Prof. Sturm, die Vertreter des Landesverbandes für Fremdenverkehr Dr. Hillischer und Kommerzialrat Otto Maass, der Delegierte der Handels- und Gewerbekammer Dr. Fischmeister, mehrere Vertreter des österr. Lloyd, zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte, und sonstige kommunale Würdenträger, in den Bureaux der österr. ung. Kino-Industrie, G. m. b. H. welche sich als erstes inländisches Unternehmen mit der Erzeugung von kinematographischen Films beschäftigt, um die jüngsten Aufnahmen der Gesellschaft in Augenschein zu nehmen. - Als erster Programmpunkt gelangte die Probefahrt des neuen Lloyd dampfers „Wien“ zur Vorführung, der die Herren größtenteils in Triest persönlich beigewohnt haben. - Mit herzlichem Beifall begrüßten die Herren ihre wohlgetroffenen Konterfeis. - Spazirgänge durch Wien, die Ablösung der Burgwache, Ansichten vom Gänsehäufel, schließlich Landschaftsbilder aus Kroatien vervollständigten das durchwegs österreichische Programm. - Der Bürgermeister und die übrigen Herren sprachen den leitenden Funktionären der Kino-Industrie ihre vollste Zufriedenheit aus und sagten dem heimischen Unternehmen die weitestgehende Förderung zu. -

395.

Wien Montag den 16. Oktober 1911, vormittags.-

Der 80. Geburtstag Karl Blasels.- Bürgermeister Dr. Neumayer hat an Karl Blasel nachstehendes Glückwunschsreiben gerichtet: Euer Hochwohlgeboren, sehrgeehrter Herr Jubilar!

Einlahges Leben, reich an künstlerischen Ehren^{en} und Erfolgen liegt hinter Ihnen. Wie ein^e starker Baum haben Sie den Stürmen der modernen Richtung, die in den letzten Zeiten mächtig an den Traditionen der Kunst rüttelten, stand gehalten. Als ein Wahrzeichen aus unserem lieben Altwien, stehen Sie vor uns, ein jugendlicher Achtziger! Der großen Zahl der Verehrer und Freunde Ihrer heiteren Muse schließe auch ich mich an und spreche Ihnen namens der Stadt Wien die herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem heutigen Ehrentage^e aus. Möge es Ihnen noch lange lange Jahre gegönntsein, die Wiener durch Ihre schöne Kunst zu erfreuen!

Die Jahrhundertfeier des Melker Gymnasiums. Bürgermeister Dr. Wismayer hat anlässlich der Jahrhundertfeier des Melker Stiftsgymnasiums nachstehendes Glückwunschsreiben an den Abt des Stiftes Melk gerichtet:
Ein stolzes Fest ist es, das heute das Melker Stift und mit ihm das ganze gebildete Oesterreich feiert. Hundert Jahre sind es, daß durch den Gnadenakt weiland Kaiser Franz I. das Melker Stift die Pforten seines Gymnasiums öffnete. Unter den Kulturstätten der geistigen Erziehung der Oesterreichischen Jugend nimmt das Melker Gymnasium einen der allerersten Plätze ein und eine stattliche Reihe von hervorragenden Gelehrten und Staatsmännern ist in diesen zehn Jahrzehnten aus seinem Schoße hervorgegangen. Als Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien entbieth ich dem ehrwürdigen Stifte Melk die ehrerbietigsten Glückwünsche zu diesem Jubeltage und füge den weiteren Wunsch bei, es möge das Stift seiner segensreichen Tätigkeit noch lange Jahre erhalten bleiben zur Ehre unseres Vaterlandes.

Elektrische Straßenbahn nach Großjedlersdorf. Morgen, Dienstag den 17. Oktober d. J. wird der elektrische Betrieb auf der Linie Transitbahn-Großjedlersdorf aufgenommen werden. Im allgemeinen werden die Züge der Linie ~~13~~ 31 weitergeführt, und in der Strecke zwischen Großjedlersdorf und Stammerdorf wird der Dampfpendelbetrieb in der Art wie bisher zwischen Transitbahn und Stammerdorf aufrechterhalten werden.

Kanzleidirektor Heinrich Griensteidl. Wie wir erfahren hat der in den weitesten Kreisen wohlbekannte Kanzleidirektor des Wiener Magistrates Heinrich Griensteidl nach 35 Dienstzeit heute sein Pensionsguth überreicht. Direktor Griensteidl verbrachte fast die ganze Dienstzeit im Präsidium und erwarb sich durch seine persönlichen Eigenschaften, durch seine Liebenswürdigkeit und seine Pflichttreue die Wertschätzung aller, die mit ihm zu verkehren hatten und die Achtung seiner Vorgesetzten. Herr Griensteidl ist ein alter Wiener, entstammt der bekannten Familie Griensteidl, Inhaberin des Altwiner Kaffehauses, und war in den weitesten Wiener Kreisen auch gesellschaftlich wohlbekannt.

Versorgung der Stadt Wien mit Seefischen. GR. Herold wird in der morgen Gemeinderatssitzung eine Interpellation einbringen, in welcher er neuerlich auf die Einfuhr von Seefischen als wichtiges Volksnahrungsmittel hinweisen wird. In

der Interpellation wird ausgeführt, daß GR. Herold schon unter dem Bürgermeister Crübl diesbezügliche Anträge gestellt hat und daß auch in der Parlaments-Sitzung vom 10. November 1909 der Ackerbauminister und Abgeordnete Humer auf die Bedeutung der Einfuhr von Seefischen als Surrogat zur Linderung der Fleischnot hingewiesen haben und namentlich viele nordböhmisches Städte angeführt werden, in denen Seefische in Massen konsumiert werden. GR. Herold tritt der irrigen Ansicht entgegen, daß unsere Adria fischarm sei, im Gegenteil, sie sei außerordentlich reich an guten nahrhaften Fischen, nur müßte der Hochseefang mehr kultiviert werden. GR. Herold fragt, ob der Bürgermeister seinen Einfluß dahin geltend machen wolle, daß der gemeinderätliche Approvisionierungsausschuß dieser Frage näher tritt und ehebaldigst Anträge zur Förderung der Versorgung der Stadt Wien mit Seefischen von Triest aus unterbreite. Ferner wird angeregt, daß bei den Fischverkaufstellen ähnlich wie in Berlin an die Käufer Kochrezepte verabfolgt werden.

Kais. Rat Jungwirth. Der Direktor des Konskriptionsamtes der Gemeinde Wien kais. Rat Eduard Jungwirth, welcher nach 45 jähriger belobter Dienstzeit in Rhestand tritt, hat sich heute von seinem Amte verabschiedet. Aus diesem Anlaß war das Bureau desselben festlich dekoriert und eine große Deputation, in welcher alle Kategorien des weitverzweigten Amtes vertreten waren erschien heute vormittags bei ihm. Als Sprecher fungierte namens der Beamten der Vize-Direktor des Konskriptionsamtes Leopold Weigl, welcher die Verdianate Jungwirths als Beamter würdigte, aber auch außerordentlich ehrende Worte für denselben als Vorgesetzten fand. Er schloß mit dem Wunsche, Jungwirth möge noch viele Jahre an vollster Gesundheit sich des wohlverdienten Ruhestandes erfreuen. Als Ohmann des Klubs der Beamten des Konskriptionsamtes der Stadt Wien erklärte Direktionsadjuvant Julius Berger er nehme von kais. Rat Jungwirth nur Abschied in dessen Eigenschaft als Direktor, hoffe jedoch, daß Jungwirth welcher seit der Gründung des Klubs diesem angehört, mit seinen bewährten vielseitigen Kenntnissen dem Klub noch weiter erhalten bleibe. In seiner Dankeserwiderung warf kais. Rat Jungwirth einen Rückblick auf die Entwicklung des Amtes, welches bei seinem Eintritte knapp 50 Beamte zählte, während jetzt nahezu 300 Beamte sich in dem Status befinden. Die ihm zuerkannten Auszeichnungen seien ebenso Ehrungen für den Beamtenkörper, ohne dessen tätige Mitwirkung es ihm nicht gelungen wäre, die vielfachen Agenden mit Erfolg durchzuführen. Er dankte sodann den Abteilungsvorständen

sowie jedem einzelnen Beamten und bat die Herren, ihn auch weiterhin in freundlicher Erinnerung zu behalten.

Erledigte Lehrstellen. Im Wiener Schulbezirke kommen zur Besetzung: 4 Direktorstellen an den Schulen 3. Bez. Dietrichgasse 30, 13. Bez. Gurkgasse 32, 14. Bez. Diefenbachgasse 13 und 21. Bez. Konstanziagasse; 7 Oberlehrerstellen an den Schulen 4. Bez. Allee-gasse 44, 8. Bez. Albertgasse 52, 8. Bez. Josefstädterstraße 95, 9. Bez. D'Orsaygasse 8, 11. Bez. Herderplatz 1, 12. Bez. Johann Hofmannplatz 19 und 8. Bez. Josefstädterstraße 95; 55 Bürgerschullehrer =, 42 Bürgerschullehrerinnen =, 76 Volksschullehrer = und 48 Volksschullehrerinnenstellen erster Klasse, 51 Volksschullehrer = und 55 Volksschullehrerinnenstellen zweiter Klasse, 14 Bezirksaushilfslehrerstellen für Bürgerschulen und 15 solche Stellen für Volksschulen; 6 Stellen von katholischen Religionslehrern. Die an den Stadtrat zu richtenden Gesuche sind bis 10. November 1- J. zu überreichen.

Brauhaus der Stadt Wien. Um auch der übrigen Gemeindefunktionären außer den Gemeinderäten Gelegenheit zu geben, das Brauhaus der Stadt Wien in Rannerdorf kennen zu lernen, werden über Einladung des Bürgermeisters die Bezirksvertretungen, die Obmänner der Armeninstitute und der Orteschulräte sowie die Bezirksamtsleiter partienweise das Brauhaus besichtigen. Die erste Partie, welche die Bezirke 1 bis 5 umfaßt, besichtigt das Brauhaus nächsten Donnerstag nachmittags.

Die städtischen Beamten beim Bürgermeister. Heute vormittags erschien eine Deputation in welcher sämtliche Vereine und Klubs der städtischen Beamten vertreten waren mit dem Präsidenten des Vereines der Beamten der Stadt Wien Rechnungsrat de Pontis an der Spitze beim Bürgermeister Dr. Neumayer um wegen Gleichstellung der Bezüge der städt. Beamten mit jenen der Landesbeamten vorstellig zu werden. Hierüber wird uns von einem Mitglied der Deputation folgendes mitgeteilt: Der Bürgermeister fragte, ob in der Deputation alle Fachvereine und auch die verschiedenen städt. Unternehmungen vertreten seien und antwortete dann, als diese Frage bejaht wurde, dem als Sprecher fungierenden Rechnungsrat de Pontis: Ich habe schon davon gehört, daß die Beamten des Magistrates und der verschiedenen städtischen Unternehmungen beabsichtigen, eine gemeinsame Aktion zu unternehmen. Was mich betrifft, so habe ich ja mitgeholfen und mitgetan bei der personellen Regulierung u. zw. nicht bloß im Bezug auf das materielle Moment und ich werde daher gewiß entgegenkommen, und im Einvernehmen mit dem Magistrate und den maßgebenden Faktoren vorgehen.

Für die Forderungen welche gestellt werden, muß, soviel ich von vornherein weiß, mindestens ein Betrag von 1 Million^{en} Kronen veranschlagt werden. Wir werden ja sehen wie das aussehen wird. Die Herren wissen ja wie unser heuriger Voranschlag aussieht. Ich werde mich also darüber machen und mit die Sache ansehen. Meinerseits werde ich den Herren, soweit es möglich, entgegenkommen, wie ich stets entgegengekommen bin.

398

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
Wien, Dienstgg, 17. Oktober vormittags.

Aus dem fortschrittlichen Parteiverband. Gestern abends fand unter dem Vorsitze des GR. Dr. von Dorn eine Sitzung des Verbandes der fortschrittlichen Gemeinderäte statt, in welcher die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehende Vorlage über die Wohnungsfrage eingehend erörtert wurde. GR. Melcher erstattete den Bericht über die technische und finanzielle Seite der Angelegenheit. An der lebhaften Debatte, welche sich an diesen Bericht knüpfte, nahmen teil die GR. C.M. Mayer, Dr. Granitsch, Dr. Hein und der Vorsitzende. GR. Eder besprach die geplante Errichtung eines Nutz- und Zuchviehmarktes. Einer vom GR. Hohensinner angemeldeten Interpellation über Gewährung einer Teuerungszulage an die städt. Beamten wurde vom Verbande zugestimmt.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Dienstag, 17. Oktober 1911.

Währinger Friedhof. Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 26. September 1911 ist ein ungefähr 25 m breiter Teil des Währinger allgemeinen Friedhofes in der Verlängerung der Semperstraße auf eine Länge von 170 m abzuräumen. Durch die Räumung kommen im alten Teile die Gräfte 1 bis 9 und die eigenen Gräber 341 bis 371, 431 bis 482, 698 b bis 715 b, 750 bis 762 b, 809 bis 1010 b, 1212 bis 1227, 1334 bis 1347 c, 1401 bis 1428, 1535 bis 1549 b, 1604 bis 1617 und 4555 bis 4582, im neuen Teile die eigenen Gräber 1 bis 11 in Wegfall. Exhumierungen aus diesen Gräbern können bis längstens 30. November l.J. vorgenommen werden. Gesuche (mit 1 K Stempel sind rechtzeitig bei der Magistratsabteilung 10 im neuen Rathause einzubringen. Die abgeräumten Grabdenkmale und Kreuze werden innerhalb Jahresfrist vom Tage der Kundmachung an gegen ein bei der Magistratsabteilung 10 einzubringendes Gesuch an jene Parteien ausgefolgt, welche ihr Eigentumsrecht nachweisen. Nach Ablauf eines Jahres wird über die Grabdenkmale und Kreuze von Amts wegen verfügt werden.

Besetzung von Schulleiterstellen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des StR. Tomola ernannt: zu Direktoren Georg Stingl, 2. Bez. Holzhausergasse 7, Adolf Schopf, 3. Bez. Reisnerstraße 43, Karl Scheinecker, 4. Bez. Embelgasse 48, Richard Kopečný-Rudolf, 6. Bez. Stumpergasse 56, Josef Schamanek, 7. Bez. Stiftgasse 35, Franz ~~XXXXX~~ Felkel, 7. Bez. Neubaugasse 42, Heinrich Gold, 9. Bez. Währingerstraße 43, Karl Haackl, 10. Bez. Herzgasse 27, Josef Stanker, 10. Bez. Antonsplatz 12, Ignatz Gratzl, 12. Bez. Herthergasse 28, Franz Projaska, 14. Bez. Märzstraße 40, Liborius Beier, 14. Bez. Heissegasse 5, Heinikergasse 5, Karl Hausner, 15. Bez. Friedrichsplatz 5, Franz Ertl, 16. Bez. Habsburgerplatz 17, Rudolf Peter, 17. Bez. Geblergasse 31, Johann Pibus, 18. Bez. Schulgasse 57, Ludwig Großsiedl, 19. Bez. Kreindlgasse 24, und Heinrich Fulle, 19. Bez. Grinzingerstraße 59/61, Johann Hinays, 21. Bez. Franklinstraße 45; zu Oberlehrern: Johann Schieß, 2. Bez. Vereinsgasse 29, Adolf Schwarz, 2. Bez. Pazmanitengasse 26, Josef Allram, 4. Bez. Phorugasse 10, Karl Dorschner, 5. Bez. Vogelsanggasse 36, Ferdinand Ambrosi, 6. Bez. Stumpergasse 10, Ludwig Jettel, 6. Bez. Gumpendorferstraße 4, Josef Baller, 10. Bez. Laaerstraße 1, Karl Jerzabek, 10. Bez. Herzgasse 27, Karl Kliewan, 10. Bez. Leipziggasse 33, Karl Wohlmuth, 10. Bez. Schrankenberggasse 32, Karl Weidschacher, 11. Bez. Brauhubergasse 3, ^{Johann Krejčík, u. by. Mümichpl. 6} Gregor Kšppl, 12. Bez. Migazziplatz 9, Josef Friedl, 13. Diesterweggasse 30, Anton Gottschalk, 13. Bez.

Sieberneichengasse 17, Franz Ratzka, 13. Bez. Am Platz 2, Franz Schanz, 13. Bez. Linzerstraße 419, Otto Korn, 14. Goldschlagstraße 108, Heinrich Hanisch, 16. Bez. Schinaglgasse 3, Max Latzel, 16. Bez. Ottakringerstraße 150, Leo Godai, 17. Bez. Parhamerplatz 18, August Bichlbauer, 18. Bez. Michaelerstraße 30, August Fleischmann, 18. Bez. Alseggerstraße 41, Josef Ellinger, 19. Bez. Mannagettgasse 1, Heinrich Weipold, 21. Bez. Schöpffleuthnergasse 21, Franz Münster, 21. Bez. Konstanziagasse 24, Oberlehrerinnen Eleonore Fickert, 7. Bez. Zieglergasse 21, Ludmilla Höbl, 14. Bez. Käpfergasse 5.

Diplome für Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des StR. Straßer den Armenräten des 20. Bezirkes Alexander Döllner, Josef Parzer, Karl Wanicek und Rudolf Wiletel Diplome für ihre mehr als 10 jährige Tätigkeit als Armenräte verliehen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des VB. Hoß den Baupraktikanten Hans Gabriel zum Bauadjunkten, ferner im Stände des Wasserbezugsrevisorates Anton Krpensky zum Wasserbezugsrevisor erster Klasse und Oskar Grünauer zum Wasserbezugsrevisor zweiter Klasse ernannt.

Pensionierung. Dem Ansuchen des Konskriptionsamtskommissärs Josef Trumauer um Versetzung in den bleibenden Ruhestand wurde nach einem Bericht des VB. Hoß vom Stadtrate Folge gegeben.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ. Z.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Mittwoch, 18. September 1911.

WIENER STADTRAT.

Sitzung am 18. Oktober 1911.

Vorsitzende Egm. Dr. Neumayer, VB. Dr. Porzer und VB. Hoß.

StR. Oppenberger beantragt die Errichtung eines Auslaufbrunnens an der Zufahrtstraße zum Rennplatz Freudensau gegenüber beim Gasthause Stuhl beim Laesthause im Prater und die Umgestaltung des Hilpertbrunnens bei den Gemüsegärten in der Freudensau (Gärtnerstraße) in einen beständig fließenden Brunnen, ferner die Kassierung des Auslaufbrunnens alten Systems im 2. Bezirk, Kronprinz Rudolfstraße, Ecke der Vorgartenstraße sowie die Neuerrichtung eines frostfreien Viktoriabrunnens (System Hilpert) in der Kronprinz Rudolfstraße gegenüber Nr. 3 in der Baumreihe. (Ang.)

Der Errichtung von 2 ganz- und 3 halbrächtigen Auergasflammen in der Weintraubengasse im 2. Bezirk wird zugestimmt.

StR. Hermann legt ein Uebereinkommen mit der k.k. Staatsbahndirektion, anlässlich der Errichtung eines Schornsteines beim Heishause der Franz Josef Bahn im 9. Bezirk an der Spittelauerlände zur Genehmigung vor. Der Schornstein wird 35 m hoch erbaut werden. Für die Umgebung bedeutet dies eine Besserung der bestehenden Verhältnisse, daß derzeit der Rauch der in der Remise befindlichen Lokomotiven durch nur wenig über Dach ragende Schornsteine abgeführt wird, so daß die Anrainer u. Passanten ständig belästigt werden. Durch die Herstellung eines Schornsteines werden die Rauchwolken so hoch hinaufgeführt, daß eine Belästigung der Anrainer und Passanten wesentlich verringert wird. Der Referenten Antrag wird angenommen.

Das von StR. Strasser vorgelegte Projekt für die Instandsetzung der Gebäude des städt. Fuhrwerksdepots in der Traisengasse 9 im 20. Bezirk wird mit dem Erfordernisse von 35.700 K genehmigt.

Nach einem Berichtes des StR. Hörmann wird die Projektskizze für den Bau einer Doppelvolkschule 3. Bez. Petrusgasse mit dem beiläufigen Erfordernisse von 760.000 K genehmigt. Der Schulbau ist im nächsten Jahre zu beginnen und bis zum Beginn des Schuljahres 1913/14 benützungsfähig fertigzustellen.

StR. Hörmann beantragt die Umpfasterung der Großen Ungarbrücke im 3. Bezirk, Kosten 7553.73, wovon 4338.51 auf die Gemeinde entfallen, der Markthallenbrücke im 3. Bezirk - Kosten 7662.89 K, wovon 4329.50 K auf die Gemeinde entfallen, und der Großen Marxerbrücke im 3. Bezirk - Kosten 7810.67 K, auf die Gemeinde entfallen 4439.96 K. (Ang.)

Nach einem Berichtes des StR. Tomela wird die Parzellierung der Liegenschaften Einl. 1270, 1957 und 1423 im 18. Bezirk

an der Grenze des 18. und 19. Bezirkes in der Nähe der Hartäcker-gasse auf 5 Baustellen und 10 Baustellenteile genehmigt.

Nach einem Berichtes des StR. Gräf wird die Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaus des Hauses 8. Bezirk Albertgasse 39 zur Florianigasse und Albertgasse abzutretenden Grund von zusammen 115.44 m² mit 50 K per m² festgesetzt.

StR. Scherzer beantragt den auf dem Hundstürmer Friedhofe befindlichen Grabstein des Jakob Zaunermann, für den ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof bewilligt wurde, instanzzusetzen und auf dem Grabe aufstellen zu lassen. (Ang.)

Nach einem Berichtes des StR. Knoll wird die Einleitung des Hochquellenwassers in das Gebäude der Knaben- und Mädchen-Volksschule 21. Bez. Kumpurgasse 1 mit den Kosten von 600 K genehmigt.

Das von StR. Gräf vorgelegte Projekt für die Regulierung der Hausegasse von der Seeböckgasse bis zur neuen Straße, der Seeböckgasse von der Hausegasse bis zur Odoakergasse, der Odoakergasse und der Verbindungsstrecke zwischen Odoakergasse und Hausegasse wird mit den Kosten von 30.000 K genehmigt.

VB. Hoß beantragt, für den Fall, als die von der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener vorgesehene Aufnahme pharmazeutisch gebildeter Beamten in den Dienst der Stadtbuchhaltung notwendig werden sollte, den bestellten Rechnungspraktikanten oder Diurnisten außer den systemisierten Bezügen eine in die Pension nicht einrechenbare Personal-Dienstszulage von 500 K jährlich zu gewähren, die bei Erreichung der 7. Rangklasse auf 200 K herabgemindert und bei Erreichung der 6. Rangklasse eingestellt wird. (Ang.)

20. Jahresversammlung der österreichischen Lokal- und Kleinbahnen (Straßenbahnen)

Der diesjährige Kongreß des Verbandes der österreichischen Lokal- und Kleinbahnen, welcher sich aus ganz kleinen Anfängen zu einem großen Verein empor Schwang und gegenwärtig 87 Bahnen mit 2220 km. Betriebslänge und 455 Millionen Kronen Anlagekapital in sich vereinigt, der ein Pensionsinstitut mit einem Vermögen von 3 1/3 Millionen K und einen Unterstützungsfond von 47.000 K besitzt, fand über Einladung der n.ö. Landesbahnen in Mariazell statt. Eingeleitet wurde derselbe mit dem am 14. Oktober in Wien abgehaltenen Betriebsleitertag der elektrischen Bahnen, der hauptsächlich fachlichen Beratungen gewidmet war. U.a. wurde verhandelt über die Erdströme bei elektrischen Bahnen, Beheizung der Wagen und Betriebsanweisungen, dann folgten Vorträge über die Mariazellerbahn, die auf den Mendel führende elektrische Bahn in Südtirol, über Meß- und Registrierinstrumente und über Gleichstrom-Hochspannungsbahnen, die zum Teile durch Lichtbilder illustriert

wurden. Nach einem gemeinsamen Mittagessen fuhren die Teilnehmer zum Bahnhof Rudolfsheim der städtischen Straßenbahnen, wo verschiedene Einrichtungen wie z.B. das Dienstkleiderlager, der neue Schienenreinigungswagen etc. besichtigt wurden. Abends traf man sich im Restaurant Hopfner. Mit dem Frühschnellzuge der Westbahn fuhren die Teilnehmer an der Jahresversammlung - ca. 80 Personen - nach St. Pölten, wo ein von den n.ö. Landesbahnen beigegebener Sonderzug zur Weiterfahrt nach Mariazell bereitstand. In der Station Lokalbahn-hof wurde die Dieselmotoren-Kraftstation, die Werkstätten und Wagenhallen besichtigt und es fanden hier auch die elektrischen Lokomotiven, welche bei nur 76 cm Spurweite große Leistungen entwickeln müssen, aufrichtige Bewunderung. Bei herrlichem Wetter bestieg man den Sonderzug, in welchem von den österreichischen Schneckentouristen, welche den elektrischen Teil der Fahrt ausführte, ein Frühstück angeboten wurde. In der Station Laubenbachmühle war Mittagstafel. Die Fahrtteilnehmer bewunderten nicht bloß die Naturschönheiten, sondern auch die durch die geniale Kraft der Technik geschaffenen Kunstbauten und Viadukte. Der lang Gösingtunnel, nicht mehr durch Rauch und Ruß beeinträchtigt, wurde durchfahren und von der Station Gösing aus das herrliche Gotescher - Panorama bewundert. Von der Station Wienerbruck aus erfolgte die Besichtigung des Kraftwerkes Wienerbruck und daran nahmen trotz des beschwerlichen Weges auch die älteren Herren teil, um dieses bedeutsame Ingenieurwerk kennen zu lernen. In der Station Erlauf-klaus holte ein Teil der über das Hagengut gegangenen Teilnehmer den Sonderzug ein, welcher mit einer kleinen Verspätung sodann Mariazell erreichte. Hier traf man sich nach Besichtigung der Gnadenkirche bei einem gemütlichen Abendessen im Hotel Laufenstein.

Für den 18. Oktober war die eigentliche Tagung angesetzt. Von 87 in ganz Oesterreich verstreuten Bahnen hatten 55 ihre Vertreter entsendet. Ferner waren erschienen in Vertretung des Eisenbahnministeriums Ministerialrat Porosch und Oberbau-rat Blaschek, in Vertretung der steiermärkischen Statthalterei Bezirkshauptmann Graf Franz Bellegarde, in Vertretung des n.ö. Landesauschusses Regierungsrat Prof. Sturm mit Landesbahndirektor von Kleiner, die steiermärkische Landesverwaltung durch Landesbahndirektor List, der internationale Straßenbahn- und Kleinbahnverein in Brüssel durch Generalsekretär t. Lerstevens, die Wiener Handels- und Gewerbekammer war durch Kammerkonsipisten Dr. Klofetz und die Gemeinde Mariazell durch den Bürgermeister Högl vertreten. Mit warmen Worten begrüßte der Verbandspräsident v. Ziffer die erschienenen Vertreter der Behörden und Bahnen, worauf diese der Tagung die

besten Wünsche ihrer Behörden auf eine gedeihliche Durchführung der Verhandlungen verdolmetschten. Nach Absolvierung des geschäftlichen Teiles der Tagesordnung und Vornahme der Wahlen überbrachte Direktor Sonnegger namens seiner Verwaltung und namens der Verwaltung der Brüner Lokaleisenbahngesellschaft die Einladung, den nächsten Kongreß in Mährisch-Osterau abhalten zu wollen, welche Einladung allesits mit Begeisterung aufgenommen wurde, umso mehr als der Bürgermeister der Stadt Oderberg, Landtagsabgeordneter und Direktor der schlesischen Landesbahnen sich der Einladung anschloß. Direktor Sonnegger referierte auch über die Vertretung des Verbandes in der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung der österreichischen Eisenbahnen. Hierauf folgte ein Vortrag des Landeseisenbahndirektors v. Kleiner über die bisherige und zukünftige Lokalbahnaktion des Landes Nieder-Oesterreich und des Direktors Dr. Seefellner über die elektrische Bahn Wien - Preßburg. Schließlich wurde auch ein Antrag des Konzeptionärs der Auspitzer Lokalbahn auf Schaffung eines eigenen Komitees für die Dampfbahnen angenommen. Nachmittags vereinigte ein von der Direktion der n.ö. Landesbahnen gegebenes Mittagmahl zu über 100 Gedecken im Hotel Laufenstein die Teilnehmer sowie die in großer Zahl erschienenen Damen mit der Gattin des Vertreters der Statthalterei Frau Gräfin Bellegarde an der Spitze. Diese Zusammenkunft verlief ungewöhnlich herzlich und wird den Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben. Die ganze Tagung wurde allgemein als die bisher schönste bezeichnet. Abends führte ein Sonderzug der n.ö. Landesbahnen die Teilnehmer nach St. Pölten, von wo sie nach herzlichem Abschied in alle Richtungen der Windrose wieder nach der Stätte ihrer Tätigkeit eilten.

Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Am 16. d. M. fand im Alten Rathause im Beisein des VB. Dr. Porzer und des Regierungsvertreters Statthalterei - Sekretär Dr. Lieger die konstituierende Versammlung des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien statt, welcher der von Kuratorium der Sparkasse gewählte Obmann des Kreditvereins-Ausschusses Mathias Kainz, Gesellschafter der Firma Kainz & Partik, präsiidierte. Der Obmann begrüßte die zahlreichen anwesenden Handels- und Gewerbetreibenden, worauf VB. Dr. Porzer Zweck und Ziel des von der Zentralsparkasse gegründeten Unternehmens erörterte. Er wies auf die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung für das Kleingewerbe hin und betonte die Notwendigkeit, hiegegen nach Kräften Abhilfe zu schaffen. Dazu ist, fuhr er fort, der Kreditverein der Zentralsparkasse, dem Geld zu billigen Bedingungen zur Verfügung steht und der daher auch in der Lage sei, es billig weiterzugeben, das geeignetste

Mittel. Die Gemeinde Wien habe einen unversinslichen Gründungsfonds von 150.000 K beigestellt, so daß gleich für den Anfang ein gewisses Betriebskapital vorhanden sei. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß dem Unternehmen ein gleiches Gedeihen wie der Zentralsparkasse selbst beschieden sein möge. Hierauf erstattete Direktor Brand in großen Zügen Bericht über die langjährigen Gründungsarbeiten, die nach mannigfachen von außen her gekommenen Verzögerungen nunmehr in der Konstituierung des Kreditvereines ihren Abschluß fanden. - Bei den sodann vorgenommenen Wahlen in den Ausschuß wurde zum Obmann-Stellvertreter Bezirksvorsteher Wieninger, ^{ferner} die Herren Kaufmann J. Albrecht, Präsident des Deutsch-Österr. Gewerbebundes A. Baudoin, Landtags-Abgeordneter Breuer, k.k. Hofschneidermeister A. Keller, und GR. Schelz zu Ausschuß-Mitgliedern gewählt. Dem Komitee der Rechnungsrevisoren gehören an die Herrn J. Glück, Ostwirt, der Flaschenbieregroßhändler R. Herzer und Fabrikant J. Piwonka. - Hierauf wurde Herrn VB. Dr. Porzer für seine aufopfernden Bemühungen um das Zustandekommen des für den gewerblichen Mittelstand so bedeutungsvollen Unternehmens einstimmig der wärmste Dank ausgesprochen und die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Zur Errichtung von Notstandebauten. Vom Stadtrate wurden in das Komitee für die Errichtung von Notstandebauten VB. Hoß und StR. Gräf entsendet.

In der gestrigen vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde nach einem Berichte des VB. Hoß der Wasserbezugs-Oberrevisor Eduard Pinapfel in Anerkennung seiner langjährigen, vorzüglichen Dienstleistung als Vorstand des Wasserbezugs-Revisors in die vierte Rangklasse ad personam eingereiht und ihm der Titel „Inspektor“ wieder verliehen. - Nach einem Berichte des StR. Seb. Grünbeck wurde dem Pfarrer von Hernals Monsignore Johann Stöber in Anerkennung seines vieljährigen humanitären charitativen und seelsorglichen Wirkens die große goldene Salvatormedaille verliehen. - Dem Vereine der Gärtner und Gartenfreunde von Dornbach und Umgebung wurde anlässlich seines vierzigjährigen Bestandes in Anerkennung seiner Verdienste um die Hebung und Förderung des Gartenbaues und der Pflanzenkultur die goldene Salvatormedaille verliehen.

Gemeinderätliche Wahlen. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates wurde in den Sparkasse-Ausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien GR. Huschauer, ferner als Vertrauensmänner (Gerichtszeugen) für die beim Bezirksgerichte Meidling in Angelegenheit der Bezirksgrenzenänderung im Grundbuche Gaudenzdorf stattfindende Tagsatzung GR. Götz und Bezirksrat Paykoff gewählt.

Wiedner Wählerverein. Montag, den 16. d. M. fand in Hübners Restaurant zum braunen Hirschen eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher StR. Müslen und GR. Vignati zu längeren Ausführungen das Wort ergriffen. GR. Vignati erörterte in ausführlicher Weise gewerbliche Fragen und stellte unter lebhafter Zustimmung folgenden Antrag: Die heutige Vergammung des Wiedner Wählervereines spricht dem gewesenen Handelsminister Dr. Weiskirchner für sein jederzeit gewerbefreundliches Wirken wärmsten Dank und das vollste Vertrauen aus; sie verurteilt und weist mit vollster Entschiedenheit jene hässlichen und gehässigen Angriffe, welchen Dr. Weiskirchner seitens parteipolitischer und unzurechnungsfähiger Elemente ausgesetzt ist, zurück. (Einstimmig angenommen.)

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Donnerstag, 19. Oktober 1911.

Fortsetzung der Donauregulierung in Niederösterreich. In der letzten Stadtrats-Sitzung legte VB. Hoß einen umfangreichen Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und der Gemeinde Wien wegen Fortsetzung der Donauregulierung in Niederösterreich vor. - Den Ausführungen sind folgende für die Stadt Wien besonders wichtige Punkte zu entnehmen:

Die Wirksamkeit der Donauregulierungskommission wird bis Ende 1919 verlängert. - Die wichtigste Aufgabe der Donauregulierungskommission wird die Ausgestaltung des Hochwasserschutzes für Wien sein. Das Hochwasser vom Jahre 1899 hat gezeigt, daß die bestehenden Regulierungsanlagen nicht imstande sind, die volle Gewähr zu bieten, daß die Stadt Wien vor exzessiven Hochwässern gänzlich geschützt ist. Infolge dessen hat das hydrographische Zentralbureau Studien gemacht über das höchste Hochwasser der vergangenen Zeiten, Studien, die sich viele Jahrhunderte zurückerstrecken und bei denen als höchstes nachweisbares Hochwasser jenes vom Jahre 1501 festgestellt wurde. - Die Abflussmenge dieses Hochwassers wurde auf Grund der Wasserstandsmarken alter Chroniken mit 14.000 m³ per Sekunde ermittelt. - Auf dieser Basis hat dann ein Komitee, bestehend aus Vertretern der Regierung und der Donauregulierungskommission ein generelles Projekt ausgearbeitet, das in seinem wesentlichsten Teile in einer Abgrabung des Inundationsgebietes von Lang-Enzersdorf bis nach Schönau besteht, somit eine Länge von über 25 km umfaßt. Die Abgrabung erfolgt bis auf eine Entfernung von 400 m vom Stromgrat (vom jetzigen Ufer) und hat eine Tiefe von ca 1.30 m. Das Anhubmaterial, das eine Menge von rund 1.6 Millionen Kubikmeter repräsentiert, wird hauptsächlich zur Verstärkung und Erhöhung der Dämme verwendet werden. - Außer der Abgrabung des Inundationsgebietes soll nämlich noch eine Erhöhung der Dämme, eine Verlegung und Erhöhung der Wiener Scheitellinie erfolgen, um eine größere Sicherung der Donaustadt zu erreichen. - Die Bauzeit ist mit 8 Jahren, die Kosten sind mit 17½ Millionen Kronen veranschlagt. Bei diesen Maßnahmen könnte das Hochwasser vom Jahre 1501 mit einem Niveau, noch um 30 cm unter der künftigen Dammkrone, abfließen. - Das Hochwasser vom Jahre 1899 würde um mehr als 1.5 m unter der Dammkrone bleiben. - Die Dämme werden so konstruiert sein, daß infolge von Sturmwindwirkungen eventuell entretende teilweise Ueberflutungen derselben kein Einfluß auf ihre Standfestigkeit auszuüben vermögen. Durch dieses so ergänzte Projekt wird der so notwendige Hochwasserschutz der Stadt Wien in rascheste Weise erreicht. Trotzdem die Lösung keine vollkommene ist und viele Bedenken der Vertreter der Gemeinde Wien er-

regte, welche lieber eine radikale Lösung für die unschädliche Abfuhr der höchstdenkbaren Wassermassen durch Wien gesehen hätten, konnte doch niemand die Verantwortung übernehmen, das jetzige Projekt ganz zu verwerfen und die auf viele Jahrzehnte kaum in Aussicht stehende Möglichkeit der finanziellen Sicherstellung eines viele Hundert Millionen kostenden großzügigen Projektes abzuwarten. Die Vertreter der Gemeinde Wien bei den Verhandlungen über das vorliegende Gesetz haben sich auch nicht verhehlt, daß die Abgrabung des Inundationsgebietes unter Umständen sanitäre Uebelstände für die angrenzenden Gebietsteile im Gefolge haben könnte. Es sind diesbezüglich aber seitens der staatlichen Organe sehr beruhigende Erklärungen abgegeben worden und für die Gemeinde ist die Möglichkeit offen gehalten, wenn die seitens der staatlichen Vertreter angegebenen günstigen Verhältnisse nicht oder nur teilweise eintreten sollten, die Abstellung aller Uebelstände durch bauliche Ergänzungen oder durch besondere Organisation des Erhaltungsdienstes fordern zu können. Auch wurde bei den Verhandlungen darauf Bedacht genommen, daß genügend Mittel im Laufe der Bauzeit des offiziellen Projektes aufgespeichert werden, um eventuell in unmittelbarer Folge nach Durchführung der Abgrabung noch eine weitere Ausgestaltung des unmittelbar der Stadt Wien dienenden Hochwasserschutzes Maßnahmen zu ermöglichen. Das zweite wichtige Moment für Wien betrifft den Umbau der Kaiser Franz Josef-Brücke, die bekanntermaßen den Verkehrsbedürfnissen sowohl hinsichtlich der Breite wie auch der Tragfähigkeit in keiner Weise entspricht. - Auch hier ist es gelungen, den Umbau, bezw. vollständigen Neubau der Brücke unter Benützung der vorhandenen Pfeiler zu erreichen. Die Brücke wird in den Stromfeldern eine gesammte Breite von 24 m und die entsprechende Tragfähigkeit für die schwersten Strabahn- und Lastwagen erhalten, auch wird für die Möglichkeit der Ueberführung entsprechend großer Wasserleitungs- und Gasrohre vorgesorgt werden. - Die Kosten der Brücke belaufen sich auf 18 Millionen K., wovon die Gemeinde 4 Millionen übernimmt, während die Donauregulierungskommission einen für die Verstärkung der Brücke angesammelten Fond von 1 Million Kronen für diesen Zweck widmet. - Die Brücke wird bis 1915 zu vollenden sein. - Außerdem sind noch verschiedene andere Arbeiten im neuen Programm vorgesehen. - Die Gesamtkosten sind mit ca 49 Millionen Kronen veranschlagt. - Nach dem Antrage des StR. Knoll wurde dem Referenten VB. Hoß für seine großen Verdienste bei den durchgeführten Verhandlungen der Dank des Stadtrates ausgesprochen. StR. Knoll besprach auch die Schwierigkeiten des Verkehrs über die Franz Josef-Brücke nach dem 21. Bezirk und umgekehrt. Referent VB. Hoß be-

tonte die eminente Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrswege und Verkehrsmittel nach dem 21. Bezirk und führte aus, daß es mit dem Umbau der Franz Josef-Brücke nicht abgetan sei, sondern daß die Gemeinde Wien alles daran setzen werde, um im Interesse des Verkehrs nach dem 21. Bezirk noch andere Brücken zu erhalten.

Obdachlose Familien. Die Magistratsabteilung 3 hat auf Grund einer Verfügung des Bürgermeisters 7 Parteien samt ihren Kindern, im Ganzen 34 Personen, welche seit mehreren Wochen auf dem freien Platze hinter dem Heidlinger Friedhofe und auf einer Wiese an der Wienerbergstraße im 12. Bezirk im Freien kampierten, in einem derzeit teilweise leerstehenden städtischen Haus 12. Bezirk, Schönbrunnerstraße 206 provisorisch untergebracht. Nach den Informationen sollte es sich um Parteien handeln, die zwar hinreichend Geld besitzen, den Mietzins für eine kleine Wohnung zu bezahlen, die aber infolge der in Wien bestehenden Wohnungsnot eine Wohnung nicht finden können. Seit dem 3. Oktober wurden vom magistratischen Bezirksamte für den 12. Bezirk noch weitere obdachlose Familien, die von der Gemeinde Wien die Beistellung einer Wohnung verlangten, aufgenommen, so daß am 7. Oktober bereits 13 Familien mit 34 Personen dort wohnten. Die inzwischen vorgenommenen Erhebungen des Magistrates und der Polizei haben nun ergeben, daß diese Familien nicht Opfer der in Wien bestehenden Wohnungsnot sind, sondern daß dieselben zu jener Bevölkerungskategorie gehören, die sich das ganze Jahr hindurch je nach der Jahreszeit in Wärmestuben, Asylen und Kanälen etc. oder auf Wiesen herumtreibt und eine schwer empfundene Last der städtischen Armen- und der Polizei-Verwaltung bildet. Die in dem bezeichneten Hause untergebrachten Familien wußten ganz genau, daß sie in dem städtischen Asyl im 10. Bezirk, das zur Zeit genügend Platz hat - in der abgelaufenen Woche wurden täglich nur ca 10 bis 15 Familien beherbergt - Aufnahme und Unterkunft finden können, daß diese Familien aber die städtische Anstalt deshalb scheuen, weil sich die Anstaltsverwaltung in der richtigen Erkenntnis der der Gemeinde Wien zukommenden Obdachlosenfürsorge nicht bloß darauf beschränkt, die sich meldenden Personen zu beherbergen, sondern daß sie auch bezüglich jeder einzelnen Familie die notwendige Fürsorgeaktion einleitet. Diese Fürsorgeaktion besteht nun naturgemäß bei Familien, die sich wegen ihrer großen Kinderzahl auch mit Geldunterstützungen (Anshilfen, periodische Unterstützungen) nicht fortbringen können, häufig in der Uebernahme der Kinder in die städt. Armenpflege und bei nichtzuständigen Personen, die trotz aller Unterstützungen in Wien nicht leben können in der Veranlassung ihrer Heimreise. Diese Arten der Fürsorge entsprechen

natürlich nicht den Wünschen dieser Familien, die lieber mit ihren Kindern in Wien herumtroteln, als durch Arbeit sich einen anständigen Lebensunterhalt zu verschaffen. Diese Personen streben ausschließlich die Zuerkennung von Geldunterstützungen an, die sie jedoch, wie die Erfahrung gelehrt hat, nicht zur Aufnahme einer Wohnung, sondern zum Ankaufe geistiger Getränke, von Lebensmitteln, oft sogar von Wäschereien für die Kinder, verwenden. Hierbei ist gewiß auch in Betracht zu ziehen, daß sich selten ein Hausherr finden dürfte, der eine derartig ~~verwahrloste~~ vollkommen verwahrloste, obdachlose Familien, die kein Mobiliar besitzt, aufnehmen würde. Die auf den Wiesen bei dem Heidlingerasyle kampierenden Familien gehören also nicht, wie von gewisser Seite dargestellt wird, zu den bemitleidenswerten Opfern der Wiener Wohnungsnot, sondern zu jenen in jeder Großstadt existierenden Bevölkerungsschichten, die eine stete Sorge der städtischen Armenverwaltung und der Polizei bilden. Die Gemeinde Wien hat daher um so weniger Veranlassung dieser Art von Personen unentgeltlich Wohnungen beizustellen, als das städtische Asyl gerade derzeit über genügend freie Räume für obdachlose Familien verfügt und in der Lage ist auch die sonst notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Es wurde daher vom Magistrat in erster Linie der Beschluß gefaßt, die weitere Aufnahme obdachloser Familien in das bezeichnete Haus sofort zu sistieren und die sofortige Räumung der sanitätswidrigen und sicherheitsgefährlichen Lokale zu veranlassen. Gleichzeitig wurde die Verwaltung des städtischen Asyls angewiesen, mit jeder einzelnen in dem erwähnten Hause untergebrachten Familie zu unterhandeln, die notwendigen Zinsanhilfen anzuweisen und alle jene Familien, die wirklich keine Wohnung finden können, im städtischen Asyl bis auf weiteres zu beherbergen. StR. Busch berichtete in der letzten Stadtrats-Sitzung über diese Angelegenheit und beantragte zur Kenntnis zu nehmen, daß 1. das magistratische Bezirksamt für den 12. Bezirk mit heutigem Tage die Aufnahme obdachloser, armer Familien in das städtische Haus 12. Bez. Schönbrunnerstraße 206 einstellt und daß 2. die Verwaltung des städt. Asyl- und Werkhauses beauftragt wurde, die notwendigen Fürsorgeaktionen bezüglich der in diesem Hause untergebrachten Familien, bestehend in der Aufnahme in das städt. Asyl, der Gewährung von Mietzinsunterstützungen, der Uebernahme der Kinder in die städt. Armenpflege, der Heimbeförderung fremder Armer, etc. einzuleiten und hierdurch die sofortige Räumung der sanitätswidrigen und sicherheitsgefährlichen Lokale dieses Hauses zu veranlassen. Der Referentenantrag wurde genehmigt.

Aus dem Wasserleitungsausschusse. Gestern fand in Gegenwart des Bgm. Dr. Neumayr und unter dem Vorsitz des VB. Hoß eine Sitzung des gemeinderätlichen Wasserausschusses statt, in welcher zunächst dem Projekte für die Rohrlegungen in der Neuwaldeggerstraße, Artaria- und Geroldgasse im 17. Bezirk mit den Kosten von 23000 K zugestimmt wurde. Ferner wurde das Detailprojekt für den Bau des großen Reservoirs am Steinhof genehmigt. Dasselbe soll oberhalb der Kuffnerischen Sternwarte zwischen der Galizin- und Steinhofstraße errichtet werden und wird da das Objekt weithin sichtbar sein und die ganze Gegend dominieren wird, eine reiche architektonische Ausgestaltung erfahren. Die Kosten beziffern sich mit rund 900.000 K. Das Reservoir dient zur Versorgung der Hochzonen des 16. Bezirkes und der angrenzenden Gebiete und soll in ungefähr zwei Jahren fertiggestellt werden. Ferner wurde das Projekt für ein Aufseherhaus beim Reservoir Hackenberg mit den Veranschlagten Kosten von 31.000 K genehmigt. Schließlich wurde noch eine Reihe kurrenter Gegenstände erledigt.

Achter Österreichischer Städtetag. Morgen vormittags um 10 Uhr treten im Gemeinderats-Sitzungssaale des Wiener Rathauses die Vertreter der österreichischen Statutarstädte zum achten österreichischen Städtetag zusammen. Zur Teilnahme sind angemeldet: Bielitz: Bgm. Dr. Rudolf Hoffmann, GR. Dr. Viktor Förster und städt. ^{in Vert.} Anwalt Ludwig Demetz. Bozen: Reichsratsabgeordneter Emil Kraft. Brünn: zweiter Bürgermeister-Stellvertreter Regierungsrat Karl Kandler und StR. Dr. Leopold Braun. Czernewitz: GR. Dr. Anton Horst, Friedek: Bgm. Josef Pawlik und Magistratsrat Alois Reik. Görs: Bgm. Georg Sombig. Graz: Bgm. Dr. Franz Graf, zweiter Bürgermeister-Stellvertreter Hans Habisch und Amtsdirektor Dr. Karl Plochl. Iglau: Bgm. Vinzenz Inderk^u und StR. Artur Knesek. Innsbruck: zweiter ~~Vize-Bürgermeister~~ Vize-Bürgermeister Reichsrats-Abgeordneter Dr. Eduard Erlner. Klagenfurt: Bgm. Dr. Gustav Ritter von Metnitz, Reichsratsabgeordneter ~~Dr.~~ Josef Wolfgang Dobernigg, GR. Wilhelm Edler von Dietrich und Stadtphysiker Dr. Max Schmid. Krakau: Stadtpräsident Prof. Reichsrats-Abg. Dr. Julius Leo, erster Vize-Präsident Heinrich Szarek^u und GR. Dr. Adolf Groß. Kremsier: Bgm. Miloslav Veselsky. Lemberg: Vize-Präsident Dr. Thaddeus Rutowski. Linz: Bgm. Reichsrats-Abgeordneter Dr. Franz Dinghofer, GR. Dr. Ernst Jäger und Magistrats-Direktor Dr. Adolf Jantsch. Marburg: Abgeordneter Heinrich Wastian, die Stadtr. und Gemeinderäte Dr. Oskar Oressel und Julius Pfrimmer und Amtsvorstand Dr. Josef Schinner. Olmütz: VB. Josef Fühner und StR. Adolf Heeg. Pettau: Bgm. Josef Pernig, Bürgermeister-Stellvertreter Johann Steu^ute und GR.

Adolf Schramke. Reichenberg: Magistrats-Direktor Dr. Otto Ringhaan. Rovereto: Bgm. Bezej. Salzburg: Bgm. Franz Berger und städtischer Rechtsrat Alois Schwendmayr. Steyr: Bgm. Gustav Stalzer und GR. Leopold Erb. Trient: Reichsrats-Abg. Dr. Casar Battisti. Triest: Bgm. Dr. Alfons Valerio und Assessor Dr. Georg Pitacco. Troppau: Bgm. Walter Kudlich, VB. Dr. Hermann Krommer, GR. Richard Pilawka und Magistrats-Direktor Gregor Gröner. Ungarisch Hradisch: Bgm. Josef Stancl. Waidhofen an der Ybbs: Bgm. Dr. Josef Karl Steindl und StR. Anton Freiherr von Henneberg. Wiener Neustadt: Bgm. Franz Kamman und die StRe. Franz Auer und Julius Willerth. Znaim: Bgm. Dr. Heinrich Homma, die Gemeinderäte Anton Ferdinand Buchberger und Lambert Fried und StR. Karl Neumann, endlich Wien. Entschuldigt haben ihr Fernbleiben die Städte: Cilliz, Laibach, das gegenwärtig keine autonome Gemeindeverwaltung hat und Prag. Ausständig ist bis heute mittag noch die Antwort der Stadt Rovigno.

Lohnerhöhung für die Heizer im Betriebe der städt. Dampfstraßenwalzen. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Berichte des VB Hoß nachstehende Beschlüsse gefaßt: Die Heizer für die Dampfstraßenwalzen beziehen bei einer täglichen Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 5 Uhr abends (einschließlich einer einstuündigen Mittagspause) einen Taglohn von 3.30 K, für je de Tagesüberstunde einen Aufschlag von 50 h. Für den Außerndienst an Sonntagen (nicht auch an Feiertagen!) worunter der ausnahmsweise sonntägliche Betrieb der Maschinen, dann die periodische Reinigung des Kessels, sowie Reparaturarbeiten an den Maschinen zu versehen sind, wird eine Sonntagszulage von 4 K für die ganztägige und von 2 K für die halbtägige Sonntagsarbeit gewährt.

Eine Erinnerung an das 60 jährige Regierungsjubiläum des Kaisers. Kurz nach der Huldigung der Bürgermeister Niederösterreichs vor dem Kaiser anlässlich des 60 jährigen Regierungsjubiläums am 4. Oktober 1908 wurde von ~~der~~ der Wiener Gemeindeverwaltung der Beschluß gefaßt, zur Erinnerung an dieses Ereignis in der Volkshalle des neuen Rathauses eine künstlerisch ausgestattete Gedenktafel anbringen zu lassen. In der letzten Stadtrats-Sitzung wurde nun nach einem Berichte des StR. Schwer beschlossen, mit der Herstellung dieser Gedenktafel den Bildhauer Rudolf Bachmann zu betrauen. Die Tafel stellt einen Ritter in maximilianischer Rüstung dar, unter welchem sich die Legende befindet.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Rudolf Gl.
21. Jahrg. Wien, Freitag, 20. Oktober 1910.

Meldepflicht von Landsturmpflichtigen. Alle in Wien sich aufhaltenden militärisch ausgebildeten, sowie die militärisch nicht ausgebildeten, jedoch für den Fall der Aufbietung des Landsturmes zu besonderen Dienstleistungen designierten und zu solchem Zwecke mit Widmungskarten beteiligten Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1869 bis 1878, resp. bis 1892 haben sich bei den magistratischen Bezirksämtern des Wohnbezirkes und zwar an den laut Kundmachung des Magistrates für die einzelnen Geburtsjahrgänge vorgeschriebenen Tagen in der Zeit zwischen dem 2. und 25. Oktober l. J. persönlich zu melden. Diejenigen Landsturmpflichtigen, welche wegen glaubwürdig nachgewiesener unüberwindlicher Hindernisse bisher die vorgeschriebene Meldung unterlassen haben, werden aufmerksam gemacht, daß sie ihrer Verpflichtung auch noch an einem Wochentage in der Zeit zwischen dem 26. und 31. Oktober l. J. nachkommen können. Meldepflichtige Landsturmpersonen, welche die Meldung im Monate Oktober nicht zeitgerecht erstatten oder sie ganz unterlassen, begehen eine Übertretung und verfallen einer Geldstrafe von vier bis 100 Kronen.

Wiener Bürgervereingung. Das Präsidium der Wiener Bürgervereingung ladet die Mitglieder ein, sich an der, Dienstag, den 24. Oktober l. J. um 9 Uhr vormittags in der Probatsparrkirche zum göttlichen Heiland (Votivkirche) stattfindenden heiligen Gedenkmesse für den verstorbenen Bürgermeister Exz. Dr. Karl Lueger recht zahlreich zu beteiligen.

Achter österreichischer Städtetag. Das erste Referat erstattete StR. Rain (Wien) über die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung. In großen Zügen behandelte er dieses Thema, betonte, daß es eine Kulturfrage der Vertreter aller Korporationen sei an der Lösung dieser Frage mitzuwirken und geeint zum Wohl der gesamten Bevölkerung vorzugehen. Er kam sodann auf die einzelnen Artikel zu sprechen, welche eine bedeutende Verteuerung aufweisen, insbesondere Fleisch, Getreide, Milch, Zucker, Kohle und Petroleum und stellt schließlich nachstehende Anträge: Der österr. Städtetag spricht die Überzeugung aus, daß die gegenwärtige Teuerung einen solchen Umfang angenommen hat, daß die Grundpfeiler des Staates, der Arbeiter- und Mittelstand, in der Existenz bedroht und die Grundlagen der modernen Kultur auf das schwerste erschüttert werden. Der Städtetag erklärt weiters, daß die Gemeinden dieser mit der Wirtschaft des ganzen Staates in Zusammenhange stehenden Teuerung ohnmächtig gegenüberstehen und daß es nur in der Macht des Staates liegen kann, hier Abhilfe zu schaffen. Von diesen Erwägungen ausgehend, richtet der Städtetag an die k.k. Regierung die dringende Mahnung, ungesäumt mit den erforderlichen ernsten, einen praktischen Erfolg verbürgenden und durchgreifenden Maßnahmen vorzugehen, die sich hauptsächlich in folgenden Bahnen zu bewegen hätten: 1. Hebung der Landwirtschaft in jedem Belange. Förderung der Bildung von Organisationen der landwirtschaftlichen Kreise behufs Erleichterung des Betriebes und Absatzes (insbesondere bezüglich der Vieh- und Milchverwertung). Einwirkung auf die Landwirtschaft im Sinne einer Anpassung an die Bedürfnisse des Konsums. 2. Abschaffung des Blankoterminalhandels überhaupt und insbesondere des Getreideterminhandels in Ungarn. 3. Schaffung eines staatlichen Besitzes an Kohlen- und Petroleumgruben in solchem Ausmaße, daß ihm auf die Bildung der Preise ein Einfluß zusteht, weiters Einleitung der Monopolisierung des Kohlenbergbaues und der Petroleumgewinnung und Reformierung des Berggesetzes. 4. Bekämpfung der Uebergriffe der Kartelle durch Erlassung eines Kartellgesetzes und zweitweise Suspension der Zölle. 5. Beseitigung der Hochschutzzölle für Agrarprodukte. 6. Zulassung und Förderung der Einfuhr - insbesondere von Fleisch - aus dem Auslande in jenen Fällen, in denen die heimische Produktion dem Bedarfe nicht genügen kann und auf erwiesene Tatsachen gegründete sanitäts- und veterinärpolizeiliche Bedenken nicht vorliegen. 7. Regelung der Milchkontrolle, Erlassung einer Milchverkehrsordnung. 8. Ermäßigung der Eisenbahntarife für Lebensmittel (Einführung von Tarifsätzen ohne Rücksicht auf die Entfernung, insbesondere für Milch - Milchporto), Regelung des Eisenbahnverkehrs unter Beistellung genügender und geeigneter Transportmittel (Beistellung von Sammel- und Kühlwaggons, Beförderung von Lebensmitteln mit Personenzügen, Beschleunigung der Transporte, Einführung von Milchzügen, Verbesserung der Stationseinrichtungen).

keinem Zusammenhange stehenden Gebiete. Gründe veterinärpolizeilicher Natur wurden gegen die Einfuhr nicht geltend gemacht. Die Forderungen von Kompensationen allein beweisen schon zur Genüge, daß eine rechtliche Stellung zur Einmischung Ungarns in dieser rein österreichischen Frage nicht vorhanden sei. Die Regierung hat nun in der letzten Zeit eine Schwelung vorgenommen. Aus dem Berichte des Teuerungsausschusses entnehmen wir, daß Veterinäre nach Argentinien geschickt wurden, welche nunmehr die Zustände als ganz widerliche erscheinen lassen. Ich bemerke hier, daß wiederholt von mir angesucht wurde, daß der vom Veterinär-Referenten Dr. Anton Greiner erstattete Bericht über die Verhältnisse in Argentinien bekannt gemacht werde; es ist bis jetzt nicht geschehen. Es wird nunmehr gesagt, daß auf den argentinischen Bahnhöfen so viel Fleisch lagere, daß es gar nicht möglich sei, die veterinärpolizeilichen Maßnahmen zu handhaben. Es geht daraus hervor, daß Berichte in die Öffentlichkeit kommen sollen, welche mit den Berichten des Magistrates in vollkommenem Widerspruch stehen. Alle größeren Länder Frankreich, Deutschland, England konsumieren argentinisches Fleisch in Massen, aber niemand ist es noch eingefallen von veterinären Gefahren zu sprechen (Rufe: Sehr richtig). Ungarn kann Millionen Kilo argentinisches Fleisches einführen, wir werden uns darum nicht kümmern, wir haben aber das Recht zu verlangen, daß auch die ungarische Regierung sich in die Approvisionierungsverhältnisse unserer Städte nicht einmengt. (Rufe: Sehr richtig). Bürgermeister Dr. Neumayer bringt statistische Daten über die Mehrbelastung der Bevölkerung Wiens, durch die alljährlich in den Monaten Juli bis Oktober eintreffende Erhöhung der Viehpreise für Ochsen ungarischer Herkunft. Durch diese Daten ist erwiesen, daß zum Beispiel im Jahre 1910 in der genannten Zeit ein Betrag von 24,870.000 K für ungarische Ochsen bezahlt wurden während der für das erste Halbjahr desselben Jahres ermittelte Durchschnittspreis nur einen Betrag von 21,327.000 K ergeben würde. Es würde also der Bevölkerung in diesen Monaten, in welchen die Preise alljährlich anziehen, eine Mehrbelastung von 3 1/2 Millionen Kronen auferlegt. Bürgermeister Dr. Neumayer schließt: Die Haltung der österr. Regierung in der Frage der Fleischteuerung, die Art wie diese hohe Regierung die volkswirtschaftlichen Interessen des Staates, die allerdingendsten Lebensbedürfnisse des Volkes insbesondere des, um sein tägliches Brot arbeitenden Volkes wahr einerseits, und die Haltung der Regierung in dieser Frage gegenüber der ungarischen Regierung ist einfach - sagen wir - unverständlich. Zweifellos hat wohl der einzelne Staatsbürger, jeder Mensch im Staate das Recht der freien

wirtschaftlicher Bewegung dasselbe materielle Recht im freien Verkehre sich seinen Bedarf an Nahrungsmitteln jeglicher Art im Inlande oder im Auslande zu beschaffen, u.zw. ebenso wie die in der Gemeinde repräsentierte Gesamtheit von Menschen. Es gibt kein Gesetz das mich hindern könnte, irgend eine Gattung eines Genußmittels, geschweige denn ein notwendiges Nahrungsmittel, wenn mir sein Inlandpreis zu hoch ist oder wenn es unerschwinglich ist, um den niedrigeren Preis aus dem Auslande zu beziehen, dasselbe um mein Geld zu erwerben. Hierzu tritt noch die notorische Tatsache, daß die Fleischteuerung in allen österr. Städten, wie auch auf dem flachen Lande in jedem Jahre, zur selben Jahreszeit (Juli bis Oktober) mit verlässlicher Pünktlichkeit auftritt, so daß die Viehproduzenten, Großviehzüchter jedesmal den ihnen durch die Teuerung zufließenden Nutzen schon lange im voraus in ihr Calcül ziehen können. Durch die Verweigerung der Bewilligung zur weiteren Einfuhr argentinischen Fleisches ist vor allem die städt. Bevölkerung schwer getroffen. Die Städteverwaltungen sind bei der Verfolgung der Approvisionierungspolitik gehindert, die einzige sofort wirksame Abhilfe gegen die bestehende Fleischnot zu treffen. Um diesen wichtigen Interessen Ausdruck zu geben, schlage ich dem Städtetage folgende Resolution vor:
Der 8. österreichische Städtetag erklärt, daß die Bestimmung des § 12, Abs. 2 der Durchführungsmodalitäten zum Artikel 20 des Ausgleichsvertrages zwischen Oesterreich und Ungarn für den österreichischen Staat nicht rechtsverbindlich ist und daß für die Bewilligung oder Verweigerung der Einfuhr überseeischen Fleisches nach Zisleithanien auf Grund des § 4 des Tierseuchengesetzes lediglich veterinärpolizeiliche Rücksichten maßgebend sind, die Zustimmung Ungarns jedoch nicht erforderlich ist. Die Versammlung begleitete die fast eine Stunde währenden Ausführungen des Bgm. Dr. Neumayer mit lebhaften Beifall.

Fortsetzung des Berichtes folgt abends-

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, 20. Oktober vormittags-

8. Oesterreichischer Städtetag Im Gemeinderatssitzungssaal des Rathauses sind heute vormittags um 10 Uhr die Vertreter von 29 Oesterreichischen Statutarstädten zu Beratungen über dringende das Interesse der Städte tief berührende Angelegenheiten zusammengetreten. Bürgermeister Dr. Neumayer hat die Versammelten mit folgender Ansprache begrüßt:

Meine sehr geehrten Herren! Erlauben Sie, daß ich Sie im Namen der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auf das herzlichste begrüße und Ihnen wärmstens dafür danke, daß Sie meiner Einladung, am heutigen Städtetag teilzunehmen, Folge geleistet haben. Entschuldigt haben sich die Städte Cilli und Prag, die autonomen Gemeindevertretungen der Landeshauptstadt Laibach und der Stadt ^{Wien} sind noch nicht neu konstituiert, weshalb die Entscheidung eines Vertreters unterblieben ist.

Ich habe den sehr geehrten Herren zunächst mitzuteilen, daß in Ausführung der Beschlüsse des vorjährigen Städtetages die entsprechenden Petitionen und Resolutions an die kompetenten Ministerien und die beiden Häuser des Reichstages geleitet und die Abgeordneten der Städte ersucht worden sind, für sie einzutreten. Die Petitionen betreffend die Sanierung der Gemeindefinanzen habe ich gemäß dem über Antrag des Abgeordneten Wastian gefaßten Beschlusse in Gemeinschaft mit dem Herrn Bürgermeister von Linz Dr. Dinghofer und dem Herrn Vizebürgermeister von Brünn Regierungsrat Dr. Kandler persönlich dem Ministerpräsidenten, den Ministern des Innern und der Finanzen überreicht und bei ihnen volles Verständnis für die bedrängte finanzielle Lage der Stadtgemeinden gefunden, wobei freilich auf die Schwierigkeiten einer befriedigenden Lösung der Frage hingewiesen wurde.

Ueber die vom letzten Städtetag angeregte Einberufung eines allgemeinen Städtetages und Schaffung einer Zentralstelle für dieselben zur Wahrung der Städteinteressen sind die nötigen Vorarbeiten eingeleitet worden und dürften dieselben in allernächster Zeit zum Abschluß gebracht werden, so daß es Aufgabe des nächsten Städtetages sein wird, hierüber zu beraten.

Die Tagesordnung für die heutige Tagung wurde den einzelnen Städten zugemittelt, desgleichen 4 in Druck gelegte Referate. Ich glaube die sehr geehrten Herren sind damit einverstanden, wenn wir bei den Beratungen bezüglich der Abstimmung denselben Vorgang wie bisher beibehalten. Jede Stadt hat eine Stimme und die Abstimmung erfolgt durch Erheben der in Ihren Händen befindlichen Tafeln.

Ich hoffe, daß wir die Beratungen heute schließen können. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, so möchte ich den sehr geehrten Herren proponieren, die Beratungen morgen vormittags fortzusetzen.

Nunmehr erlaube ich mir, den sehr geehrten Herren zu empfehlen, zur Konstituierung des 8. Oesterreichischen Städtetages zu schreiten. Es wären wie bisher 2 Präsidenten und 2 Vizepräsidenten zu wählen. Als Schriftführer fungieren abwechselnd die Schriftführer des Wiener Gemeinderates, die Herren GRe. Leitner, Philp und Stangelberger.

Bürgermeister Kamman von Wiener Neustadt hält es für eine Pflicht der Höflichkeit, daß der Städtetag dem Bürgermeister der Stadt Wien, deren Gastfreundschaft die Mitglieder des Städtetages zu wiederholten Malen genossen haben zum ersten Vorsitzenden zu erwählen.

Bürgermeister Dr. Neumayer dankt herzlichst für diese freundlichen Worte bittet aber von diesem Vorschlage Abstand zu nehmen, da er so wie sein Vorgänger Dr. Lueger nicht immer in der Lage ist, den Verhandlungen anzuwohnen und weil es für ihn eine Pflicht der Herzlichkeit und Höflichkeit sei, daß einer der Kollegen aus einer anderen Stadt den Vorsitz führe.

Bürgermeister Dr. Neumayer fährt dann fort: Zum Präsidenten schlage ich vor den Herrn Bürgermeister der Stadt Salzburg Franz Berger und den Herrn Vize-Präsidenten der Stadt Lemberg Dr. Thaddeus Rutowski, ferher zu Vizepräsidenten: den Herrn Bürgermeister von Graz, Dr. Franz Graf und den Herrn Bürgermeister von Triest Dr. Alfons Valerio. (Dieser Vorschlag wird ohne Debatte genehmigt.)

Ich erkläre somit den 8. Oesterreichischen Städtetag für eröffnet und ersuche die Herren Präsidenten und Vizepräsidenten ihre Plätze einzunehmen.

Bürgermeister Dr. Neumayer fährt dann fort: Meine sehr geehrten Herren! Bevor wir mit der Erledigung der Tagesordnung beginnen, wollen wir unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn in Ehrfurcht gedenken. Ich ersuche Sie, mich zur Absendung folgenden Telegrammes an das Allerhöchste Hoflager zu ermächtigen:

Die aus Anlaß der Abhaltung des 8. Oesterreichischen Städtetages im Wiener Rathause versammelten Vertreter der Oesterreichischen Statutargemeinden bringen Eurer k. u. k. Apostolischen Majestät in tiefster Ehrfurcht und Ergebenheit ihre Huldigung mit dem innigen Wunsche dar: Gott segne, Gott schütze und beschirme Euerer k. u. k. Apostolische Majestät!

Die Herren haben durch Erheben von ihren Sitzen ihre Zustimmung gegeben.

Meine sehr geehrten Herren! Wir stehen am Vortage eines höchst erfreulichen Ereignisses in unserem Allerhöchsten Kaiserhause. Wie Sie wissen reicht morgen Seine kaiserliche und königliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Franz Josef Ihrer Hoheit der Prinzessin Zita von Bourbon von Parma die Hand zum ewigen Bunde. Ich glaube mich eins mit Ihnen zu wissen, wenn ich Ihnen vorschlage, aus diesem Anlasse Seiner kaiser-

lichen und königlichen Hoheit unsere ehrerbietigsten Glückwünsche darzubringen. Ich bitte daher um die Ermächtigung zur Absendung folgender Depesche: Die im Wiener Rathause versammelten Delegierten des 8. Oesterreichischen Städtetages entbieten Euerer k. u. k. Hoheit und Höchstihrer Braut die ehrerbietigsten Glück- und Segenswünsche aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung.

Sie meine Herren haben durch Erheben von den Sitzen Ihre Zustimmung gegeben. Ich übergebe somit den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister Berger von Salzburg.

Bürgermeister Berger erklärt, er nehme als Vertreter einer der kleineren Städte nur im Einvernehmen mit dem Herrn Vertreter von Lemberg den Vorsitz an. Er dankt für die auf ihn gefallene Wahl und verspricht die Verhandlungen objektiv zu leiten. Ueber Antrag des Bürgermeisters Dr. Steindl von Waidhofenan der Ybbs wird beschlossen, als zweiten Punkt der Tagesordnung das Referat der Stadt Troppau über die Sanierung der Gemeindefinanzen zu erledigen.

Sodann erstattet StR. Wosef Rain den Bericht über die Bekämpfung der Lebensmittelerhöhung.

Im Einlaufe befindet sich u. a. eine Depesche der Stadt Radautz: Die Stadtgemeinde Radautz begrüßt die Organisation der Städte Oesterreichs gegen die unerträgliche Teuerung der unentbehrlichsten Artikel für das Lebensbedürfnisse und schließt sich dieser sowie den von ihr gefaßten Beschlüssen rückhaltlos an. Bürgermeister Zukowski.

Zu den bereits gestern gemeldeten Delegierten kommt noch für Reichenberg der Abg. Regierungsrat Hans Harvl.

Zum 9. Österreichischen Städtetag. (Anhängen).

GR. und RRA. Prof. Erb (Steyr) führt aus: Die Frage, wie kommt man der Teuerung bei, harret noch immer der Lösung und wird auch so leicht nicht gelöst werden können. Im Teuerungsausschuß des Abgeordnetenhauses liegen 23 verschiedene Anträge vor und ein großer Teil derselben läuft auf das sehr beliebte Mittel hinaus, die Regierung wird beauftragt, dies oder jenes zu veranlassen. Sehr häufig steht gar nicht dabei, wie die Regierung das machen soll, weil es der Antragsteller selbst nicht weiß. Es ist das allerdings sehr bequem, es gibt aber auch konkrete Anträge. Bezüglich des argentinischen Fleisches ist darauf zu verweisen, daß die Regierung sich von der Auslegung des Artikels 20 zurückgezogen hat und ihren Widerstand nur mehr auf die veterinär - polizeilichen Gefahren des Fleisches verlegt. Es werden Photographien vorgezeigt, um zu beweisen, daß Argentinien das gefährlichste Land bezüglich der Seuchengefahr ist, es wird gesagt, daß dieses Land bloß 270 Tierärzte hat, daß diese um die Fleischbeschau vornehmen zu können, auf einem Hügel stehen und sich die vorbeigetriebenen Tiere anschauen. Es ist ja sicher, daß bei der Massenschlachtung von Tausenden von Tieren eine derartige Beschau wie bei uns nicht möglich ist. Man muß aber fragen, kann uns jemand beweisen, daß in England, Italien oder in der Schweiz eine Seuchengefahr durch die in großen Massen eingeführten Fleisch vorhanden oder daß eine Seuche ausgebrochen ist. Wenn die Regierung nur einen Fall kennen würde, hätte sie denselben sicherlich sofort zur Kenntnis gebracht (Rufe! Sehr richtig!) Die Auslegung des Gesetzes und die Verschiebung der veterinär - polizeilichen Gefahr sind nichts anderes als ein Schutz für die Großgrundbesitzer (lebhaftes Zustimmung). Nicht unsere Landwirtschaft soll geschützt werden, sondern gewisse Herren, die stark genug sind, um jede ungarische Regierung vom Platze weg zu fegen, wenn sie gegen Ungarn Stellung nimmt. Das kann uns nicht hindern, unserer Meinung nach haltigsten Ausdruck zu geben, daß das argentinische Fleisch keine Gefahren für uns birgt. Man sagt auch, das argentinische Fleisch ist niemand, es ist zum/ schlecht; wenn dem so ist, dann kann es desto eher eingeführt werden. Wir müssen also unbedingt auf unserem Standpunkte beharren. Es wurde nun aus dieser rein wirtschaftlichen Frage eine hochpolitische Frage gemacht. Ich möchte auf die Gefahr hin, Ihren Widerspruch zu finden, aussprechen, lieber kein argentinisches Fleisch als wirtschaftliche Zugeständnisse an Ungarn. Ich bedaure, daß in dieser Frage Verhandlungen zwischen der österr. und der ungarischen Regierung geführt werden, daß wir zu Un-

garn Betteln gehen müssen (Rufe: Sehr richtig!). Ungarn hat dadurch, daß es Kompensationen verlangte, sich selbst ins Unrecht gesetzt. Die Frage ist wie gesagt eine so hoch politische geworden daß zu befürchten steht, daß die Vertreter anderssprachiger Völker in dieser rein wirtschaftlichen Frage nicht mit uns stimmen werden. Es ist dies umso Bedauerlicher, als den Stadtvertreter überhaupt im Parlament eine festgefügte agrarische Menge gegenübersteht, so daß wenn auch sämtliche Stadtvertreter gesigft werden sie sich kaum gegen diese kompakte Masse behaupten könnten. Der Redner bespricht sodann die einzelnen Punkte der Referenten Anträge, erklärt sich mit dem ersten Punkt, Hebung der Landwirtschaft vollständig einverstanden, er stimmt auch der Förderung der Bildung von Organisationen der wirtschaftlichen Kreise bei, müsse jedoch hinzufügen, unter der Voraussetzung, daß diese landwirtschaftlichen Organisationen sich nicht zu dem Zwecke vereinigen, um die Preise der Lebensmittel in die Höhe zu treiben. Er bedauert ferner, daß die Abschaffung des Blankoterminalhandels in Ungarn noch immer nicht durchgeführt wurde, kommt sodann auf die Erhöhung der Zuckerpreise zu sprechen und meint, daß eine bloße Drängung der Freigabe des Sacharins genügen würde, um die Preise entsprechend zu drücken. Er bedauert, daß der österr. Staat der Erwerbung von Kohlen- und Petroleumgruben so wenig seine Aufmerksamkeit zuwendet, kommt sodann auf die Milchfrage zu sprechen und erklärt schon jetzt, daß der Vertreter der Stadt Steyr gegen diesen Punkt - das einheitliche Milchportostimmen müsse, weil hierdurch seine Stadt, bzw. alle Provinzstädte schwer geschädigt würden. Er erklärt schließlich, daß nicht nur die Stadtkonsumenten, sondern auch jene auf dem Flachlande durch die herrschende Teuerung hart mitgenommen werden und sogar in gewissen Fragen mit ihrer Herzen gewiß auf der Seite der Kämpfer gegen die Teuerung sich finden und schließt mit den Worten: So möge der 9. Österreichische Städtetag auch sein Gewicht in die Waagschale werfen, vielleicht nützt es so viel, daß in dieser Frage die Waagschale sich ein bisschen auf unsere Seite neigt. VB. Dr. Porzer dankt für die Mitteilungen des Prof. Erb, welche für die Teuerungfrage außerordentlich wertvoll sind. Daß die Veterinäre wieder einmal ins Treffen geschickt sind, um die Haltung der Regierung zu verteidigen wundere ihn gar nicht. Die Veterinäre waren immer im Dienst derjenigen, welche die Einfuhr von Fleisch verhindern wollten. Der Redner verweist auf die angesichts der Einfuhr argentinischen Fleisches in dieser Hinsicht erstatteten Gutachten. Die Stadtvertreter seien einig, daß sie Stellung nehmen müssen gegen die Haltung der Regierung. Der Redner bespricht dann die Erlasse des Ackerbauministeriums auf Vermehrung der Fleischstände und

fragt was denn mit den Fleischständen geschehen soll, wenn nicht reichlich Fleisch vorhanden ist. Ueber Verlangen der Regierung hat die Gemeinde Wien die Markt- und Schlachtgebühren herabgesetzt und dafür 2 1/2 Millionen zum Opfer gebracht ohne einen nennenswerten Erfolg zu erzielen. Nur in Verbindung mit anderen großzügigen Maßregeln können solche Maßregeln einen Erfolg erzielen. Redner bespricht dann eingehend die Frage der Kartelle und meint hier könne leicht ein Mißgriff geschehen wenn nicht die Sache von der richtigen Seite angepackt werde. Es dürfte nicht planlos der Kampf gegen die Kartelle eröffnet werden, denn es gibt Kartelle, welche dem Konsumenten sogar nützlich sein können. Gefordert müsse werden, die Öffentlichkeit der Kartelle, man muß wissen, was eigentlich diese Kartelle zum Gegenstande haben und wie das Kartell durchgeführt wird. Dann muß eine gewisse staatliche Aufsicht über das Kartell durchgeführt werden. Man könne einen Gesetzentwurf unbedingt nicht in der Form genehmigen, wie er von der Regierung vorgeschlagen wurde, weil er auf einem rein ~~fiskalischen~~ fiskalischen Standpunkte beruhe. Jetzt werden Schritte gemacht, um das Zustandekommen eines Kartellgesetzes überhaupt zu verhindern. Es wurde der Industrierrat angerufen um ein Gutachten. Das Gutachten liegt vor; am nächsten Montag tritt die dritte Abteilung des Industrierrates zusammen, um dieses Gutachten zu sanktionieren. Das Gutachten geht dahin, man möge erst eine Enquete einberufen. Das bedeutet nur einen Vorwand um die ganze Angelegenheit hinaus zu schieben. Denn seit zehn Jahren sei über Kartelle soviel gesprochen und geschrieben worden, daß sich niemand mehr darüber im unklaren befinden kann. Er beantragt daher die Fassung des Punkt 4 in folgender Weise: Ungestüme Bekämpfung der Uebergänge der Kartelle durch Erlassung eines Kartellgesetzes ohne Einberufung einer Enquete und zeitweise Suspension der Zölle. Bürgermeister-Stellvertreter Hans Habisch (Graz) bespricht die Einfuhr des argentinischen Fleisches und unterzieht dann in ausführlicher Weise die Stellung der Statutarstädte zur Teuerung; durch die hohen Ansprüche, welche von Seite der Beamten und Angestellten hinsichtlich der Gehaltserhöhungen gemacht werden genügen die Einnahmen der Städte nicht, es müssen dann auch wieder die Steuern erhöht werden. So wirkt die Teuerung direkt und indirekt auf die Städte zurück. Der Redner weist dann ander Hand von statistischen Daten den Rückgang des Fleischkonsumes in Graz nach und meint man hätte unter diesen Umständen von der Regierung energische Maßregeln erwarten sollen, die aber ausgeblieben sind. Rasche Hilfe tue jetzt doppelt not. Man müsse mit der Regierung ein ernstes Wort sprechen um ihr nahe zu legen, daß die Bevölkerung österr-

Möglichkeit bereits an der äußersten Grenze angelangt sei. Der Städtetag wurde heute mit einer Lejalität Kundgebung eröffnet. Das ist das Ideal eines Volkes, welches dem Gefühl der Verehrung und der Dankbarkeit für das angestammte Herrscherhaus entspricht. In den meisten Kreisen der Bevölkerung ist zwischen Kaiser und Regierung kein Unterschied kaum bemerkbar. Wenn unsere Regierung nicht ehestens den berechtigten Wünschen der Bevölkerung Rechnung trägt, und ihr nicht endlich einmal das gibt, was sie verlangten kann und muß, Brot und Fleisch zu einem Preise, den sie erschwingen kann, dann ist Gefahr vorhanden, daß dieses Ideal im österreichischen Volke baldigt untergraben wird, und das wollen wir bürgerlichen Vertreter der Städte gewiß verhindern. Aber auch die Regierung muß dazu einiges beitragen. Der Redner verweist auf einen Antrags welcher von Seite der Stadt Graz für den Städtetag vorbereitet wurde und welcher heute zur Verteilung gelangte, welchen er aber mit Rücksicht auf den Antrag des Bgm. Dr. Neumayer zurückziehe aber dabei den Wunsch ausspreche, daß der Antrag Neumayer in seinem Schlußpassus in eine schärfere Wendung gekleidet werde. Der zur Verteilung gelangte Antrag der Stadt Graz hat folgenden Wortlaut: Der österr. Städtetag gibt im Zusammenhange damit seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die Regelung des Viehverkehrs zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und dem Zollausland, soferne dieser Verkehr ohne Berührung der Länder der heiligen ungarischen Krone stattfindet, verfassungsgemäßlich jeder Einflußnahme seitens der ungarischen Regierung entzogen ist und daß daher die Weiterbewilligung der Einfuhr überseeischen, insbesondere argentinischen Fleisches, hinsichtlich dessen erwiesenermaßen auch veterinärpolizeiliche Bedenken nicht bestehen, keinen wie immer garteten Hindernisse unterliegt, somit von der k.k. Regierung unverweilt auszusprechen wäre. Vizepräsident Dr. Rutowski (Lemberg) betont, es bestehe kein Zwiespalt zwischen dem Interessen der Städte und der Landwirtschaft. Man könne sich einen mehr agrarischen Antrag gar nicht denken als Regelung der Landwirtschaft in jedem Belange. Er verlangt aber auch daß städtische Anstalten die im Interesse der Approvisionierung ~~der Städte~~ gerichtet werden, Unterstützung finden und beantragt zu P. 1. Förderung der städtischen Organisationen und Anstalten welche die kommunale Vermittlung im Vieh- und Fleischhandel, und die Uebernahme von Vieh und Fleisch, sowie den kommunalen Fleisch- und Milchverkauf zum Zwecke haben. STR Knoll (Wien) meint man solle der Regierung auch Mittel an die Hand geben, um den herrschenden Verhältnissen abzuhelfen. Er verweist auf ein seinerzeit schon von ihm an Wiener Approvisionierungsauss-

Wiener Rathaus Korrespondenz
Wien, Freitag, 20. Oktober 1911. Abends.

Österreichischer Städtetag. (2. Fortsetzung und Schluß.)

Das nächste Referat erstattete Magistrats-Direktor Grüner (Troppau) über die Sanierung der Gemeindefinanzen. Er berichtet, er wolle heute nicht in eine eingehende meritorische Klärung dieser Angelegenheit eingehen, da dieselbe ja wiederholt auf den Städtetagen erörtert wurde. Da jedoch bis jetzt alle Wünsche und Forderungen der Städte vergebens waren, habe endlich der vornehme Ton, dessen sich die Städtetage fleißig bedienen und eine energischere Sprache eingeführt werden. (Beifall). Am Schluß seiner Ausführungen stellt er folgende Anträge: Der Oesterreichische Städtetag gibt seinem Bedauern aber auch seinem Befremden Ausdruck, daß die Regierung eine oftmaligen Eingaben, in denen die Finanznot der Städte dargestellt und Vorschläge betreffs dauernder staatlicher Hilfsmaßnahmen hiegegen gemacht wurden, bisher vollständig unbeachtet ließ. Der österreichische Städtetag hält es für eine Pflicht der Regierung und gesetzgebenden Körper und erwartet von denselben, daß sie endlich der sich immer bedenklicher gestaltenden Finanzlage der Gemeinden und insonderheit der Städte ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, die vom Städtetage gemachten Vorschläge zur dauernden Gesundung der Städtefinanzen in ernste Erwägung ziehen und jene gesetzlichen bzw. ordnungsgewigen Maßnahmen leiten, welche eine dauernde Gesundung der Finanzwirtschaft der Städte gewährleisten. Der ständige Ausschuss wird ersucht, in diesem Sinne an die Regierung und das Abgeordnetenhaus Eingaben zu richten und die Reichsratsabgeordneten der statutarstädtischen Wahlbezirke aufzufordern, daß sie nach Kräften im Sinne der vorstehenden Mahnung wirken. Der ständige Ausschuss wird ferner ersucht, auch mit anderen Städtevereinigungen dahin ein Einvernehmen herbeizuführen, daß dieselben gleiche Schritte unternehmen wie der österreichische Städtetag.

H. Dr. Jäger (Linz) erklärt, daß die Regierung in dieser Frage bisher nicht nur nichts getan hat, sondern im Gegenteil den Städten neue Lasten aufgewälzt hat. Er beantragt eine solche Aenderung, der Städtetag möge nicht seinem Befremden, sondern seiner Entrüstung Ausdruck geben.

Boherat-Abg. Prof. Erb (Steyr) stellt einen Zusatzantrag: Der ständige Ausschuss wird ersucht, rechtzeitig vor der Beratung der Finanzreform bei den beteiligten Ministerien durch eine Abordnung vorzusprechen, um eine finanzielle Entlastung der autonomen Städte zu erreichen.

Amtsdirktor Dr. Plochl (Graz) stellt ebenfalls einen Zusatzantrag, welcher lautet: Der Städtetag erklärt die vorerstige wiederholt vertretene von der Regierung jedoch bisher gänzlich vernachlässigte Regelung der Gemeindefinanzen als eine unerlässliche Voraussetzung für eine werktätige Mithilfe der Statutargemeinden bei der Lösung der so hochwichtigen Frage der Bekämpfung der Lebensmittelpreuerung, der Förderung und Ausgestaltung der Assanierungseinrichtungen und der Durchführung einer rationellen Wohnungspolitik.

Dr. Ringhann (Reichenberg) beantragt zu diesem Gegenstande folgenden Zusatz: Die Vereinigung der Städtevertreter im Abgeordnetenhaus wird ersucht, die Forderungen der Städte in Form von Gesetzentwürfen im Abgeordnetenhaus einzubringen und dafür Sorge zu tragen, daß dieselben schleunigst der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Bürgermeister Dr. Homma (Zheim) klagt darüber, daß auch die Landesverwaltungen den Städten nicht jene Unterstützungen angedeihen lassen, die man erwarten könnte und gibt als Beispiel insbesondere das den Städten auferlegte Gebühren-Aequivalent und die Besteuerung der industriellen Unternehmungen der Gemeinden an, welche der Öffentlichkeit zu gute kommen.

Reichsratsabgeordneter Kraft (Bozen) regt an, daß ein Exekutiv-Komitee des heutigen Städtetages sich mit der parlamentarischen Städtevereinigung ins Einvernehmen setzen möge, dadurch könnte vielleicht bei der Regierung eher etwas erreicht werden. Bürgermeister Dr. v. Metnitz (Klagenfurt) bedauert es, daß die Eingaben der Städte bei der Regierung außerordentlich lange liegen bleiben, so daß den Städten ein außerordentlicher Schaden erwächst.

Es sprechen dann noch GR. Schramke (Pettau) und Bürgermeister Stellvertreter Habisch, welcher nachstehende Abänderung des Antrag: Der österreichische Städtetag hält es für eine Pflicht der Regierung und gesetzgebenden Körperschaften und erwartet von denselben, daß sie endlich der nachgerade schon unhaltbar gewordenen Finanzlage der Gemeinden und in sonderheit der Städte ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und auf Grund der vom Städtetag gemachten konkreten Vorschläge ungesäumt jene gesetzlichen oder verordnungsgewigen Maßnahmen durchführen werden, welche eine andauernde Gesundung der Städte gewährleisten.

Nach dem Schlußworte des Referenten schreitet der Vorsitzende zur Abstimmung. Der Referenten Antrag wird mit den von den einzelnen Rednern gestellten Zusätzen angenommen.

Es wird nun über den Antrag des StR. Knoll bezüglich

der Lebensmittelpreuerung nachträglich eingestimmt. Der Antrag wird dem geschäftsführenden Ausschusse des Städtetages zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

StR. Dr. Haas (Wien) berichtet über die Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Dr. Haas bemerkt, daß die Gemeinde Wien bereits eine diesbezügliche Petition eingebracht hat und daß geplant war, dem Städtetag vorzuschlagen, sich jener Petition anzuschließen. Mittlerweile sei im Herrenhause ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der in vielen Punkten die Forderungen der Gemeinde Wien berücksichtige. Infolge dieser geänderten Sachlage sei eine neue Petition auszuarbeiten, dies werde seitens der Aemter der Stadt Wien geschehen und sobald dieselbe fertiggestellt sein werde, werde sie den auf dem heutigen Städtetag zum Anschluß zugemittelt werden.

Er stellt schließlich nachstehenden Antrag: Der Österr. Städtetag begrüßt die Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten aufs wärmste gibt der Erwartung Ausdruck, daß die beiden Häuser des Reichsrates ehestens in die Beratung dieses für die Sanitätsverwaltungen der städtischen Gemeinwesen so überaus wertvollen und dringend notwendigen Gesetzentwurfes eingehen werden. Gleichzeitig wird die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien ersucht, ehestens den Entwurf einer neuerlichen Petition zur Regierungsvorlage eines Gesetzentwurfes über obgenanntes Gesetz, die vor einigen Tagen erschienen ist, den am Städtetag vertretenen Gemeindeverwaltungen zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Zu diesem Gegenstande sprechen Stadtphysikus Würtzenberger (Salzburg) und Amtsdirektor Plochl (Graz). Nach dem Schlußworte des Referenten wird sein Antrag angenommen.

VB. Hoß erstattet sodann das letzte Referat über die Wohnungsfürsorge. Am Schluß seiner eingehenden Ausführungen stellt er folgende Leitsätze zur Diskussion: 1.) Durchführung einer planmäßigen systematischen Bodenpolitik seitens der Gemeinden. 2.) Herstellung entsprechender Verkehrsmittel, welche eine billige Beförderung aus dem Zentrum des Stadtgebietes an die Peripherie ermöglichen. 3.) Aenderungen der Bauordnungen durch Aufnahme von Bestimmungen, welche den Gemeinden eine entsprechende Einflußnahme auf die rechtzeitige Erschließung der noch unverbauten Terrains für die Verbauung sichern. 4.) Ehestigste gesetzliche Einführung des Rechtsinstitutes des Erbbaurechtes. 5.) Einführung einer Wertzuwachsabgabe als einer kommunalen Abgabe. 6.) Einführung einer Wohnungstatistik und einer Wohnungsnachweisung. 7.) Aenderung der Bauordnungen durch Gewährung von Baubefreiungen insbesondere bei Kleinwohn-

hausbauten. 8.) Durchgreifende Reform der Gebäudesteuergesetzgebung, vorerst Erwirkung einer weitgehenden Steuerbefreiung für Kleinwohnhausbauten. 9.) Regelung des Kastellwesens. 10.) Erwirkung einer Ermäßigung der staatlichen Vermögensübertragungsgebühren. 11.) Aenderungen der gesetzlichen Bestimmungen über das Hypothekarkreditwesen in der Richtung, daß eine Heranziehung der Kreditinstitute zur Belehnung von Liegenschaften in größerem Umfange als bisher und eine Verbesserung der Belehnungsverhältnisse erzielt wird. 12.) Unterstützung der gemeinnützigen Bautätigkeit seitens der Gemeinden durch Ueberlassung von Grund und Boden unter Festsetzung solcher Bedingungen, welche die Schaffung gesunder und billiger Wohnungen gewährleisten.

Er beantragt schließlich noch nachstehende das Erbbaurecht betreffende Resolution:

Die zur Redaktion des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches eingesetzte Kommission wird ersucht, im Rahmen ihrer Arbeit dem Rechtsinstitut des Erbbaurechtes mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden, und für den Fall als eine Erledigung der Arbeiten über das bürgerliche Gesetzbuch in nächster Zeit nicht zu erwarten ist, ehestens eine separate Gesetzesvorlage für das Rechtsinstitut des Erbbaurechtes in Vorlage zu bringen. Der Vortragende erntet für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

GR. Dr. Jäger (Linz) weist auf die Notwendigkeit einer gesunden Grundpolitik auch für die kleineren Städte hin und meint, daß alle Vorschläge nichts nützen, wenn nicht das Bauen eines Hauses rentabel gemacht wird. Wenn ein Haus nur soviel trägt, als ein Papier oder noch weniger, werde sich niemand zu einem Hausbau entschließen. Er bemerkt dann daß die Begeisterung für die Wertzuwachsabgabe hauptsächlich mit Rücksicht auf die in Deutschland gemachten Erfahrungen - schon bedeutend zurückgegangen ist und bezeichnet als gutes Mittel, um der Unrentabilität der Bauten zu begegnen die Hinaufsetzung der Grenze der Papillarsicherheit. Ein wichtiger Punkt wäre auch, die Herabsetzung der Gebäudesteuer. Jedoch dürfen man dieselbe nicht bei bereits bestehenden Häusern einführen, da hiedurch der Wert der Häuser in die Höhe ginge, es müsse vielmehr getrachtet werden, eine ausgedehnte Steuerbefreiung für neue Häuser zu erwirken. Der Redner wendet sich dann gegen den Punkt, 10 betreffend die Erwirkung einer Ermäßigung der staatlichen Vermögensübertragungsgebühren, weil einzelne Städte selbst anstreben, daß sie eine Abgabe von Immobilien einheben können. Redner stellt

schließlich einen diesbezüglichen Antrag, auf Streichung des Punktes 10.

GR Dr. Stich (Wien) beantragt die Fassung des Punktes 7 in der Weise, daß er zu lauten hat: 7. Änderung der Bauordnungen durch Gewährung von Bauerleichterungen insbesondere von Kleinwohnungsbauten.

Ueber Antrag des GR Dr. Norst (Czernowitz) wurde die Debatte geschlossen.

Zu Punkt 8 stellt GR W. Edler von Dietrich (Klagenfurt) den Antrag, die Regierung sei aufzufordern, in erster Linie eine entscheidende Reform der Gebäudesteuer durchzuführen, bzw. dem Abgeordnetenhaus vorzulegen. (Dieser Antrag wurde bei der Abstimmung nach erfolgter Aufklärung durch den Referenten zurückgezogen.)

STR Rain (Wien) trat gegenüber den Ausführungen des GR Dr. Jäger (Linz) für die Beibehaltung des vom Referenten beantragten Punktes 10 ein, worin die Erwirkung einer Ermäßigung der staatlichen Vermögensübertragungsgebühren verlangt wird, und verlangt eine Reform der Gebäudesteuer nicht nur für Neubauten, sondern auch für ^{die alten} ~~bestehenden~~ Häuser.

GR Pilawka beantragt auf Grund der in seiner Stadt gemachten günstigen Erfahrungen, die Übernahme der Haftung der Stadtgemeinde für Baudarlehen bis zu einer Höhe von 75 % des durch Schätzung gefundenen Bauwertes des Hauses.

Nach dem Schlußworte des Referenten VB Hoß wurde zur Abstimmung geschritten und die Anträge einschließlich der Resolution unverändert, und Punkt 7 in der vom GR Dr. Stich beantragten Fassung angenommen. Der Antrag Pilawka wurde abgelehnt. Zum Schluß spricht STR Schwer über Denkmalpflege und bittet das Präsidium sein zu ermächtigen, nachstehende Resolution dem Präsidium des österreichischen Abgeordnetenhauses zu übermitteln:

Viele Städtevertretungen haben die Wahrnehmung gemacht, daß sich der Antiquitätenhandel in immer weiterem Umfange der historischen Denkmäler, Gedenktafeln, Skulpturen und Häuserwahrzeichen bemächtigt, die obschon im Privatbesitz doch dem Stadtbilde zur Zierde gereichen und gleichsam mit der Stadtgeschichte verwachsen sind. Diese Gegenstände werden auf den Antiquitätenmarkt gebracht, dort zu hohen Preisen an Privatsammler veräußert und so für immer der Öffentlichkeit entzogen. Solche bedauerliche Fälle haben sich erst kürzlich wieder in Wien ereignet, ohne daß der Gemeinde irgendwelche Mittel zur Hand gestanden wären, den Unfug zu verhindern und die betreffenden Wahrzeichen dem Stadtbilde zu erhalten. Es ist kein Zweifel, daß die Entfernung solcher Wahrzeichen, welche der Kunstsinn und die Pietät der Vorfahren geschaffen hat, die

Eigenart unserer Städte schädigt und die Heimatliebe, die an Ueberlieferung hängt, verletzt. Ueberall regt sich denn auch das Bestreben nach Erhaltung solcher Denkmale in der richtigen Erkenntnis, daß intensive Heimatspflege von unschätzbarem Werte für die Erhaltung und Erweckung der Heimatliebe und dadurch der Liebe zum Vaterlande ist. Auch der eifrigste Wille hierzu muß aber machtlos bleiben, ins solange er nicht durch geeignete Gesetze unterstützt wird, welche ihm die Mittel zu wirksamer Betätigung geben. Solche Gesetzesentwürfe liegen den gesetzgebenden Körperschaften bereits seit längerer Zeit vor. Da nun jeder Tag neue Verluste an wertvollen Wahrzeichen der Heimat bringt, sprechen die am VIII. österreichischen Städtetag vertretenen Statutargemeinden die Bitte aus: Das Präsidium des hohen Abgeordnetenhauses wolle verfügen, daß diese Gesetzesentwürfe ehestens der Beratung und Beschlußfassung unterzogen werden.

Diese Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Bürgermeister Berger von Salzburg schritt dann zum Schluß des Städtetages. Er dankte den Referenten für ihre Mühewaltung, den Teilnehmer für ihre Ausdauer, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die heutigen Beschlüsse auch von maßgebender Seite die gebührende Würdigung finden möchten, ~~xxx~~ und dadurch dem österreichischen Städtetag jene Bedeutung zukomme, welche ihm gebührt und welche er auch endlich einmal finden muß. Besonderen Dank sagte der ~~xxxxxxx~~ Vorsitzende dem Bürgermeister Dr. Neumayer, dem die Städtevertreter es verdanken, daß sie heute hier zu ernster Beratung zusammengekommen sind. Zum Schluß gedenkt Bürgermeister Berger auch der Wiener städtischen Beamtenschaft und dankt ihr für die Mühewaltung in Abwesenheit der Veranstaltung des Städtetages. Schluß der Beratungen gegen 8 Uhr abends.

Bgm Dr. Neumayer dankt nochmals allen Teilnehmern für ihr Erscheinen und betont, es ~~xxx~~ seien zwei wichtige Zeitfragen, die heute hier beraten wurden, und sie spielen gerade in der Verwaltung der Stadt Wien eine besondere Rolle, weshalb er insbesondere danke. An die Beratungen schloß sich im Stadtratsitzungssaal ein gemeinsames Essen.

Wiener Rath s Korrespondenz
21. Oktober
mittags.

Zum 8. Oesterreichische Städtetag. Die Teilnehmer an dem 8. Oesterreichischen Städtetag, welcher gestern im Rathhause über wichtige städtische Angelegenheiten verhandelte, vereinigte nach Schluß der Beratungen ein gemeinsames Abendessen im Stadtratsitzungssaale. Während desselben gab Bürgermeister Dr. Neumayer nochmals seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Herren zu gemeinsamer Arbeit nach Wien gekommen sind. Wir freuen uns, sagte der Bürgermeister, daß die Beschlüsse, die gefasst wurden, von einer Einhelligkeit durchdrungen waren, die in vielen Vertretungskörpern nicht zu finden ist. Es beweist dies daß wir hier trotz der Verschiedenheit der Nationen und Parteibestrebungen willens sind, gemeinsame Kulturaufgaben durchzuführen. Alles was bisher auf den Wiener Städtetagen gearbeitet wurde, ist durchdrungen von einem ethischen Werte. Wenn auch der Erfolg sehr viel zu wünschen übrig läßt, so haben wir doch das Bewußtsein, daß wir das Beste gewollt. „In bonis rebus et voluisse, sat est“. Die Anregungen, die auf dem Städtetage gegeben wurden und die Ergebnisse der Beratungen sind derartige, daß wir gegenüber der Regierung und unseren Volksgenossen ruhig die Verantwortung übernehmen können. Wie Wiener preisen uns glücklich, daß wir heute die Vertreter der verschiedensten Nationen unseres Vaterlandes hier bei uns sehen. Wir anerkennen und achten jede Nationalität, insbesondere dann, wenn auch unsere Muttersprache und unsere Nationalität geachtet wird. In einem Reiche wie Oesterreich muß darnach getrachtet werden, daß Frieden zwischen den einzelnen Nationen besteht, insbesondere darf der Frieden in den Städten nicht gestört werden. Wir wünschen und hoffen, daß der 8. Oesterreichische Städtetag noch viele Nachfolger haben wird, und sind überzeugt, daß Sie stets mit demselben Vertrauen in die Metropole des Reiches kommen werden. und hier jedesmal die Einung finden, die in unserem Vaterland Oesterreich manchesmal vermißt wird aber endlich einmal doch wird gefunden werden müssen. Dr. Neumayer schließt mit einem beifällig aufgenommen Hoch auf die Gäste.
Bgm. Dr. Graf erwiderte, die Gäste müßten ihre Freude ausdrücken darüber, daß der Bürgermeister mit dem Präsidium der Stadt Wien sie zum Städtetag eingeladen habe; sie müßten herzlichst danken für die ihnen zuteil gewordene Gastfreundschaft, aber auch danken für die sorgfältige Vorbereitung der Referate durch deren gründliche Ausarbeitung es möglich war, daß der Städtetag in verhältnismäßig kurzer Zeit seine Arbeiten bescheiden konnte. Dr. Graf trinkt auf den Bürgermeister, die Stadträte und Referenten des Städtetages und die Beamten der Stadt

Wien.-

Magistratsdirektor Appel führte aus: Einst hatten sich die Städte zum gemeinschaftlichen Schutz gegen ~~die~~ drohende Kriegsgefahren verbunden und in der Hansa ~~haben~~ hatten sich eine Vereinigung gebildet, die den Interessendes Handels Pflege und Schutz gewährte. Gemeinämte Interessen führten zu diesen Bündnissen, die für das Aufblühender Städte von großer Bedeutung waren. Gemeinämte Interessen haben auch in der Gegenwart die Städte zu einem Bunde, - dem Städtetage- vereinigt. In dieser Institution verkörpert sich der Gesamtwille der autonomen Gemeinden; durch sie gewinnt die Gemeinsamkeit der Interessen den kräftigsten Ausdruck. Ohne jeglichen Parteustandpunkt, nur von dem Willen erfüllt, dem Wohle der Bevölkerung zu dienen, vereinigen sich von Zeit zu Zeit die Vertreter der Stadtgemeinden Oesterreichs zu gemeinsamen Beratungen und Beschlüssen. Mancherlei wertvolle Anregungen sind aus dem Oesterreichischen Städtetage hervorgegangen. Anregungen, die auf reichem Erfahrungen und Kenntnissen des modernen Lebens beruhen. So ist der Städtetag zu einem großen Kulturfaktor geworden, zu einem Organ des Fortschrittes, zu zu einem repräsentativen Körper, dessen Aufgabe es ist, das städtische und mittelbar auch das individuelle Interesse der Gemeindeangehörigen zu wahren und jedwede Gefährdung der autonomen Rechte abzuwehren. Schwere Pflichten sind den Städteverwaltungen heute auferlegt; sowohl dem Staate als auch der Gesellschaft gegenüber, und mit den steigenden Kulturbedürfnissen wachsen auch die Aufgaben der städtischen Gemeinden. Industrie, Handel, Gewerbe, Wissenschaft und Kunst sind die Elemente des städtischen Lebens und ihre Interessen sind auch mit jenen der Städte auf das innigste verbunden. In keiner Zeit aber ist der volkswirtschaftliche Charakter in der kommunalen Verwaltung so kräftig zutage getreten als in der Gegenwart, in der sich die Erkenntnis Bahngebrochen, daß es Aufgabe der Stadtgemeinden sei, nicht nur den augenblicklichen Bedürfnissen zu genügen, sondern auch den Blick in die Zukunft zu lenken und Werke zu schaffen, die auch späteren Generationen zu Nutz und Frommen gereichen.

In diesem Zeichen wirken auch Sie, und Ihre Beratungen geben von dem hingebenden Eifer Zeugnis, mit dem Sie die Ihnen anvertrauten städtischen Interessen zu vertreten bestrebt sind. „Viribus unitis“, dieser Wahlspruch unseres allgeliebten und weisen Kaisers ist ja auch der Ihre und mit inniger Befriedigung können Sie auch diesmal auf die Arbeit zurückblicken, die Sie zum Wohle Ihrer Mitbürger geleistet haben. Ich folge nur einem Zuge meines Herzens, wenn ich meine Worte in den Ruf ausklingen lasse: Hoch die freigewählten Vertreter des Oesterreichischen Städtetages!

Minister a. D. GR Dr. R. Weiskirchner sagte: Wenn ich heute als freigewählter Gemeinderat der Stadt Wien das Wort ergreife, so denke ich gerne an zwei Stadien meines Lebens zurück. Das erste Stadium umfaßt mehr als ein Vierteljahrhundert kommunaler Dienstzeit und das zweite ~~zwei~~ ^{zweieinhalb} Jahre Staatsbeamten Dienstzeit. Ich beschäftige mich zuerst mit der zweiten. Der Minister hat 2 glückliche Tage, den Tag der Ernennung und den der Demission. Der zweite ist der weitaus glücklichere. Mit großer Freude gedenke ich des ersten Stadiums meiner Dienstzeit und ich muß gestehen ich kann mir kaum für einen verständigen für einen denkenden für seine Volksgenossen fühlenden Beamten keinen schöneren Dienst denken, als den des Beamten der autonomen Bürgerschaft. Als ich vor 28 Jahren Vorlesungen über National-Oekonomie hörte, wurde mit viel Gelehrsamkeit der Grundgedanke vertreten, daß der Staat und die autonomen Körperschaften keinen Industrie-Betrieb führen dürfen. Und als wir, die wir hier vereinigt sind als städtische Beamte in die Praxis traten, da haben wir mit jugendlicher Frische und Uebermut alle gelehrten Theorien über Bord geworfen und uns auf städt. Betriebe eingerichtet. Wenn ich zurückdenke auf eine Zeit vor 40 oder 50 Jahren - welche Fülle von Aufgaben sind der Stadtverwaltung zugewiesen und wie hat sich ^u die Form der Verwaltung geändert. Es hat mich sehr gefreut, wie mein Nachfolger im Amte der freigewählten Vertreter der Städte gedachte. Ich fühle mich verpflichtet als freigewählter Vertreter hier meiner ehemaligen Kollegen im Gemeindedienste zu gedenken. Es würden die freigewählten Vertreter der Bürgerschaft nie jene Erfolge erzielen, wenn sie nicht treue Berater an ihrer Seite hätten und unermüdete Mitarbeiter, und nur in dieser glücklichen Verbindung von den Männern aus dem Volke, die die Anregungen bringen und dem Beamtentum, das den konservativen Teil in der Arbeit der Stadtvertretung darstellt, ergibt sich der Fortschritt der Städte. So erlauben Sie, daß ich auf meine liebsten ehemaligen Kollegen im Gemeindedienste trinke. Die treuen Berater des freien Bürgertums, die Beamten der Städteverwaltungen sie leben hoch. (Beifall).

NB. Kommenden Dienstag tritt der Gemeinderat wieder zu einer Sitzung zusammen. Als Hauptreferat steht auf der Tagesordnung die Verlängerung der Fortsetzung der Donauregulierung. Der Bericht liegt bei

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Samstag, 21. Oktober 1918

Die Hochzeit in Kais. erhaus. Anlässlich der Hochzeit im Kaiserhaushalt der Bürgermeister nachstehendes Schreiben an den Kultusdirektor Freiherrn von Schiesl gerichtet:
Im Namen der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gebe ich mit die Ehre, Euerer Exzellenz zu bitten, anlässlich der Vermählung Seiner k.u.k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Franz Josef mit ihrer königlichen Hoheit Zita von Bourbon, Prinzessin von Parma Sr. k.u.k. Apostolischen Majestät die untertänigsten Glückwünsche unterbreiten zu wollen.
Die Stadt Wien, welche gewohnt ist, mit dem Allerhöchsten Kaiserhause Freud und Leid zu teilen, begleitet den Schritt des erlauchten Paares zum Altare mit den aufrichtigsten Segenswünschen und bittet den Allmächtigen um Schutz und Schirm für dasselbe. Möge Gottes Segen auch fürdar walten über Oesterreich und meinem geliebten Erzhause! - Ein ähnliches Schreiben erging an den Altgrafen Salm, den Obersthofmeister der Bräutigam-Mutter, der Erzherzogin Maria Josefa. - Ein drittes Schreiben, an den Kammervorsteher des Erzherzogs Karl Franz Josef, Prinz Zdenko Vinzenz von Lobkowitz hat folgenden Wortlaut: Die k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien unterbreitet Sr. k.u.k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Franz Josef und Ihrer königlichen Hoheit Prinzessin Zita von Bourbon, Prinzessin von Parma anlässlich höchst Ihrer Vermählung die ehrerbietigsten Glückwünsche. Indem ich Euer Durchlaucht bitte, dem erlauchten Paare diese Glückwünsche gütigst vorzutragen zu wollen, gebe ich im Namen der Stadt Wien der Hoffnung Ausdruck, daß dieser neue Bund für alle Zeiten von Segen des Allmächtigen begleitet und geschützt sei vor allen Fährnissen des Lebens.

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat tritt in der kommenden Woche am Dienstag, um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 14 Geschäftsstücke. Der Stadtrat hält 3 Sitzungen ab und zwar Dienstag, Mittwoch und Donnerstag vormittags. Dienstag vormittags 9 Uhr findet in der Votivkirche die vom Bürgerklub des Wiener Gemeinderates veranstaltete Gedenkmesse für den verstorbenen Bürgermeister Dr. Lueger statt. An diesem Tage hätte Bgm. Dr. Lueger sein 67. Lebensjahr vollendet. - Montag abends tritt der Bürgerklub zu einer Beratung zusammen.

Zum Bau des städt. Museums auf der Schmelz. Der Bezirksvorsteher des 7. Bezirkes, kais. Rat Weidinger hat an StR. Schwer nachstehendes Schreiben gerichtet: Die Bezirksvertretung Neubau hat in ihrer Sitzung vom 12. Oktober 1911 den einstimmigen Beschluß gefaßt, Euer Hochwohlgeboren für Ihre mühevollen Aufopferung und für ihr strammes Eintraten, wodurch das Projekt eines Museumsbaues auf der Schmelz der Verwirklichung entgegensteht, den Dank der Bezirksvertretung Neubau auszusprechen. In Ausführung dieses Beschlusses bitte ich Euer Hochwohlgeboren diesen Dank zur gefälligen Kenntnis nehmen zu wollen und zeichne mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung kais. Rat und Bezirksvorsteher Franz Weidinger.

Verein marktbesuchender Kaufleute. Der Verein der marktbesuchenden Kaufleute in Wien hat im vorigen Jahre anlässlich des 80. Geburtstages seiner Majestät telegraphisch die Glückwünsche des Vereines zum Ausdruck gebracht. Vor kurzem erhielt nun der Verein folgendes Dekret des Bürgermeisters Dr. Neumayer: An das geehrte Präsidium des Vereines marktbesuchender Kaufleute! Seine Exzellenz der k.k. Statthalter in Gesterreich unter der Enns hat im Allerhöchsten Auftrage für die vom Vereine der marktbesuchenden Kaufleute anlässlich des 80. Geburtstages Seiner Majestät telegraphisch zum Ausdruck gebrachten alleruntertänigsten den Beteiligten den Allerhöchsten Dank bekannt gegeben. Hievon setze ich das geehrte Präsidium zufolge Erlasses des k.k. n. 8. Statthalters vom 22. September 1911 in Kenntnis. - Die Mitteilung von diesem Allerhöchsten Danke wurde in der letzten General-Versammlung des Vereines mit Begeisterung zur Kenntnis genommen.

Allerheiligenverkehre. Für den Straßenbahnverkehr zu Allerheiligen gelten folgende Bestimmungen: Am 22. Oktober, vom 25. Oktober bis einschließlich 5. November l. J. werden an schönen Nachmittagen direkte Züge vom Schottentor über Ring - Rennweg und von der ehemaligen Mariahilferlinie über Reinprechtsdorferstraße - Geiselbergstraße zum Zentralfriedhof geführt werden. Am 30. und 31. Oktober, 1. und 2. November fahren von allen Bezirken direkte Straßenbahnzüge nach dem Zentralfriedhof. Die jeweilig zulässige Vermehrung wird in den einzelnen Wagen bekannt gemacht. - Vom 25. Oktober bis 5. November werden die Haltestellen zum Zentralfriedhof vpm Schwarzenbergplatz über Rennweg, sowie von der Wollzeile über die Landstraße Hauptstraße und umgekehrt an den Umsteigplätzen immer, sonst nur nach Bedarf eingehalten. Am 29. Oktober und 1. November werden auf der Simmeringer - Hauptstraße die Haltestellen Dampfuhlgasse, Geystraße, Enkplatz, Krausgasse und Staatseisenbahnviadukt in beiden Fahrtrichtungen ganz aufgelassen. Am 29. Oktober und 1. November von 1/2 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends, ferner am 31. Oktober und 2. November von 1 Uhr mittags bis 8 Uhr abends wird die Haltestelle Friedrich und Haaga (Neugebäude) aufgelassen und die Zonengrenze 4/5 zum Betriebsbahnhofe

Simmering verlegt. An den Haupttagen findet von dem 3. Tore des Zentralfriedhofes aus keine Personenbeförderung statt. Die Endstation der Straßenbahn für die Hinfahrt ist das Tor 2 (Haupttor) des Zentralfriedhofes. Für die dort ankommenden Fahrgäste der Straßenbahn stehen 2 Tunnel zur Verfügung, durch welchen der Vorplatz vor dem Friedhof direkt erreicht wird. Das Einsteigen für die Rückfahrt erfolgt für alle über Geiselbergstraße und Fasangasse nach Favoriten und über Rennweg - Ring fahrenden Wagen auf dem Vorplatze vor dem 2. Tore. Die Wagen, welche über die Landstraße und den Kai fahren, haben einen besonderen Aufstellungsort zwischen dem 2. und 3. Tore und halten auf dem großen Vorplatze nicht mehr an. - Am 29. und 30. Oktober, dann am 1. und 2. November wird der Verkehr nach Schwechat in der Zeit von 1/2 3 Uhr bis 6 Uhr nachmittags gänzlich eingestellt. Es wird dringend empfohlen, am 29. Oktober und 1. und 2. November die Hinfahrt zwischen 11 und 1 Uhr mittags und die Rückfahrt bis 1/2 3 Uhr nachmittags anzutreten. Am 29. Oktober und 1. November gilt der 20 Heller Tarif für die Rückfahrt vom Zentralfriedhofe ausnahmsweise bis 2 Uhr nachmittags. Das Ueberschreiten der Gleise ist auf der ganzen Strecke zwischen dem Bahnhof Simmering und dem 3. Tore des Zentralfriedhofes behördlich verboten. Sämtliche zum Friedhof fahrenden Wagen tragen Kranzzeichen. - Am 1. November verkehren die elektrischen Züge der Linie 31 von Betriebsbeginn bis 7 Uhr 30 abends und am 2. November von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr 30 abends ab Augartenbrücke nur bis Floridsdorf am Spitz, dafür wird ein direkter Verkehr der Dampfstraßenbahn von Floridsdorf am Spitz nach Stammersdorf (Friedhof) eingeleitet werden. In allen anderen Friedhöfen wird der Verkehr auf allen fahrplamäßigen Linien entsprechend verstärkt werden.

Städtische Straßenbahnen. Infolge Rekonstruktion der Adlerbrücke über den Schwechaten Werkbach im Zuge der Kaiserbenedictsdorferstraße im 11. Bezirk wird auf die Dauer der Rekonstruktionsarbeiten der Verkehr der städt. Autobusse nur bis zur Zinnergasse geführt.

Approvisionnement. In der letzten Stadtratssitzung referierte StR. Wesely über den Dringlichkeitsantrag des StR. Schwer wegen Besserung der Viehverhältnisse in Bosnien und der Herzegovina und beantragte dem Ministerpräsidenten die in diesem Dringlichkeitsantrage angeführten Tatsachen mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen, daß unverzüglich diejenigen Maßnahmen in Angriff genommen werden, welche eine Hebung und rationelle Förderung der Viehzucht in den beiden agrarischen Ländern verbürgen. Der Antrag wurde genehmigt.

Umbenennung von Straßen. In der letzten Stadtratssitzung referierte StR. Brauns über den Antrag der GRe. Farnoch, Brenner, Philp und Göttschen wegen Durchführung der Umbenennung von bereits benannten Straßen nur in allerdingendsten Fällen und stellte den Antrag, den Magistrat aufzufordern, Umbenennungen von Gassen, Straßen und Plätzen nur in den allerdingendsten Fällen zu beantragen, bezw. durchzuführen. Dem Antrage wurde zugestimmt.

Die Vortragsession im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein. Mit einem Vortrage des Prof. dipl. Ing. A. Birk über „Die Zukunft unserer technischen Hochschulen“ wird Samstag den 28. d.M. die Saison des Oesterreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines eröffnet. Das Thema berührt in aktueller Weise Fragen von eminenter Bedeutung für Wirtschaft und Kultur und leitet die Veranstaltungen des Vereines in würdiger Art ein. Aus der Reihe der bis Ende des Jahres stattfindenden Vorträge seien als auch für weitere Kreise interessant hervorgehoben: „Deutschlands Hoch- und Untergrundbahnen“ (Dr. F. Steiner, 11. November), „Der Stil in der Architektur der Gegenwart“ (Dr. St. Fayans, 18. Nov.), „Neuerungen auf dem Gebiete der Photogrammetrie“ (Oberleutnant H.R. von Orel, 2. Dezember). Außerdem werden, wie bekannt, auch im Rahmen der innerhalb des Vereines bestehenden Fachgruppen beachtenswerte Vorträge abgehalten, die sich mit Angelegenheiten rechtlicher, wirtschaftlicher, kultureller Art etc. befassen.

HOCHLOEBLICHE REDAKTION! UM FREUNDLICHE AUFNAHME DIESER NOTIZ BITTET HÖFLICHEST SEKTIONSCHEF DR. RITTER VON BERGER.

Umbenennung von Straßen. In der letzten Stadtratssitzung referierte StR. Brauns über den Antrag der GRe. Farnoch, Brenner, Philp und Göttschen wegen Durchführung der Umbenennung von bereits benannten Straßen nur in allerdingendsten Fällen und stellte den Antrag, den Magistrat aufzufordern, Umbenennungen von Gassen, Straßen und Plätzen nur in den allerdingendsten Fällen zu beantragen, bezw. durchzuführen. Dem Antrage wurde zugestimmt.

NB. Der heutigen Ausgabe unserer Korrespondenz liegt eine Kundmachung des Magistrates, Abt. 4 über den Allerheiligenverkehr zum Zentralfriedhofe bei.

408

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
23. Oktober vorm.

Gedenkmesse für Dr. Lueger. Morgen (Dienstag) hätte Bürgermeister Dr. Karl Lueger sein 67. Lebensjahr vollendet. Anlässlich der Wiederkehr des Geburtstages veranstaltet der Bürgerklub des Wiener Gemeinderates in der Votivkirche eine feierliche Gedenkmesse. Dieselbe wird um 9 Uhr vormittags abgehalten.

Zur Hochzeit im Kaiserhause. In Beantwortung des Glückwunschs des Bürgermeisters Dr. Neumayer hat der Kabinettsdirektor nachstehende Zuschrift dem Genannten zu gehen lassen: Seine k. und k. Apostolische Majestät haben die von Euer Hochwohlgeboren im Namen der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich der Vermählung Seiner k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzhersogs Karl Franz Josef mit Ihrer königlichen Hoheit der durchlauchtigsten Prinzessin Zita von Parma dargebrachten Glückwünsche mit aufrichtiger Befriedigung entgegenzunehmen und mich allergnädigst zu beauftragen geruht, Allerhöchstihrem herzlichsten Danke für die neuerlich bekundete treue Anteilnahme der Stadt Wien an allen das Allerhöchste Kaiserhaus betreffenden Ereignissen Ausdruck zu geben. Indem ich die Ehre habe, diesem Allerhöchsten Befehl hiemit zu entsprechen, bitte ich Euer Hochwohlgeboren die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegennehmen zu wollen. Schließl.

Die Wünsche der Handarbeitslehrerinnen. Namens des Vereines der Handarbeitslehrerinnen an den Bürgerschulen Wiens sprach Frau Pösch beim VB. Hoß und beim Schulreferenten StR. Tomola vor mit der Bitte, die vom letzteren in der Gemeinderatsitzung vom 17. März d. J. in Aussicht gestellte Regulierung ehebaldigst durchzuführen zu wollen. Die Herren waren sehr entgegenkommend und versprochen, die Vorlage, sobald sie von den städtischen Aemtern ausgearbeitet ist, in den Gemeinderat zu bringen und dann die Genehmigung in der nächsten Landtags Session zu erwirken.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des VB. Hoß ernannt: im Status des Konseptionsamtes den Vize-Direktor Leopold Weigl zum Direktor; im Status des Zentralwahl- und Steuerkatasters Wilhelm Berhandtzky und Josef Mik zu provisorischen Akzessisten; im Wasserbezugsrevisorsrat Anton Krpeneky zum Wasserbezugsrevisor erster Klasse, Oskar Grünauer zum Wasserbezugsrevisor zweiter Klasse.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des VB. Hoß dem Ansuchen des Vorstandes des Lagerhauses der Stadt Wien Gustav Hanslik um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Vom Brauhaus der Stadt Wien. Der Stadtrat beschloß nach einem Bericht des StR. Oppenberger die Anschaffung von 1000 Stück Transport - Kleingebinden a 1 hl, 4000 Stück Kleingebinden

zu $\frac{1}{2}$ hl und 5000 Stück Kleingebinden zu $\frac{1}{4}$ hl zum Gesamtpreis von 131.000 K für das Brauhaus der Stadt Wien. Der mit Gemeinderats Beschluß vom 2. Juni l. J. genehmigte und bereits in Angriff genommene Bau von 4 neuen Lagerkeller-Abteilungen, weiters die natürliche Entwicklung des Geschäftes selbst und die erhöhte Nachfrage nach dem städt. Bräu bringen es mit sich, daß auf die Nachschaffung der erforderlichen Kleingebinde Bedacht genommen werden muß.

Eine Versammlung von Gewerbetreibenden in Döbling. Kürzlich veranstaltete die Ortsgruppe Döbling im Gasthause des Herrn Oehrlein in der Würthgasse eine Versammlung, zu der nur die Gewerbetreibenden jenes Teiles von Oberdöbling eingeladen waren; denn der Gewerbebund veranstaltet zunächst solche Sektionsversammlungen in allen Bezirken Wiens. Der Besuch der Oberdöblinger Versammlung war ein sehr guter. Der Vorsitzende, Bezirksrat Schönwetter, begrüßte die Versammlung und gab insbesondere seiner Freude Ausdruck, daß in der Mitte der Versammlung sich der Präsident des Gewerbebundes, Stadtzimmermeister Baudouin befand. In herzlicher Ansprache würdigte er die Verdienste Baudouins um die Ortsgruppe Döbling, welche den Bestand und ihre maßgebende Stellung im Bezirke der zielbewußten Tätigkeit des Ortsgruppenobmannes Baudouin zu verdanken habe. Die Döblinger Gewerbetreibenden fühlten sich durch die Wahl dieses Mannes aus ihrer Mitte zum Bundespräsidenten geehrt und freudig bewegt. (Beifall). Bundessekretär Franz Hainzlmayr referierte über die letzte Generalversammlung und besprach in eingehender Weise einzelne Beratungsgegenstände, so die Schaffung eines Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb. Der Gewerbebund stünde heute - Gott sei Dank - vollständig unabhängig da. „ Wir bleiben“ rief der Redner, „ auf deutscher und christlicher Grundlage und haben nur eine Aufgabe im Auge: das Interesse des Gewerbestandes! Unsere Losung lautet: Gewerbe ist Trumpf!“ (Zwischenrufe: Wir wollen eine deutsche christliche Gewerbepartei!) - Als Präsident Baudouin nun das Wort ergreifen wollte, kam es zu herzlichen Kundgebungen für den neuen Bundespräsidenten. Auf die früheren Zwischenrufe reagierend, betonte Präsident Baudouin die Notwendigkeit einer solchen deutschen christlichen Gewerbepartei, die sich als höchstes Ziel eine wirkliche Gewerbepolitik und keine persönliche Parteipolitik setze. (Demonstrativer Beifall). Wenn wir deutschchristliche Gewerbetreibende in diesen schwierigen Zeiten zunächst auf unsere ureigensten Interessen bedacht sind, so tun wir nur unsere Pflicht uns und unseren Kindern und dem ganzen Gewerbebestande gegenüber. Während alle anderen großen Stände in der egoistischsten Weise auf politischem und wirtschaftlichen Gebiete ihre Interessen geltend machen, vermissen

wir dies leider beim Gewerbebestande. Das Bedürfnis aller einsichtsvollen Elemente im Gewerbebestande zu einem Zusammenschlusse, zu einer großen deutschchristlichen Gewerbepartei, welche in Wien ihren Hauptsitz hat, sei aber vorhanden. Der „ Deutsch-österreich Gewerbebund“ müsse dieser Sammelpunkt werden. Wenn wir also handeln, kehren wir nur auf unser altes, ursprüngliches Programm Leugers zurück. (Stürmischer Beifall). Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Präsident Baudouin auf das großzügige Gewerbeprogramm, welches er bei der Generalversammlung vom 8. Oktober im Wiener Rathause entwickelte, zu sprechen, das allgemein Zustimmung und Anklang fand. Als Baudouin seine Rede schloß, kam es zu neuerlichen Ovationen für den glänzenden Redner. Ueber die verschiedenen Punkte der Referate der bei den Redner entwickelte sich hierauf eine sehr angeregte Diskussion. Alle Redner ohne Ausnahme, die nun folgten, begehrten energisch die Gründung einer solchen deutschen christlichen Gewerbepartei, die unverzüglich in Angriff zu nehmen sei. Es sprach Kaufmann Hanftl über die Handelskammerratswahlen, bei denen die Wahl des Obmannes des Vereines gelernter Kaufleute, des Herrn Ratz energisch zu unterstützen sei. (Beifall). Malermeister Trefay wandte sich scharf gegen das Konsumvereinswesen und Jalousienherzeuger Padinovsky gegen die Protektionswirtschaft bei Vergebung von Lizenzen und Konzessionen. Kaffeehändler Gotsch besprach in groß angelegter Weise mit Hinweis auf die Wirtschaftspolitik anderer Staaten, insbesondere Englands die Notwendigkeit, daß eine solche Politik auch in Oesterreich schärfer in den Vordergrund gestellt werde. Die Gründung einer Gewerbepartei in Wien, welche dann auch auf die Provinz übergreifen müsse, sei heute für den Gewerbebestand eine Lebensfrage. (Beifall). Schuhmacher Rossmann beschwert sich über das Submissionswesen, wie es manchmal von den Behörden gehandhabt wird und verurteilt das Vorgehen der Döblinger Bezirksvertretung gegenüber den kleinen Schuhmachermeistern bei Vergebung der Weihnachtsarbeiten. - Nachdem Installateur Spieß einige gewerbliche Bezirksfragen besprochen, wurde einstimmig beschlossen, einen neuen deutschchristlichen Wählerverein für Döbling zu gründen, dessen Kern die Döblinger Gewerbetreibenden sein sollen, der aber den ganzen Mittelstand von Döbling umfassen soll. (Lebhafter Beifall). In vorgerückter Stunde wurde diese, für die weitere politische Entwicklung Wiens wichtige Versammlung, die einen sehr schönen Verlauf nahm geschlossen.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Montag den 23. Oktober 1911, abends.

Erbauung der Wienerwaldbahn von Wien bis St. Pölten im Anschlusse an die Mariazellerbahn.

GR Steiner wird in der morgigen Gemeinderatsitzung nachstehenden von fast sämtlichen Mitgliedern des Bürgerklubs mitgezeichneten Antrag einbringen:

Das große Gebiet des Wienerwaldes südlich der Donau bis zur Terrasse der Westbahn zählt mit seinen bedeutenden Naturschönheiten und den herrlichen Aussichtspunkten zu den beliebtesten Ausflugsorten der Wiener Bevölkerung. Trotz des Mangels an einem geeigneten Verkehrsmittel weisen diese Gegenden heute schon einen regen-touristischen Verkehr auf, der jedoch noch nicht jene Höhe erreicht hat, die für den erholungsbedürftigen Städter notwendig ist, da zu dem Eindringen in die inneren Teile des Gebietes oft Halbtagsmärsche und noch längere Touren erforderlich sind. Es fehlt eben die direkte und rasche Verbindung mit der Stadt. An den westlichen Abhängen dieses Teiles des Wienerwaldes breitet sich eine fruchtbare Ebene aus, die gleichfalls bloß an ihren Rändern Bahnverbindungen besitzt, während aus ihrem Herzen heraus, die Bodenerzeugnisse lediglich mit Fuhrwerk verführt werden können. Es kann daher auch die Landwirtschaft dortselbst nicht jenen Aufschwung nehmen, der insbesondere für die Approvisionnement Wiens geradezu ein Gebot der Notwendigkeit ist. Diese Ebene ist durch ihre verhältnismäßig geringe Entfernung von Wien und ihre große Fruchtbarkeit von Natur aus geschaffen, eine Lebensmittellammer für die Millionenstadt zu sein. Jetzt schon bringen die Landwirtschaftlich Bevölkerung einen Teil ihrer Produkte auf den Wiener Markt; allein der große Umweg mit den bestehenden Bahnen oder die lange Fahrt mit dem Pferdefuhrwerk, mit dem überdies nur verhältnismäßig geringe Quantitäten befördert werden können, sind für die schnelle und ausgiebige Versorgung der Stadt ganz unzureichend. Das stete Anwachsener Großstadt, das einen immer zunehmenden Bedarf an Lebensmitteln mit sich bringt, erfordert eine zweckmäßige Bahnverbindung, die durch die schnellste Realisierung des Projektes der Wienerwaldbahngeschaffen werden kann. Diese Bahnlinie würde bei ihrem Austritte aus dem eingangs erwähnten Teile des Wienerwaldes von Sieghartskirchen die Ebene ^{bis} von St. Pölten der Länge nach durchschneiden und allen Bewohnern der zahlreichen Ortschaften an der Trasse eine rasche und reichliche Verfrachtung ihrer Bodenprodukte und anderer Lebensmittel nach der Stadt ermöglichen. Ein ausgiebigeres Feld für die Approvisionnement der Reichshauptstadt als das erwähnte kann wohl, nicht gedacht werden.

Durch den Anschluß an die n. Ö. steirische Alpenbahn werden aber noch weitere Vorteile für Wien erricht:
Im abgelaufenen Jahre wurden von der Mariazellerbahn 1.033.000 Liter Milch, 900.000 kg Kartoffel, Obst und verschiedenes Getreide, 1400 Stück Horn- und Borstenvieh und 12.000 kg Brennholz nach Wien verfrachtet. Alle diese Güter mußten in St. Pölten von der Schmalspurbahn auf die vollspurige Westbahn umgeladen werden, eine Manipulation, die nicht nur den Transport verzögert, sondern auch verteuert und gewiss nicht dazu angetan ist, die Verfrachtung auf die erstrebenswerte Höhe zu bringen. Durch den Anschluß der Wienerwaldbahn würden hingegen Güter direkt, ohne zeitraubende Umladung und zu einem billigeren Tarife nach Wien geführt werden können, und es ließen sich daher auch die gleichfalls sehr fruchtbaren Gegenden am Beginne der Mariazellerbahn besser zur Approvisionnement Wiens heranziehen. Schließlich ist von der Trasse der Wienerwaldbahn bei Kapelln noch ein Flügel nach Krems und mit diesem durch die Bahn nach Gföhl eine direkte Verbindung des Waldviertler Landesbahnnetzes mit Wien projektiert. Eine solche Bahnverbindung bedeutet vom Standpunkte der Fleischversorgung geradezu eine Lebensfrage für die Reichshauptstadt. Das Waldviertel, mit seinen ausgedehnten Bergwiesen ist zur Viehzucht geschaffen, wie kein anderer Landesteil. Es bedarf nur einiger Fürsorge der maßgebenden Faktoren des Landes und Staates, um dort eine Aufzucht von Vieh ins Leben zu rufen, die die Stadt Wien reichlich mit Fleisch versorgen könnte. Eine Aktion zur Hebung der Viehzucht ist ja, wie aus den Debatten des Reichsrates hervorgeht, im Zuge. Hat nun das innere Waldviertel auch eine gute und direkte Verbindung mit Wien, so kann es bei rationeller Viehwirtschaft der städtischen Bevölkerung das geben, was diese jetzt mangels einer geeigneten und ausgiebigen Zufuhr entbehrt. Dies ist in großen Zügen der die Wichtigkeit der Wienerwaldbahn für die Approvisionnement der Stadt. Diese Bahnhat aber auch noch auf einem anderen aktuellen Gebiete der sozialen Fürsorge eine enorme Bedeutung. Das Projekt sieht von Wien bis Sieghartskirchen, also im wald- und bergreichen Gebiete des Wienerwaldes eine zweigleisige Strecke vor, da in diesem Teile mit einem großen Andränge von Ausflüglern zu rechnen sein wird. Es wird sich hier durch Einschaltung von Lokalzügen und mit der elektrischen Traktion ein dichter und sehr rascher Verkehr von und nach der Stadt abwickeln. Die natürliche Folge hievon ist, daß sich an der Trasse nicht nur unmittelbar bei der Stadt sondern auch weiter hinaus viele Familien ansiedeln werden, da ihnen bequeme Gelegenheit geboten wird, ihrem täglichen Berufe nach zuzugehen

verbunden mit einem gesunden Wohnen außerhalb der Stadt. So wie an jedem anderen aus der Stadt führenden Bahn Wohnhäuser und Villen entstanden sind, die das ganze Jahr hindurch bewohnt werden, wird es auch hier geschehen, und die Bahn wird die Lösung eines der wichtigsten sozialen Probleme der Wohnungs-fürsorge zum nicht geringen Teile dienen. Alle diese Momente sind so gewichtiger Natur, daß der eheste Ausbau der Wienerwaldbahn für die Stadt Wien nunmehr eine absolute Notwendigkeit geworden ist. Die Verfächtigten stellen daher folgenden Antrag:

- 1.) Der Gemeinderat spricht sich im Hinblick auf die außerordentliche Wichtigkeit der Wienerwaldbahn für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für die eheste Erbauung dieser Bahn aus.
- 2.) Der Herr Bürgermeister wird ersucht, beim Landesausschusse des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns alles erforderliche zu veranlassen, damit dem n. Ö. Landtage bei seinem nächsten Zusammentritte eine Vorlage auf Realisierung des Bahnprojektes Wien - St. Pölten zur Beschlussfassung unterbreitet werde.

Aus dem Bürgerklub. Unter dem Vorsitze seines Obmannes des GR und Oberkurators Steiner hielt der gemeinderätliche Bürgerklub heute abends im Rathaus eine Sitzung ab, in welcher VB Hofsein auf der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatsitzung stehendes Referat über die Fortsetzung der Donauregulierung erstattete. Nach längerer und eingehender Debatte, an der sich VB Dr. Porzer und die GRs Huschauer, Oppenberger, Angeli, Knoll und Steiner beteiligten, wurde der Beschluß gefasst, von Seite der Mitglieder des Bürgerklubs den Abträgen des Referenten in der morgigen Gemeinderatsitzung zuzustimmen.

411

WIENER RATHAUS K O R E S P O N D E N Z
24. Oktober 1911 vorm.

Gedenkmesse für Dr. Lueger. Zum 2. Male seit dem Tode Dr. Luegers wird sein Andenken an seinem Geburtstag (heute wäre der 67.) durch eine feierliche Gedenkmesse in der Votivkirche seitens des Bürgerklub^a des Wiener Gemeinderates begangen. Propstpfarrer Kanonikus Mord zelebrierte unter Assistenz der Pfarrgeistlichkeit die hl. Messe, bei welcher der Männergesangverein „Arminius“ (Vorstand GR. Kleiner) unter der Leitung des Chormeisters Prof. Mirus Schuberts „Deutsches Meßlied“ sangen.

Dem Gottesdienste wohnten bei:

Die Schwester des Verstorbenen Frl. Hildegard Lueger, Bgm. Dr. Neumayer, die Vize - Bürgermeister Dr. Porzer, Hierhammer mit Frau, ^{w.} Hoß, der Obmann des Bürgerklub^a Oberkurator Steiner mit seinen beiden Stellvertretern den Abgeordneten Regierungsrat Schmid und Leitner und den Schriftführern Philp und Breuer, zahlreiche Mitglieder der Wiener Bürgervereinigung mit der Fahne, an der Spitze der Präsident Bezirksvorsteher Abg. kais. Rat Weidinger und Frau, die Abgeordneten Dr. Schöpfer, Dr. Weiskirchner, Anderle, Spalowsky, Stary, Baumann, Ohrfandl, Schadek, Mender, Rienöbl etz, zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte, die Bezirksvorsteher kais. Rat Wieninger, Jägersberger, kais. Rat Thomas Porzer, Bergauer, Hruza, Kretschek, Anderer etz., Mag.-Direktor Appel mit den Omermag.-Räten Pohl und Asperger mit zahlreichen Mitgliedern des Magistrats-Gremiums, Bezirksamts-Leitern etz, Präsidial-Vorstand Formanek, Buchhaltungsdirektor Stieber, Marktdirektor Bauer, Hauptkassen Direktor Fritschner, die Direktoren der städt. Unternehmungen Spängler, Kirst, Sauer und Karel, Brand, Kanaleidirektor kais. Rat Mayer, für die Bezirksschulinspektoren die Herren Prof. Eibl, Homelatsch und Schmidt, Genossenschafts - Vorsteher Engelhart, Rathaukellerwirt Dombacher, Restaurateur Rudolf Wimberger, der ehemalige Gemeinderat Hanslik, der ehemalige Genossenschafts-Vorsteher Bitza, zahlreiche Funktionäre aus den einzelnen Bezirken, Bezirksräte, Armenräte, Ortsschulräte, Vertreter der Lehrerschaft, etz. etz.

Richtigstellung. In dem gestern abends ausgegebenen Antrag des GR. Steiner wegen Bau der Wienerwald Bahn Wien - St. Pölten in Anschluß an die Mariazeller-Bahn soll es bei der Aufzählung der Tarnsportleistung der Mariazeller Bahn richtige^e heiße, 12 Millionen Kilogramm Brennholz (Nicht 12.000 kg.)

Die Verbauung der Schmelz. Die Verbauung der Schmelz wird nunmehr ernstlich in Angriff genommen. In der letzten Stadtrats-Sitzung hat ~~der~~ StR. Brauneis die ersten Referate über Baubewilligungen für die ersten Neubauten auf der Schmelz u. zw. an der Schwenglerstraße, Schanzstraße und an der Hütteldorferstraße, erstattet. Die betreffenden Baubewilligungen wurden erteilt.

Zum 8. österreichischen Städtetag. Nachträglich langte an den österr. Städtetag nachstehendes Schreiben des Bürgermeisters von Suczawa ein: Die Stadtgemeinde Suczawa begrüßt die Organisation der Städte Oesterreichs gegen die unerträgliche Teuerung der unentbehrlichsten Artikel für die Lebensmittelbedürfnisse und schließt sich dieser, sowie dem von ihr gefaßten Beschlusse rückhaltlos an. Der Bürgermeister: Des Loges.

Ein Bild des Bürgermeisters. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des VB. Dr. Porzer den Ankauf des vom akademischen Maler Georg Teibler gemalten Oelportraits des Bürgermeisters Dr. Josef Neumayer.

Große Deputation der steirischen Zimmermeister im Parlamente. Die kritischen Verhältnisse im Zimmermeistergewerbe veranlaßten den Landesverband der Zimmermeister - Fachgenossenschaften in Steiermark, welcher aus 6 Genossenschaften besteht, beim Leiter des Handelsministeriums und bei den gewerbefreundlichen Abgeordneten durch eine Deputation, die heute im Parlamente vorsprach, ihre Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Der aus 30 steirischen Zimmermeistern bestehende Deputation, welche durch das Erscheinen in ihrer Nationaltracht bedeutendes Aufsehen hervorrief, gehörten an: Obmann Franz Steinklauber (Pragerhof), die Genossenschaftsvorstellungen der Innungen Graz: Anton Steinklauber, Leoben: Franz Streicher (Mürzzuschlag), Marburg: Johann Spes, Gleisdorf: Johann Kaiser Leibnitz: Johann Linnhart, Graz und Umgebung: Johann Rost; von jeder Genossenschaft waren außer den Vorstehern noch einige Mitglieder erschienen. Die Deputation wurde geführt von dem Obmann der Reichsorganisation Stadtzimmermeister Baudoin und dem steirischen HRA. Ein Spinner aus Graz und ihr schloßen sich der Obmann der Vereinigung der Zimmermeister Nieder - Oesterreichs Hofzimmermeister Biber und der Borsteher der Wiener Zimmermeister - Fachgenossenschaft Johann Trüster an, um das solidarische Vorgehen der Zimmermeister zum Ausdruck zu bringen. Der Leiter des Han-

delsministeriums nahm die Deputation in äußerst freundlicher Weise auf und zeigte für alle jene Anregungen, welche eine Verbesserung der bedrängten Lage der ~~der~~ steirischen Zimmermeister herbeiführen könnten, das größte Verständnis. Ganz besonders waren die durch den Landesverbandobmann Franz Steinklauber beigebrachten Belege für seine Exzellenz bestimmend, der Deputation die Versicherung zu geben, die angeführten Mängel genau untersuchen zu lassen und abzustellen. Die Mitglieder der Deputation bemerkten insbesondere, daß die Bedrohung der Existenz der steirischen Zimmermeister hauptsächlich ihren Grund darin hat, daß die Behörden und unterstellten Organe nicht im Sinne der herabgelangten Erlässe und Entscheidungen der Oberbehörden vorgehen und den Uebergriffen Unberufener - wenn nicht ruhig zusehen - so doch mit lächerlich geringen Strafen entgegengetreten. Das solidarische Vorgehen der gesamten steirischen Zimmermeister könne nicht ungestört verhalten, umso mehr als es sich hier um die Existenzen von staatsverhaltenden Betrieben handle. Die Deputation begab sich vom Parlamente in das Handelsministerium, um dem Sektionschef Müller alle im Memorandum angeführten Behelfe zu übergeben und ihn gleichfalls in die Sachlage einzuführen.

Das neue Fortbildungsschulgebäude. Nächsten Montag den 30. d. M. findet durch den Fürstbischöf Dr. ~~Wagl~~ die feierliche Einweihung des neuen Fortbildungsschulgebäudes 6. Bez. Molardg. 87 statt.

NE DIE EINLADUNGSKARTEN ZU DIESER FEIER GEHEN DEN P. T. REDAKTIONEN IN DEN NÄCHSTEN TAGEN ZU. EBENSÖ DIE EINLADUNG ZU EINER VORBEREITUNG DES GEBÄUDES DURCH DIE PRESSE, WELCHE PÜR FREITAG NACHMITTAGS 3 UHR ANBERAUMT IST.

WIENER STADTRAT.
Sitzung vom Montag, 24. Oktober 1911.
Vorsitzende VB. Dr. Porzer, VB. Hierhammer und VB. Hoß.

VB. Hierhammer beantragt die Arbeiten und Lieferungen für die Hausteophon-, Telegraphen- und Feuermeldeanlage im Kaiser Jubiläums-Spital der Gemeinde Wien der Firma Siemens & Halske A. G. zu übertragen. (Ang.)

Nach einem Bericht des VB. Hoß wird für die Herausgabe einer Spezialnummer des Blattes „The Illustrated London News“ über Wien und Umgebung ein Beitrag von 6500 K bewilligt.

Nach einem Bericht des Bürgermeisters Dr. Neumayer wird der k. und k. Hofjagdleitung Aspern bewilligt, im Revier Lobau im Angelnais eine Hochwildfutterkrippe aufzustellen. - Dem ebenfalls vom Bürgermeister vorgelegten Forstkulturantrag für das Fondsgut Spitz pro 1911 wird zugestimmt. Die Gesamtkosten betreffen sich mit 1690 K.

Nach einem Bericht des StR. Hermann wird die Schadloshaltung für den zur Straße abzutretenden Grund beim Hause 9.

Bez. Waisenhausgasse 20 im Ausmaße von 125,58 m² mit dem Pauschalbetrage von 5.100 K festgesetzt.

Nach einem Bericht des StR. Knoll wird das bei der öffentlichen Versteigerung vom 4. d. M. seitens des Oberstjägermeisteramtes erfolgte Anbot (650 K Jahrespachtzins) für die Pachtung des Fischerei - Eigenrevieres I 2 des Fonds - gutes Ebersdorf an der Donau auf die Dauer von 10 Jahren genehmigt.

StR. Schwer referiert über die Herstellung eines plastischen alten Straßenbildes (Diorama) für das städtische Museum und beantragt, die Herstellung dieses Straßenbildes durch Prof. Alfred Roller zu genehmigen und hierfür einen Kredit von 1.000 K zu bewilligen. (Ang.)

Das von StR. Oppenberger vorgelegte Projekt für die Regulierung und Pflasterung der Oberen Donaustraße längs der Kaimauer von der Ferdinandsbrücke bis Nr 101 im 2. Bezirk wird mit den Kosten von 31.000 K genehmigt.

Eine neue Pfarre. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Braun die Zustimmung zur Errichtung einer neuen Pfarre an der neuen Kirche „Zur unbefleckten Empfängnis Mariens“ am Ankplatz im 11. Bezirk erteilt und die vorgeschlagene ^{Neu-}Abgrenzung der Pfarrsprengel im 11. Bezirk im Sinne des Vorschlages der Bezirksvertretung genehmigt.

Grabdenkmal. Der Stadtrat genehmigte nach einem Berichte des StR. Braun den vorgelegten Entwurf zum Denkmal für das Ehrengrab Schreyvogels auf dem Zentralfriedhofe.

WIENER RATHHAUS K O I ESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redak r Rudolf Bigl.
21. Jahrg Wien, Mittwoch, 2 Oktober 1911.

Vorführung des Wirthschen Fernlenkbootes Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Oppenberger das städt. Strandbad Gänsehübel zur Erprobung und öffentlichen Vorführung des Wirthschen Fernlenkbootes für die Zeit vom 26. bis 29. d.M. überlassen.

Aus dem Rathause Bürgermeister Dr. Neumayer nimmt an der morgigen und freitägigen Stromfahrt der Donauregulierungs-Kommission Linz Wien und Wien - Preßburg, teil.

Die Bezirksvertretung Pfinzhaus hält am 30. d. M. im Gemeindehause 15. Bez. Gasgasse 8/10, abends 6 Uhr eine öffentliche Sitzung ab.

Todesfall. Heute morgens ist in seiner Wohnung Rote-Löwengasse Nr 19 der seit mehr als 25 Jahren dem Präsidialbureau zugetheilte städt. Ratsdiener Karl Grubhofer im 57. Lebensjahre eines plötzlichen Todes verschieden. Grubhofer machte gestern noch Dienst; er hätte in einigen Tagen sein 35. Dienstjahr vollendet. Als Waisenhaus-Aufseher trat er in städt. Dienst und wurde dann als Amtsdienener übernommen. Er zeichnete sich durch eine außergewöhnliche Pflichttreue und Zuverlässigkeit aus und war infolgedessen bei Hoch und Nieder beliebt und angesehen. Alle die im Präsidialbureau zu verkehren hatten werden sich des bescheidenen und dabei stets höflichen Mannes, der gegenwärtig der Senior der Präsidialdiener war, gerne erinnern. Die Einsegnung findet Freitag nachmittags 1/4 4 Uhr in der Serviten-Pfarrkirche statt.

WIENER RATHHAUS.
Sitzung vom Mittwoch, 25. Oktober 1911.
Vorsitzende VB. Hierhammer u. VB. Hoß.

Das vom StR. Hölzl vorgelegte Projekt für die Schlen- und Uferversicherungen am Schreiberbache im 19. Bezirk wird mit dem Erfordernisse von 24.520 K genehmigt.

Die Abteilung der Liegenschaft E.Z. 322 im 19. Bezirk, Heiligenstadt, Ecke der Grinzingerstraße und Armbrustergasse auf 2 Baustellen und einen restlichen Baugrund wird bewilligt.

Dem vom StR. Hörmann vorgelegten Projekte für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Sitzungssaale und in einigen anderen Räumen der Bezirksvertretung für den 3. Bezirk und für die Renovierung dieser Räume wird mit dem Erfordernisse von 5120 K zugestimmt.

Nach einem Berichte des StR. Rain werden aus Anlaß der

Einrichtung des magistratischen Bezirksamtes für den 9. Bezirk 2 Amtsdienereinstellen 2. Bezugsklasse neusystemisiert.

Nach einem Berichte des StR. Knoll werden die

Erd- und Baumeisterarbeiten, die Lieferung des Zementes und der Träger und die Asphaltierarbeiten für den Bau der Bürgererschule in Groß-Jedlersdorf, Siemensstraße vergeben.

Das vom StR. Zatzka vorgelegte Projekt für die Regulierung und Neupflasterung der Unterfahrungsstraße der Verbindungsbahn und anschließender Teile der Lainzerstraße, Feldkellergasse und Spätsingerstraße im 13. Bezirk wird mit dem Erfordernisse von 132.000 K genehmigt.

Der Errichtung von 6 halb- und 3 ganzächtigen Auergasflammen in der Tiefendorfergasse und Dampferregasse im 13. Bezirk wird zugestimmt.

Das Projekt für die Regulierung und Herstellung der Märzstraße zwischen Amels- und Matznergasse im 13. Bezirk vor dem im Bau begriffenen städtischen Schulgebäude wird mit den Kosten von 8.400 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Braun wird die Errichtung eines öffentlichen Anlaufbrunnens im 11. Bezirk, Ryzinggasse vor dem Hause 29 mit den Kosten von 900 K genehmigt.

Das vom StR. Wippel vorgelegte Projekt für die Erweiterung des Marktes 10. Bezirk, Eugenplatz wird mit dem Erfordernisse von 50.598 K genehmigt.

Dem Projekte für die Neupflasterung der Eugengasse von der Favoritenstraße bis zur Senefeldergasse im 10. Bezirk wird mit den Kosten von 38.160 K zugestimmt.

Von der Gartenbaugesellschaft. Ueber die Vorgänge in der k.k. Gartenbaugesellschaft erfahren wir folgendes: In der Generalversammlung vom 7. Mai 1. J. wurde mit allen gegen 2 Stimmen in Grundankauf auf der Hohen Warte genehmigt. In der 2. Hälfte

des Monats Mai verlangte eine aus 20 Mitgliedern bestehende Opposition die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um diesen Beschluß rückgängig zu machen und Gründe im 19. Bezirk, Waagraben, anzukaufen. In dieser außerordentlichen Generalversammlung wurde folgender Antrag gestellt: Die Generalversammlung beschließt, den in der Generalversammlung vom 7. Mai 1. J. gefaßten Beschluß, dem Verwaltungsrate die Ermächtigung zu erteilen, Gründe auf der Hohen Warte käuflich zu erwerben, rückgängig zu machen. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Ferner wurde einem weiteren Antrage zugestimmt, ein Komitee von 5 Mitgliedern aus der Generalversammlung und von 5 Mitgliedern des Verwaltungsrates zu wählen, demselben den Ankauf von Gründen zu übertragen mit dem Auftrage hierüber an die Generalversammlung zu berichten. Weiters wurde ein Baukomitee gewählt

und mit dem Vorsatze der Verwaltungsrat Dr. Klotzberg betraut. Nachdem aber die Opposition auf verschiedene Anträge nicht eingehen wollte, wurde schon die erste Sitzung dieses Komitees resultatlos geschlossen. Während des Sommers konnte eine weitere Sitzung nicht einberufen werden. In der zweiten Hälfte September 1. J. erhielten alle Mitglieder des Verwaltungsrates sowie der Präsident und die Vize-Präsidenten ein Schreiben seitens der Opposition zugesendet, in welchem sie aufgefordert wurden, ihre Mandate zurückzugeben. Doch fühlte sich keiner der Verwaltungsräte vorläufig verpflichtet der Aufforderung Folge zu leisten. Zu gleicher Zeit wurde an den Präsidenten Grafen Montecuccoli das Ansuchen gestellt, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Sowohl der Präsident als auch die beiden Vizepräsidenten Erbrinz Schwarzenberg und Graf Welfenstein erklärten in der Verwaltungsratsitzung vom 18. Oktober 1. J., überdrüssig der Angriffe der Opposition, ihre Stelle niederzulegen, und auch einige Verwaltungsräte

schlossen sich ihnen an. Bevor jedoch dieses geschah, wurde gemäß § 22 der Satzungen („Der Verwaltungsrat kann durch eine spezielle Vollmacht für bestimmte Gegenstände und für eine bestimmte Zeit die Ausübung seiner Befugnisse an ein aus seiner Mitte gewähltes Komitee übertragen“) ein solches Komitee gewählt, welchem GR. Dr. Klotzberg, GR. Bernhard Richter und Dr. Rudolf Wagner angehören. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Klotzberg gewählt, welcher derzeit auch interimistischer Vorsitzender des noch beschlußfähigen Verwaltungsrates ist. Die für den 29. d.M. anberaumte außerordentliche Generalversammlung wurde vom Dr. Klotzberg verschoben, da die Handelsgärtner, welche um diese Zeit unmittelbar vor Allerheiligen sehr stark beschäftigt sind, zur Generalversammlung nicht hätten erscheinen können. Man erhofft sich von dieser Verschiebung auch eine Beruhigung der einziger Waisen durch die oben geschilderten Vorgänge erregten Gemüther der Mitglieder. In der Zwischenzeit sollen auch Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsrate und der Opposition wegen eventueller Einigung angebahnt werden. Die Opposition ist mit der Verschiebung einverstanden, da dieselbe den abgegebenen loyalen Erklärungen des derzeitigen Vorsitzenden vollen Glauben entgegenbringt. Da die weitesten Kreise der Bevölkerung an dieser Angelegenheit Interesse haben, ist eine baldige Klärung zu wünschen.

Empfang im Rathause. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des VB. Hoß, die Delegierten der im November d. J. stattfindenden Zentralkonferenz der Landesverbände für Fremdenverkehr in Oesterreich im Rathause festlich zu empfangen.

Am Montag den 30. d. M. findet die 3. ordentliche Generalversammlung des Zentralvereines zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien, u. zw. um 6 Uhr abends im Sitzungssaale des Gemeinderates statt mit folgender Tagesordnung: Erstattung des Jahresberichtes und Vorlage des Rechnungsabchlusses für das 3. Vereinsjahr; Bericht der Revisoren; Wahl von 18 Mitgliedern in den Verwaltungsausschuß; Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der nächsten Jahresrechnung; Anträge.

Wien im Blumenschmuck. Das Preisgericht für die Zuerkennung von Preisen für die Ausschmückung von Balkonen und Fenstern mit Blumen hat in seiner gütigen Sitzung den Beschluß gefaßt, die Ausführung eines künstlerischen Ehrendiploms dem Radierer Otto Trauner zu übertragen. Mit der Herstellung einer Plakette wurde der Bildhauer Karl Philipp betraut.

Bezirkswaisenrat. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Hölzl die von der Bezirksvorsteherin des 19. Bezirkes vorgenommene Wahl der Mitglieder des städt. Bezirkswaisenrates für den 19. Bezirk bestätigt.

Aus San Pelagio. Der Stadtrat hat das von StR. Dr. Haas vorgelegte Projekt für die Herstellung einer Kuhlwanne mit einer kleinen Eiszerzeugungsmaschine im Seehospize San Pelagio - Rovigno mit dem Erfordernisse von 32.599 K genehmigt. Der damalige Biskeller ist unzulänglich und die Herstellung dieser Kuhlwanne wurde bei der am 26. März 1. J. vorgenommenen kommissionellen Besichtigung des Seehospizes für notwendig befunden. Ferner wurde das Projekt für die Herstellung einer Trockenkammer mit den Kosten von 11.000 K und eines Sezierhauses mit den Kosten von 19.000 K für das Seehospitz San Pelagio-Rovigno genehmigt.

Lastautomobile für die Straßenpflege. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Zatzka die Anschaffung von 2 Auto - Lasttrains für den Pflastersteintransport (2 Motorwagen und 8 Anhängewagen) für die städtische Straßenpflege ferner eines Lasttrains für die Schotterabfuhr (ein Motorwagen und 2 Anhängewagen mit Seitenkippern) mit dem Gesamterfordernisse von 116.700 K.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hoß dem Ansuchen des Steueramts - Oberkontrollors Karl Ritter von Theodorowies um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben. Demselben wurde für seine erspriessliche Tätigkeit die volle Anerkennung des Stadtrates ausgesprochen.

Empfang im Rathause. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des VB. Hoß, die Delegierten der im November d. J. stattfindenden Zentralkonferenz der Landesverbände für Fremdenverkehr in Oesterreich im Rathause festlich zu empfangen.

Empfang im Rathause. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des VB. Hoß, die Delegierten der im November d. J. stattfindenden Zentralkonferenz der Landesverbände für Fremdenverkehr in Oesterreich im Rathause festlich zu empfangen.

Empfang im Rathause. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des VB. Hoß, die Delegierten der im November d. J. stattfindenden Zentralkonferenz der Landesverbände für Fremdenverkehr in Oesterreich im Rathause festlich zu empfangen.

WIENER STADTRAT.
Sitzung vom Donnerstag, 26./10. 1911.
Vorsitzende VB. Hierhammer und VB. Hoß.

Das von StR. Hallmann vorgelegte Projekt für die Fahrbahn-
umpflasterung der Rüdigergasse zwischen Hamburgerstraße und
Grüngasse im 5. Bezirk wird mit dem Erfordernisse von 6500 K
genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Brauneiß werden für die Lie-
ferung von Gebirgsschotter und Gebirgssand für den 14. Bezirk
9200 K bewilligt.

Aufnahme eines Pharmazeuten in die Wiener Stadtbuchhaltung.

Bei der Wiener Stadtbuchhaltung wird ein Magister der Phar-
mazie vorläufig als Diurnist mit der Aussicht auf Erlangung
einer definitiven Anstellung und Anspruch auf Beförderung so-
wie Alters-, Witwen- und Waisenversorgung aufgenommen. Mit
dieser Stelle ist ein Anfangsgehalt von 3 K per Tag sowie eine
in die Pension nicht einrechenbare Personaldiensteszulage von
500 K jährlich, die bei Erreichung der 7. Rangklasse der städ-
tischen Beamten auf 200 K per Jahr herabgemindert und bei Er-
langung der 8. Rangklasse vollkommen eingestellt wird, verbun-
den. Bewerber um diese Stelle, die das 40. Lebensjahr nicht
überschritten haben dürfen, die Zuständigkeit in Wien besitzen
und sich mit dem Diplome einer österreichischen Universität
über das erlangte Magisterium der Pharmazie ausweisen müssen,
haben ihre Gesuche bei der Direktion der Wiener Stadtbuchhal-
tung im Neuen Rathause zu überreichen.

Weihnachtssubventionen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht
des VB. Hoß dem Vereine „Kinderschutzstationen“ eine Weih-
nachtssubvention von 2.000 K und nach einem Bericht des StR.
Tomola den Leitungen der öffentlichen städtischen Kindergär-
ten Beträge in der Gesamthöhe von 5.730 K zur Veranstaltung
von Weihnachtsfeierlichkeiten bewilligt.

Ausgestaltung des Lagerhauses. In der heutigen Sitzung des
Stadtrates berichtete VB. Hoß über die Ausgestaltung des
Lagerhauses. Der Gemeinderat hat bekanntlich in seiner
Sitzung vom 13. Jänner 1911 das Bauprogramm genehmigt und
zur Vergebung der Arbeiten (Bau eines Speichers, dreier Ele-
vatoren und der dazu gehörigen Straßen und Geleise) eine
öffentliche Offertverhandlung ausgeschrieben; auf Grund
derselben liefen 5 Offerte ein. Der Stadtrat beschloß heute
die Arbeiten und Lieferungen der Maschinenfabriks - Aktienge-
sellschaft H. W. Heid in Stockerau zu übertragen. Gleichzei-
tig wurde das Detailprojekt für die Ausgestaltung nach dem

von der genannten Firma vorgelegten Projekte genehmigt und
für die Bauten der Baukosten erteilt. Das Gesamterfordernis
beträgt 2.922.130 K. Für heuer wird jedoch nur ein Betrag von
150.000 K benötigt werden. Das von der Donauregulierungskommis-
sion der Gemeinde gemachte Anbot auf Ueberlassung der zu La-
gerhauszwecken benützten Gründe des Donauregulierungsfondes
auf 60 Jahre unkündbar gegen einen Anerkennungszins von 10 K
jährlich wird angenommen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der am letzten Sitzung
der städtischen Amts- und Anstaltsärzte erstattete Ober-
stadtphysikus Dr. Böhm den Sanitätshauptrapport für den Mo-
nat September 1. J. Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt
waren im Berichtmonate ziemlich günstig und es ist insbe-
sondere gelungen, der Ausbreitung der Cholera, trotzdem 2
Fälle aus Ungarn eingeschleppt wurden, gleich am Beginne den
Boden zu entziehen. In die armenärztliche Behandlung sind
9381 Fälle gegen 9181 im Vormonate und 9301 im September
des Vorjahres zugewachsen. Es entfielen auf die entzündlichen
Erkrankungen der Atmungsorgane 1766, auf jene der Verdauungs-
organe 1899, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 570 Fälle.
Die Anzahl der Anzeigen über Infektionserkrankungen war noch
immer gering; es wurden 969 Fälle gemeldet, darunter an Schar-
lach 329, Diphtherie und Croup 185, Abdominaltyphus 35 (da-
runter 19 ortsfremd), Trachom 25, Rotlauf 151, Masern 97,
Keuchhusten 64, Varizellen 47 Fälle. Die Sterblichkeit war
gegen den Vormonat gesunken, aber noch immer höher als dem
Durchschnitt der letzten 4 Jahre entspricht. Es starben 2406
Personen gegen 2759 im Vormonate und gegen 2369 in demselben
Monate des Vorjahres. An der Sterblichkeit war das männliche
Geschlecht mit 51,33 und das weibliche mit 48,67 % beteiligt.
Im Berichtmonate wurden 31 landesgerichtliche und 61 sanitäts-
polizeiliche Obduktionen vorgenommen.

WIENER HAFTHAUS KORRESPONDENZ
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Rudolf Egl.
51. Jahrg. Wien, Freitag, 27. Oktober 1911

Wiener Bäckerbund In der ordentlichen Hauptversammlung des 58. Vereinsjahres am 26. d. M. wurden gewählt: zum Vorstände Magistrats-Rat Hanisch, zum Vorstände-Stellvertreter Kaufmann Rud. Faust, zum Chorleiter Chordirektor und Lehrer A. Blaschke, zu Schriftführern k. k. Revident L. Hanfmayr, k. k. Kanalar-Praktikant Dr. Niebsch, Lehrer Emil Eriach und Kaufmann V. Micheluzzi, zu Archivaren Lehrer Homolka und Seiff, zum Kassier Hauptkassen-Kontrollor K. Unger, zum Oekonomen Kaufmann Wanko, zum Gastmeister Prökuriert Czeray, zu Leitungsgliedern ohne Funktion Architekt Schüle, Direktor Fr. Wilfert und Kaufmann R. Dolenz zu Bannerträgern H. Nikolaus, C. Wanko und Fr. Wilfert, zu Rechnungsprüfern Fabrikant Claus, Bezirks-Vorstands-Stellvertreter Baumgartner und Ehrenmitglied Hofer. Die Jubilare Baumgartner und ^{Lehrer} ~~Revisor~~ Alois Hunger wurden im Hinblick auf ihre 42 jährige Tätigkeit als 38n ger in Vereine zu fördernden Mitgliedern ernannt und dem Vorstände Mag.-Rat Hanisch der wärmste Dank für seine bisherige pflichteifrige Tätigkeit ausgesprochen. Das Vereinsheim befindet sich 1. Bez. Lisztstraße 1. (^{3. Stock} ~~Dress~~ Restauration); daselbst jeden Donnerstag von 8 bis 10 Uhr ab Probe. Stimmbegabte angesessene Herren werden zum Beitritte eingeladen.

Zentralverein der Knabenhorte. Der Zentralverein zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien, welcher am 30. d. M. seine Generalversammlung abhält, legt seinen Jahresbericht für das Jahr 1910, drittes Vereinsjahr, vor. Mit dem Berichtsjahre 1910 vollendet der Zentralverein das erste Triennium seiner Tätigkeit, und die Fortschritte, welcher der Verein in diesem ersten größeren Abschnitte seiner Tätigkeit gemacht hat, kommen in dem Berichte klar zum Ausdruck und erbringen den Beweis, daß der Verein seine Aufgabe richtig erfaßt hat, daß er der Jugend nicht nur einen Aufenthaltsort bietet sondern eine Stätte, wo sie auch erziehlich beschäftigt wird.

Dem Bericht entnehmen wir folgendes:

Die große Anzahl von Zöglingen bei Eröffnung des Betriebes ist einerseits auf den Reiz der Neuheit, andererseits aber auch darauf zurückzuführen, daß alle jene Knaben, welche die Lernmittel von der Gemeinde Wien bezogen, ohne jedwede Bezahlung eines Regiebeitrages aufgenommen wurden. Die Unmöglichkeit, mit den vorhandenen Mitteln eine so große Anzahl von Kindern auch nur zu bewachen, geschweige denn erziehlich zu beschäftigen, stellte sich nur zu bald heraus. Im Jahre 1910 be-

strug der höchste Stand der Zöglinge 3343, der tiefste Stand 3343. Bezüglich der magistratischen Kostkinder muß berichtet werden, daß wiederholt Klagen seitens des Hortpersonales über den schlechten Hortbesuch erhoben wurden.

Das Exekutiv-Komitee beschloß, nach Maßgabe der vorhandenen Freiplätze den Wiener Waisenratsvereinen unterstehende schulpflichtige Knaben als Freizüglinge aufzunehmen. Das Komitee zog auch die einzelnen Zweige der Hortbeschäftigung in den Kreis seiner Beratungen und beschäftigte sich insbesondere mit der Ausgestaltung der Arbeitswerkstätten dem Bade-, Schwimm- und Ruderbetrieb und der Errichtung von Eislaufplätzen. Die im November 1909 beschlossene Einrichtung von Werkstätten in den Bezirken 9, 10, 12, 13, 14, 17 und 20 wurde mit Beginn des Jahres 1910 fertiggestellt und der Betrieb im vollen Umfang aufgenommen. Der Erfolg, welchen einzelne dieser Werkstätten schon in der ersten Ausstellung ihrer Arbeiten heigten, berechtigt zu den schönsten Erwartungen. Das Exekutivkomitee beschloß die weitere Errichtung von Werkstätten in den Bezirken 4, 5, 6, 15, 16 und 19. Einzelne von diesen sind im Laufe des Berichtsjahres ebenfalls bereits dem Betriebe übergeben worden. Das Ansuchen an die Gemeinde Wien um Ermäßigung des Fahrpreises zum und vom „Gänsehäufel“ wurde bewilligt. Es wurden eigene 5 Heller-Fahrscheine ausgegeben, so daß den Zöglingen aus sämtlichen Bezirken um 5 Heller die Fahrt zum bzw. vom Gänsehäufel ermöglicht wurde. Ebenso erfolgreich war das Exekutiv-Komitee mit seinem Ansuchen um Bewilligung zur Benützung von Schulhöfen als Eislaufplätze, indem für diesen Zweck in den Bezirken 5, 6, 12, 14 und 20 Schulhöfe zur Verfügung gestellt wurden. Von prinzipiell wichtiger Bedeutung ist der Umschwung der Anschauungen über den Musikunterricht. Im 3. und 8. Bezirk wurde die Blechkapelle aufgelöst und wird dort nur mehr Violinunterricht erteilt. In einer Reihe von Bezirken wird das Spiel von Blasinstrumenten zugunsten der Streichinstrumente zurückgedrängt, so in den Bezirken 1, 5, 10, 12, 18 und 19. Die Wichtigkeit der Ferienkolonienfrage wurde in sämtlichen Lokalkomitees anerkannt. Zur Errichtung solcher fehlte es aber an den nötigen Mitteln. Nur zwei Bezirke, 1 und 16, sandten ihre Zöglinge in Ferienkolonien. Die Errichtung von Ferienkolonien, wohl eine der wichtigsten Aufgaben des Zentralvereines, wird erst dann gesichert sein, bis ein entsprechender Fond geschaffen wird. Die Aufopferung hinsichtlich der Aufbringung der Mittel ist in einzelnen Lokalkomitees seiner besonderen Anerkennung wert und doch wird eine Ferienkolonie nur das eine oder das andere Jahr errichtet werden können. Die Frage kann aber nur dann als gelöst betrachtet werden, wenn Ferienkolonien zu ständigen Einrichtungen des Zentralvereines

geworden sind. Es wäre daher wünschenswert, daß alle Ueberschüsse von Festlichkeiten, Spenden, Sammlungen, Mitgliedsbeiträge etc. zusammgelegt werden, damit so allmählich in den einzelnen Bezirken bleibende Ferienkoloniefonds entstehen. Es wurden eine größere Anzahl von Ausflügen unternommen, so nach Maria Zell, zu den Mirafällen, auf den Semmering etc. Spaziergänge in Wien zur Vermehrung heimatkundlicher und kulturgeschichtlicher Kenntnisse wurden im Berichtsjahre von jeder Hortstation unternommen. Von den Gegenständen der ständigen Sonderbeschäftigung ist in erster Linie der erziehliche Arbeitsunterricht zu erwähnen. Mit viel Verständnis seitens des Personales und mit großer Freude seitens der Zöglinge wurde an die Arbeit gegangen. Nicht nur in den Bezirken, wo bereits Werkstätten eingerichtet sind, sondern auch in allen übrigen Bezirken wurde oft mit den primitivsten Werkzeugen ganz Erstaunliches geleistet. ~~Einige~~ Einige Bezirke beschäftigten ihre Zöglinge mit Scheibenschießen und Fechten. Besonderes Augenmerk wurde dem Baden, Schwimmen und Rudern zugewendet. Die behördlichen Zentralstellen (Gemeinderat, Landesauschuß, Ministerium für Kultus und Unterricht, Bezirksschulrat) anerkannten vollumfänglich die Tätigkeit der Horte. Der Bericht schließt mit den Worten: Rückblickend auf das abgelaufene Triennium der Vereinstätigkeit muß gesagt werden, daß der Zentralverein nicht nur seine Aufgabe erfaßt hat, sondern daß er auch rüstig vorwärts arbeitet, seinem hohen Ziele entgegen. Manche Schwierigkeit ist überwunden, manches Hindernis, das der natürliche Entwicklungsgang mit sich brachte, ist genommen. Die die Vereinsleitung besessene Begeisterung, die Zähigkeit und Ausdauer mit der gearbeitet wird, läßt die schönsten Erwartungen für die Zukunft erhoffen. Wird dem Zentralverein die nötige Unterstützung zuteil, dann werden die Horte das werden, was sie sein sollen, Fürsorge- und Erziehungsanstalten zum Wohle unserer heranwachsenden Jugend, der Gemeinde und des Staates.

NB. Der gedruckte Jahresbericht liegt bei.

Vom Zentralfriedhofe. Während der Allerheiligen- und Allerseelestage, d. i. vom 28. Oktober bis incl. 2. November wird die neue Begräbniskirche auf dem Zentralfriedhofe samt der Unterkirche mit der Gruft des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Lueger allgemein zugänglich sein.

Gemeindevermittlungsamter. Beim Gemeindevermittlungsamte Neubau finden die Verhandlungen im Novemberan jedem Mittwoch d. i. am 8., 16., 22. und 29. im Bureau des Herrn Bezirksvorstehers 7. Bez. Hermannsgasse 26 / 28 ab 10 Uhr vormittags, im Gemeindevermittlungsamte Mariahilf am 8., 22. und 28. November um 10 Uhr vormittags statt.

Die vierten Bürgerschulklassen. Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich am 17. Oktober d. J. die probeweise Errichtung von je 5 einjährigen Lehrkursen für der Schulpflicht entwachsenden Knaben, bezw. Mädchen im Sinne der Ministerialverordnung vom 16. Juni 1903 (sogenannte 4. Bürgerschulklassen) für das Schuljahr 1911/ 12 beschlossen und dieser Beschluß wurde mit dem Erlasse des n. 8. Landesschulrates vom 25. Oktober d. J. mit besonderer Befriedigung genehmigend zur Kenntnis genommen.

Diese Lehrkurse werden an folgenden Bürgerschulen zur Eröffnung gelangen:

1. für die Bezirke Innere Stadt, Landstraße, Wieden, Mariahilf, und Simmering und den rechts (östlich) von der Taborstraße gelegenen Teil der Leopoldstadt Knabenkurs § III, Sechskrügelgasse 11, Mädchenkurs, IV., Starhembergsgasse 8.
2. Für die Bezirke Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Ottakring, Hernals und Währing Knabenkurs IVIII., Geblergasse 31, Mädchenkurs IX., Währingerstraße 43.
3. Für die Bezirke Margarethen und Favoriten Knabenkurs X. Eugengasse 30/32, Mädchenkurs V., Gassegasse 46.
4. Für die Bezirke Meidling, Hietzing, Rudolfsheim und Fünfhaus Knabenkurs XIII., Reingasse 19, Mädchenkurs XIII., Gurkgasse 32.
5. Für die Bezirke Döbling, Brigittenau und Floridsdorf und den links von der Taborstraße gelegenen Teil des 2. Bezirkes incl. Prater Knabenkurs und Mädchenkurs IX., Jägerstraße 5.

Die Direktionen dieser Bürgerschulen nehmen Montag den 30. Oktober in der Zeit von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 4 Uhr und Dienstag, den 31. in der Zeit von 8 bis 12 Uhr die Vormerkungen (Einschreibungen) der sich meldenden Schüler vor. Aufgenommen können nur Schüler (Schülerinnen) werden, welche der gesetzlichen Schulpflicht bereits völlig genüge geleistet haben das Bürgerschul-Entlassungszeugnis besitzen und bezüglich des Unterrichtes in der französischen Sprache jene sprachliche Vorbildung nachweisen, welche nach dem Lehrplan für diese Sprache an der Bürgerschule gefordert wird. Die sich bei der Kursleitung meldenden Schüler (Schülerinnen) haben zur Vormerkung das Entlassungszeugnis der Bürgerschule mitzubringen, welches auch eine entsprechende Note in der französischen Sprache enthalten muß. Die Zahl der Kursteilnehmer ist beschränkt. Für die Teilnahme an Kursen ist kein Schulgeld zu entrichten. Die Kurse werden Montag, den 6. November 1911 um 8 Uhr vormittags eröffnet.

Mit Rücksicht darauf, daß durch die wenn auch vorläufig noch probeweise Einführung der 4. Bürgerschulklassen der Besuch des französischen Sprachunterrichtes an den Bürgerschulen im allgemeinen ein stärkerer werden dürfte, wird

sich voraussichtlich schon in kürzester Zeit die Notwendigkeit unterricht zu vermehren. Qualifizierte Bewerber wollen sich beim Bezirkschulrate Wien melden.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
Wien, Samstag, 28. Oktober 1911. - 21. Jahrg.

Orchesterklub „Haydn“. Der heuer ins 25. Vereinsjahr eintretende Orchesterklub „Haydn“ hat seine regelmäßigen Proben wieder aufgenommen. Dieselben finden jeden Freitag um 8 Uhr abends im Klublokale 7. Bez. Hermannsgasse 9 statt; ~~und~~ für deren Leitung wurde Chordirektor C. Weinwarm gewonnen. Herren, welche ein Streichinstrument beherrschen, werden hiemit zum Beitritt eingeladen.

NB. Der Klub bittet auf diesem Wege die P. T. Redaktionen höflichst um geneigte Aufnahme.

Das neue Fortbildungsschulgebäude in der Mollartgasse. In feierlicher Weise wird Fürsterzbischof Dr. Nagl Montag morgens im Beisein des Statthalters Freih. von Bieherth, der mit der Vertretung des Kaisers betraut ist, das mächtige neue Fortbildungsschulgebäude in der Mollartgasse auf den Gründen des ehemaligen Gumpendorfer-Schlachthauses, einweihen, das sodann offiziell seiner Bestimmung übergeben wird. - Freitag abends hatten die Vertreter der Presse ~~gelegentlich~~ einer Einladung des Fortbildungsschulrates Folge leistend Gelegenheit, das neue Gebäude eingehend zu besichtigen.

(2 Festschriften mit ausführlicher Baubeschreibung liegen bei.)

Zur Begrüßung und Führung der Presse hatten sich eingefunden, der 2. Obmann-Stellvertreter des Fortbildungsschulrates Handelskammerrat Wegel - Leckl mit dem Mitgliede des Bau-Ausschusses Tinz, der Amtsleiter des Fortbildungsschulrates Landes-Sekretär Dr. Anton Frey, der Amtsleiter - Stellvertreter Mag.-Sekretär Dr. Lippert, welcher mit dem administrativen Referaten für alle Angelegenheiten des neuen Baues der inneren Einrichtung der Wohlfahrtsanstalt etc. betraut war, der Erbauer des Hauses Architekt Rudolf Hammel, der Oberdirektor - Stellvertreter Schiffer, der Direktor der Zentrallehranstalt für Frauen - Gewerbe Ministerial- Inspektor Hamann, Gebäude - Inspektor Ing. Rauscher und Werkstätten - Betriebsdirektor Ing. Hedrich. Fast zu Beendigung des Rundganges erschien auch der Referent im Ministerium für öffentliche Arbeiten Hofrat Pliwa, von dem die Idee des Bauplanes und die Vorprojekte stammen und der sich auch an Einzelheiten des Baues in hervorragender Weise betätigt hat. Er ist auch der Verfasser, der vornehm ausgestatteten, äußerst reichhaltigen Festschriften, welche nicht nur eine erschöpfende Geschichte des Baues, sondern auch einge sehr instruktive Darstellung der Entwicklung des gewerblichen Unterrichtes in Oesterreich enthalten. - Die Vertreter der Presse wurden von Handels- Kammerrat Wegel-Leckl herzlichst

begrüßt und nach der Besichtigung im Speisesaal mit einem kleinen Imbiß bewirtet, bei welchem Obmann Stellvertreter Wegel-Leckl den Herren dankte und auf ihr Wohl trank. Namens der Presse sprach Redakteur Woseczek vom Neuigkeits-Weltblatt den Dank für die Einladung und die Anerkennung über das Gesehene aus.

Stempel- und Gebührenbefreiung der Gewerbe-genossenschaften und ihrer Verbände. Anlässlich der Beschwerde eines Genossenschaftsverbandes über vorgekommene Notionierungen der von Gewerbe-genossenschaften und ihrer Verbände in Angelegenheit ihres statutarischen Wirkungskreises eingebrachten Eingaben wurde der Statthalterei durch das Handelsministerium eröffnet, daß die persönliche Gebühren- und Stempelfreiheit den Gewerbe-genossenschaften sowohl rücksichtlich ihres autonomen Wirkungskreises als auch in jenen Fällen zukommt, in welchen die Gewerbeordnung den Genossenschaften eine Ingerenz in Sachen der Gewerbeverwaltung eingeräumt hat. Es kommen diesbezüglich insbesondere in Betracht: Gutachten der Genossenschaften über Befähigungsnachweisdokumente, Gesellenprüfung, Aufgaben der Gewerbe-genossenschaften, Meisterprüfung, Kollektiv-arbeitsverträge, Unterstützungsfond, Arbeitsvermittlung, Rekursrecht der Genossenschaften. Dagegen kann den Genossenschaften die persönliche Befreiung hinsichtlich jener Eingaben, Urkunden etc. nicht zugestanden werden, die bei Vermögenauseinandersetzungen zur Ausfertigung gelangen, weil diese Schriftstücke die privatrechtlichen Beziehungen, resp. das Vermögen der Gewerbe-genossenschaften zum Gegenstande haben. Auf die Genossenschaftsverbände finden die für die Gewerbe-genossenschaften geltenden Gebührenvorschriften analoge Anwendung.

Todesfall. Donnerstag abend starb nach langem schweren Leiden der verdienstvolle Obergärtner am Wiener Zentralfriedhofe Maximilian Kollar im 62. Lebensjahr. Die feierliche Einsegnung findet Sonntag, halb 4 Uhr nachmittags in der Kapelle des Zentralfriedhofes statt.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab. Der Stadtrat wird in Anbetracht der beiden Feiertage nur zweimal u. zw. Dienstag und Freitag, jedesmal 10 Uhr vormittags zu seinen Sitzungen zusammentreten.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des VB. Dr. Forster ernannt: Im Stände der rechtskundigen Beamten Dr. Alois Kubitschek zum Magistratsrate, Dr. Hans Handler zum Magistrats-Sekretär, Dr. Andreas Teistler zum Magistrats-Oberkommissär

und August Hofer zum Magistrats-Kommissär. - Der Rechnungspraktikant der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Johann Bartoschofsky wurde in die 3. Rangklasse befördert. - Nach einem Berichte des VB. Hoß wurden im Status des städtischen Exekutionsamtes ernannt: Edmund Scherer zum Direktionsadjunkten, Ludwig Rainer zum Oberoffizial, Karl Unterkircher, Rudolf Berger und Karl Gergasevics zu Offizialen, Oskar Kreutel, Karl Stift und Max Brückner zu Akzessisten. - Im Status der Stadtbuchhaltung wurden Rudolf Schneider zum Rechnungs-offizial, Rudolf Thürmer zum Rechnungsakzessisten im Stände der Beamten der Wiener Gemeindefriedhöfe Franz Arnocht zum Offizial, Franz Xaver Arnold zum Akzessisten ernannt.

Silberne Hochzeit. Heute (Samstag) beging der Materialverwalter der städtischen Stellwagenunternehmung und Armenrat des 10. Bezirkes Rudolf Kbrner mit seiner Gattin Leopoldine das Fest der silbernen Hochzeit, das mit einer kirchlichen Feier in der Pfarrkirche zu St. Anton von Padua verbunden war.

NB. Die ~~Redaktion~~ Korrespondenz wird über die Einweihungsfeierlichkeiten im neuen Fortbildungsschulgebäude, Mollardgasse berichtet und einen V. Bericht bereits vor 8 Uhr früh am Montag zum Telegraphenam befördern. Die Präsenzliste und die Rede des Statthalters wollen Montag vor 10 Uhr im Rathaus, Journ. Listenzimmer, Stock abgeholt werden.

417

Das neue Fortbildungsschulgebäude in der Mollartgasse. In feierlicher Weise hat heute morgens um 9 Uhr Fürsterzbischof Dr. Nagl im Beisein des Statthalters Freiherrn von Bienerth das mächtige neue Fortbildungsschulgebäude im 6. Bezirk auf den Gründen des ehemaligen Gumpendorfer Schlachthaus eingeweiht. Im Tiefparterre, dort wo die Werkstättenhallen sich befinden, wurde einer der größten Räume, die Lehrwerkstätte der Tischler zu einem Festsaal umgestaltet und außerordentlich geschmackvoll mit Blumen und Eraperien geschmückt. Auf einem dort aufgestellten Altar zelebrierte Fürsterzbischof Dr. Nagl unter großer Assistenz eine heilige Messe. Zu der Feier hatten sich eingefunden:

(Präsenzliste folgt)

Nach der heiligen Messe begab sich der Großteil der Festgäste in den im obersten Stockwerk gelegenen sogenannten roten Festsaal, während der Statthalter in Begleitung des Obmannes des Fortbildungsschulrates Bürgermeister Dr. Neumayer und anderer anderen Funktionäre einen Rundgang durch die im Tiefparterre befindlichen Werkstätten antrat. Der Weg ging durch die Maschinenhalle der Tischler, durch die Lehrwerkstätten der Zimmerer, durch das Heizhaus in die Werkstätte der Huf- und Wagenschmiede, der Schlosser, dann zu den Lehrwerkstätten der Glasär. Es wurde ferner die Ausstellung der Musterküche der Zuckerbäcker, die Werkstätte der Mechaniker und die Zentralheizanlage besichtigt, worauf sich der Statthalter und seine Begleitung ebenfalls in den Festsaal begaben. Hierkonzertierte die Kapelle des in dem neuen Gebäude untergebrachten Lehrlingshortes, worauf Bgm. Dr. Neumayer als Obmann des Fortbildungsschulrates nachstehende Ansprache an den Statthalter richtete :

(REDE LIEGT BEI).

Statthalter Freiherr von Bienerth erwiderte :

(REDE FOLGT).

Mit der Vorstellung der Funktionäre und der bei dem Bau beteiligten Persönlichkeiten schloß dieser Teil der Feier, worauf der Statthalter unter Führung der Funktionäre seinen Rundgang durch die Anstalt fortsetzte. Es wurde dann noch bäsichtigt: Der gelbe Festsaal mit dem vom Unterrichts Ministerium gespendeten mehr als lebensgroßen Portrait des Kaisers von Prof. Michalek, das den Kaiser in reichem Krönungsornat vorstellt. Dan wurde das auf das modernste eingerichtete galvanostegische Laboratorium, die Uhrmacher-Fachschule, der Lehrraum für Chemie, die Fachschule der Anstreicher und Wagenlackierer besichtigt. Dann begab sich

der Statthalter in das dritte Stockwerk, wo der Lehrkörper der in demselben Gebäude untergebrachten k.k. Zentral-Lehranstalt für Frauen-Gewerbe unter der Führung des Direktors Hamann den Statthalter erwartete und durch die Gobelins-Restauratorschule, den Zeichensaal, die Kunststickereischule, etc. geleitet. In demselben Stockwerke besichtigte der Statthalter auch noch die Lehrmittelzimmer der Elektrotechniker. Im 2. Stockwerk wurde die Besichtigung der Zentrallehranstalt für Frauengewerbe fortgesetzt und eine Reihe von Lehrzimmern besichtigt. Dann ging es in das erste Stockwerk hinab, wo insbesondere der Vortragsaal der Feinzeugschmiede und der Zeichensaal besichtigt wurde. Im Hochparterre besichtigten die der Statthalter und die Festgäste die Lehrlingsbibliothek, den Speisesaal, die Lehrwerkstätte der Buchbinder und der Kamm- und Fächermacher, dann die Lehrräume der Zentrallehranstalt und verließ durch ein Spalier von Zöglingen der Zentrallehranstalt für Frauen-Gewerbe in hellen Festkleidern, das Haus.

Wiener Rathaus Korrespondenz
Montag, 30. Oktober vorm.

Zur Einweihung des Fortbildungsschulgebäudes.

Statthalter Freiherr von Bienert erwiderte: Hochgeehrter Herr Bürgermeister! Durch die Huld Seiner Majestät unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn mit Allerhöchst dessen Vertretung bei der heutigen Feier betraut, gereicht es mir zur besonderen Freude, Ihnen hochgeehrter Herr Bürgermeister, als dem Obmanne des Wiener Fortbildungsschulrates sowie dieser Körperschaft selbst für ihre erfolgreiche Tätigkeit, welche in dem Zustandekommen dieses mächtigen Schulgebäudes einen weithin wahrnehmbaren Ausdruck gefunden hat, den Dank und die Anerkennung auszusprechen.

Die Schaffung dieses Werkes legt Zeugnis ab nicht nur von der werktätigen Fürsorge des Staates und des Landes Nieder - Oesterreich für das Gewerbe und speziell für den gewerblichen Nachwuchs, sondern insbesondere auch von der Opferwilligkeit des Gewerbestandes selbst und der Gemeinde Wien, welche letztere durch die Schenkung des Baugrundes diese hervorragende Schöpfung ermöglicht hat.

Das neue Fortbildungsschulgesetz vom 30. November 1907 bedeutet einen gar nicht hoch genug anzuschlagenden Fortschritt auf dem Gebiete des gewerblichen Unterrichtswesens; es stellt die V e r f a c h l i c h u n g des Unterrichtes an den gewerblichen Fortbildungsschulen in den Vordergrund und gewährleistet dadurch neben der theoretischen auch eine systematische praktische Ausbildung der Lehrlinge.

Die Wiener Gewerbevereine, welche die Wichtigkeit eines solchen Unterrichtes schon lange erkannt hatten, haben bereits vor Jahren eigene fachliche Fortbildungsschulen für die Lehrlinge der durch sie vertretenen Berufe errichtet, die schönen Leistungen dieser Anstalten haben bei der vom Herrn Bürgermeister erwähnten Lehrlingsarbeiten - Ausstellung im Jahre 1904 die besondere Aufmerksamkeit erregt. So gewann die Einsicht immer mehr an Boden, daß zur Erziehung qualifizierter Arbeiter für das Gewerbe die fachliche Ausbildung der Lehrlinge mit der theoretischen in der Schule Hand in Hand zu gehen habe.

Um aber diese Erkenntnis für die weitesten Kreise des Gewerbestandes in die segensreiche Tat umsetzen zu können, um dem im neuen Fortbildungsschulgesetze niedergelegten Prinzip allgemein zum Durchbruch zu verhelfen, bedurfte es zunächst einer Stätte, welche die räumliche Vereinigung der theoretischen und praktischen Unterrichtsverteilung für die Gesamtheit der Lehrlinge ganzer Gewerbegruppen ermöglicht.

Die der hohe Gesichtspunkt war bei allen beteiligten Fak-

tärer für den Entschluß maßgebend; ungeachtet bedeutender materieller Opfer die Schaffung des Schulpalastes in Angriff zu nehmen, den wir heute als das geistige Heim von über 5.000 Lehrlingen und als die Stätte einer Zentralanstalt für Frauengewerbe bereits in vollem Betriebe sehen. Der Riesenbau, der hier erstanden, entspricht allen technischen und hygienischen Anforderungen, welche an ein Schulgebäude mit Massenbetriebe gestellt werden müssen.

Möge diese Schöpfung die Hoffnungen erfüllen, welche seitens des Gewerbestandes an sie geknüpft werden, und möge sie dem Wiener Handwerke wieder jenen Segen bringen, der einst sogar im Sprichworte seinen Ausdruck fand.

In diesem Sinne erkläre ich das Wiener Fortbildungsschulgebäude als eröffnet.

Präsenzliste

Statthalter Freih. von Bienert, der Obmann des Fortbildungsschulrates Bgm. Dr. Neumayer, mit den Obmann Stellvertretern Pabst und Wegel - Leckl, ^{W. v. K. v. K.} Sektionschef im Arbeitsministerium Dr. Franz Müller, der Stellvertreter des Polizei-Präsidenten Hofrat Baron Gorup, Schottenprälat Rost mit dem Prior P. Pfeiffer und dem Kämmerer Gürich, Oberkurator Steiner, die Abgeordneten Anderle, Breuer, Lorenz Müller, Panosch, Spalovsky und Stary, der Vize-Präsident des n. ö. Landesschulrates Khos von Sternegg, die Gemeinderäte Baurat Schneider, Benda, Brauneis, Gloesl, Langer, Hermann, Bichler, Kürber, Schwarz, Götz, Schlechter, Rykl, Oppenberger und Wettengel, die Landesschulinspektoren Hofrat Dr. Rieger, ~~X~~ Pöchl und Ottel, der Ministerialrat im Arbeitsministerium ^{Freih. von} ~~Freih. von~~ Regierungsrat Rosmael und ^{Freih. von} ~~Freih. von~~ Sektionsrat Klingl vom Arbeitsministerium, die Pfarrer Kundz und Dominik Preyer, der Direktor der Handelsakademie Regierungsrat Kreibitz, Prof. Kessler von der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, Polizei Bezirksleiter Pol.-Rat Polt, Maler Berla, Kommerzialrat Müller, General Direktor Klingner, die Handelskammerräte Steinhilber Zesewitz, Blach und Luber, Bezirksvorsteher ~~Stall~~ Jägersberger, der Inhaber der Firma N. Rella und Heffe Ing. Roth, Genossenschafts - Instruktor Muuß, die Genossenschafts - Bottoli Vorsteher Bermann, ^{Penz} Penz, Horak, Laubek und zahlreiche andere Genossenschafts Vorsteher, Bürgerschuldirektor Bayr, Landesbaudirektor Berger, der Amteiler des Fortbildungsschulrates Dr. Frey und sein Stellvertreter Dr. Lippert, der Erbauer des Hauses Architekt Hammel, Oberdirektor Schiffer, ferner Hofsteinmetz Hauser, Direktor Heß, kais. Rat Neubar, Fach

sekretär Rummelhardt, von der Gemeinde Obermag. Rat Asperger in Vertretung des Magistrats-Direktors Appel, Präsidial Vorstand Formanek, die Magistrats-Räte Artzt und Schaufler, ^{Kommissär} Mag. Rat I. P. Nardosny, Mag. - ~~Kommandant~~ Jiresch, ^{Feuerwehr} Kommandant Müller, der Direktor der Zentralsparkassa Brand, Oberbezirksarzt Dr. Wilsch, Stadtgartendirektor Hybler, etc. Entschuldigt hatten sich u. a. Arbeitsminister Marek, Landmarschall Prinz Lichtenstein, geheimer Rat Dr. Exner, etc.

Einigungskreis Fabry

In der Halle, in welcher die heilige Messe von Fürsterzbischof Dr. Nagl celebriert wurde, war der Männergesangsverein Arminius (Vorstand GR. Dr. Klöner, Dirigent Prof. Mirus) aufgestellt und sang heilige Lieder. Ferner befanden sich in dem Raume auch eine Abordnung der Genossenschaften mit den Genossenschafts-Fahnen.

Nach der heiligen Messe hielt der Fürsterzbischof eine längere Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung des Handwerkes hinwies, welches von der Technik unterstützt, wieder jene Höhe erreichen wird, welche es einst besessen. Nach ihm sprach der Bürgermeister. Seine Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen und die Versammelten brachen ⁱⁿ ~~stürmische~~ stürmische Hochrufe auf den Kaiser aus.

Von der Rauchfangkehrer Genossenschaft. Die Vorsteherung der Genossenschaft der Rauchfangkehrer teilt mit, daß die freie Wahl des Hausbesitzers unter sämtlichen für Wien konzessionierten Rauchfangkehrermeistern durch keinerlei Abmachungen eingeschränkt erscheint und daß ein Kartell unter den Rauchfangkehrern nie bestanden hat. - Die Genossenschaft hat bereits gegen jene Herren, welche die Wiener Hausbesitzerschaft mit diesen Mitteilungen beunruhigte, die Klage eingebracht.

Kirchenmusik in der Pfarrkirche Gersthof am Mittwoch den 1. November 1911 um 10 Uhr vormittags: Introitus und Communio-Choral, Jordani - Messe von Habert, Graduale: Timete von Rotter, Offertorium: Justorum Animae von Solieri, Tantum ergo von Führer. - Abends um 5 Uhr: Lauretanische Litanei in h von Haller, Salve regina-Choral, Miserere von Mozart, Libera III aus cantica sacra. - Am 2. November: Regina und Libera - Choral.

Zur Einweihung des Fortbildungsschulgebäudes. Wie bereits gemeldet fand heute Montag, in feierlicher Weise die Einweihung des großen Fortbildungsschulgebäudes in der Mollartgasse im 6. Bezirk statt. In Vertretung des Kaisers war Statthalter Freih. von Hieserth erschienen, welcher von dem Fürsterzbischof Dr. Nagl in der zum Festraum adaptierten Werkstättenhalle erwartet, und zum Altar geführt wurde. Nach der heiligen Messe hielt der Fürsterzbischof eine längere Ansprache, in welcher er ausführte, daß er beim Durchschreiten des Hauses wahrgenommen habe, daß sich hier die Erfahrungen der ~~Zeit~~ mit den Fortschritten der Technik so schön zusammengefunden haben. Hier kommen jedem unwillkürlich die Worte in Erinnerung „Das Handwerk hat einen goldenen Boden“. Seine Eminenz gedachte sodann der Vereinigungen der Handwerker in den früheren Zeiten der gewerblichen Zünfte, welche wohl erkannten, daß der Segen von oben kommt. Mit warmen Worten anerkannte er die verdienstvolle Tätigkeit seines Amtsvorgängers, welcher die Gesellen- und Meistervereine organisiert und diesen Bestrebungen sein Leben gewidmet hat. Dr. Gruscha, sagte er, hat uns dies als Erbe hinterlassen und wir wollen in seinem Sinne weiterarbeiten. Mit Freuden sei es zu konstatieren, daß in diesem Hause auch Räume vorgesehen sind, in welchen die christlichen Lehrlinge ihre religiösen Überzeugungen und ihre patriotische Gesinnung pflegen können. Er betonte dann, daß der Kaiser einen Vertreter in der Person des Statthalters entsendet

habe, danke dem Statthalter und bat ihn, die Gefühle des unterthänigsten Dankes für die heutige Teilnahme und der unverbrüchlichen Treue der Versammelten an die Stufen des Ah. Thrones gelangen zu lassen. Nach den Einweihungs-Feierlichkeiten und den Eröffnungsreden begann der Rundgang durch die Anstalt. Zuerst wurden der Statthalter und die übrigen Ehrengäste in die Lehrwerkstätte der Tischler geführt, wo Genossenschaftsvorsteher Wanderer an der Spitze des Schulausschusses vorgestellt wurde. Die nächste Werkstätte war jene der Zimmermeister. Hier wurde Vorsteher Tröster vorgestellt. Durch das Heizhaus ging der Weg in die Lehrwerkstätte der Schmiede, dann der Schlosser, der Glaserer und endlich der Zuckerbäcker. Alle Werkstätten waren in vollem Betrieb, in der Werkstätte der Schmiede wurde eben ein Pferd beschlagen. In diesen Werkstätten wurden vorgestellt: die Genossenschaftsvorsteher Reuner, Ruschka, Kreibitz und Rosenberger. Dann ging es zu den Schulbädern und in die Schulküche, wo Fräulein Tinz vorgestellt wurde. Weiters wurden einzelne Turnsäle besichtigt. In der Lehrwerkstätte der Buchdrucker wurde Gremial Vorsteher Kais. Rat Ronetz vorgestellt. Hier gab es auch eine kleine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten vom Schuljahre 1909 / 1910. In der Lehrwerkstätte der Metallschleifer wurde Genossenschafts-Vorsteher Bantleon, bei den Elektrotechnikern Vorsteher Jergle und bei den Mechanikern Vorsteher Laubek vorgestellt. Mittels Aufzuges begab sich sodann der Statthalter in den im Mansarden-Aufbau untergebrachten sogenannten roten Festsaal, wo sich unterdessen die übrigen Festgäste versammelt hatten. Beim Eintritt des Statthalters antonierte die Kapelle des Lehrlingshortes die Volkshymne. Nachdem sich der Statthalter, der Fürsterzbischof Dr. Nagl und die übrigen ^{Fest-} Gäste in das aufliegende Gedenkbuch eingetragen hatten, stellte Bürgermeister Dr. Neumayr in seiner Eigenschaft als Obmann des Fortbildungsschulrates nachstehende Persönlichkeiten vor:

1. Obmannstellvertreter Kammerret Johann Pabst, II. Obmannstellvertreter Kammerret Wegal Leckel, das ehemalige ~~Mitglied~~ Mitglied des Fortbildungsschulrates Hofrat Dr. R. Maresek, Landtagsabg. Lorenz Müller, Magistratsrat i. P. Franz Harosny, Hofrat Pliwa, die Mitglieder des Fortbildungsschulrates, Regierungsrat Dr. Kreibitz, Regierungsrat Stübchen Kirchner, Landesschulinspektor Hofrat Dr. Rieger, Landesschulinspektor Püchl, Handelskammerrat Landtagsabgeordneter Kornel Spitzer, Landtagsabg. STR Opfemberger, Magistratsrat Schaufler, GR Direktor Senda, Bürger-schächleher Mayerhöfer, der Vizepräsident des Vereins der Wiener Kaufmannschaft kais. Rat Krause, Landtagsabg. kais. Rat Lubar, Genossenschaftsvorsteher Bermann, Braunig, Horak und

Penz, Bürstenbinder Riegerl, Metallschleifer Tinz, Genossenschaftsvorsteher W. Wolf, Handelskammerret Zesewitz, der Amtsleiter des Fortbildungsschulrates n. B. Landessekretär Dr. Frey, Amtsleiterstellvertreter Magistratssekretär Dr. Lippert, der mit dem Referat über den Bau des großen Gebäudes betraut war, der Buchhaltungsvorstand des Fortbildungsschulrates Landesrechnungsdirektor i. P. G. Luppi, Architekt Hamel, der die Pläne für das neue Gebäude ~~entwarf~~ entwarf und als Bauleiter fungierte, Bauinspektor Fiebiger, Baurat STR Hans Schneider, Feuerwehrkommandant Müller, Stadtgärtendirektor Wenzel Hybler, Oberdirektor stellvertreter des neuen Anstalt Schiffer, (Oberdirektor Dr. Beutel ist erkrankt und war am Erscheinen verhindert), und endlich der Direktor der Zentrallehranstalt für Frauengewerbe Hamann. Dann stellte der Bürgermeister auch die in der Nähe stehende langstehende langjährige Vorsteherin der Genossenschaft der Modistinnen Frau Ottilie Wagner dem Statthalter vor.

Im gelben Festsaale wurde das vom Unterrichtsministerium gespendete große Kaiserbild besichtigt und der Schöpfer desselben Professor Michalek dem Statthalter vorgestellt. Dann ging der Weg durch das galvanostegische Laboratorium in die Lehrwerkstätte der Uhrmacher, wo Vorsteher Panosch die Honneurs machte, durch die chemischen Laboratorien und die Vortragssäle für Physik in die Lehrwerkstätte der Anstreicher, wo Vorsteher Hermann den Statthalter begrüßte. Nunmehr wurde der Trakt besichtigt, in welchem ~~die~~ die musterergiltige Zentrallehranstalt für Frauengewerbe untergebracht ist. Hier begrüßte Direktor Hamann den Statthalter und stellte ihm den Lehrer Scholz sowie die Abteilungsleiterinnen Lorenz und Gutmann und den Official Bauer vor. Der Statthalter besichtigte die Restaurierschule, Kunststickerei, Bildungsanstalt für Kleidermacher und die übrigen Räume und sprach sich über das Gesehene höchst lobend aus. Beim Verlassen dieses Traktes machten die Schülerinnen der Anstalt Spaller in luftigen Festkleidern und brachten dem Statthalter eine Ovation dar. Des Weiteren besichtigte dann der Statthalter die Zentral-Dehlings - Bibliothek und den Speisesaal, um zum Schluß die Lehrwerkstätte der Buchbinder sowie der Kamm- und Fächermacher ^(Werkstätten) zu besuchen. Hiermit war der Rundgang beendet und der Statthalter und die Festgäste verließen nach fünf dreistündiger Dauer das neue Schulgebäude. Bei der Feststiege war eine große Anzahl von Lehrlingen versammelt, welche in ein vom Oberdirektor Schiffer ausgebrachtes Hoch auf den Kaiser begeistert einstimmten.

Am der Eröffnungsfeier nahmen auch teil: Hofrat Diabac, Statthalterrat Schlager, namens der Urania Präsident Dr. Kessler

und Dr. Heinrich Graf Beaufort, Regierungsrat Daubeck, und die GRE Schelz und Wilhelm.

Eine Schrift über Wien. Wie wir erfahren, plant die bekannte Verlagbuchhandlung Philipp Reclam jun. in Leipzig für den Herbst des nächsten Jahres ein Sonderheft der in ihrem Verlag erscheinenden Wochenschrift „Universum“, welches im Rahmen der Städte - Nummern ausschließlich der Kaiserstadt Wien gewidmet sein soll. Diese Nummer wird von der Verlagbuchhandlung besonders reich und sorgfältig ausgestattet werden und soll in einer Auflage von mehr als 70.000 Exemplaren erscheinen. Die Anregung hiezu gab der Wiener Gemeinderat und Buchhändler August Amonesta, dessen bezügliche Mitteilung im Bürgerklub mit Freuden zur Kenntnis genommen wurde.

Gewerbemäßige Anbietetung persönlicher Dienste an nicht öffentlichen Orten. Das Handelsministerium hat mit Erlaß vom 14. September 1911 Folgendes eröffnet: Mit der im heurigen Jahre kundgemachten Ministerialverordnung wurde auf Grund des § 24, Absätze 1 und 2, und des § 57, Absatz 3, der Gewerbeordnung das Gewerbe derjenigen, welche an nicht öffentlichen Orten persönliche Dienste (als Boten, Träger, Begleitpersonen und dergl.) anbieten, an eine Konzession gebunden. Gleichzeitig wurden in der Verordnung Bestimmungen über die Verleihungsbehörde, die Berücksichtigung des Lokalsbedarfes, sowie die Zurücknahme der verlichenen Konzession getroffen. Die Aufstellung besonderer Bestimmungen über die behufs Erlangung der Konzession erforderliche Befähigung des Bewerbers, über die Beschaffenheit des Standortes und der Betriebsstätte, über die Art, den Umfang und die Bedingungen der Gewerbeausübung, sowie über die Zulässigkeit besonderer gewerbepolizeilicher Regelung wurde einer späteren Verordnung vorbehalten, welche nach Durchführung einer hierüber noch abzuführenden schriftlichen Expertise erlassen werden wird. - Die Gewerbebehörden erster Instanz werden auf die Bestimmungen der Eingangs bezogenen Verordnung mit dem Beifügen aufmerksam gemacht, daß nach dem Erlasse des Handelsministeriums unter dem Begriff des in dieser Verordnung umschriebenen Gewerbes in erster Linie jene Hilboten Unternehmungen zu subsumieren sein werden, welche sich seit einigen Jahren nach ausländischem Muster insbesondere unter den Bezeichnungen „~~Messenger~~ Messenger Boy Unternehmungen“, „Rote Radler“, „Gelbe Radler“ u. dergl. einbürgern beginnen, und daß mit der Erledigung einschlägiger Konzessionsgesuche bis zum Erscheinen der oberwähnten erglänzendenden Verordnung innezuhalten sein wird.

Sektionschef Dr. V. Berger. Der um die bauliche Entwicklung Wiens hochverdiente frühere Stadtbaudirektor Sektionschef a. D. Ing. Dr. techn. Franz Ritter von Berger hat heute (Montag) sein 70. Lebensjahr vollendet. Obwohl es der Wunsch des Jubilars war, diesen Tag in aller Stille vorübergehen zu lassen, wurde doch diese Gelegenheit von zahlreichen Fachkollegen und Freunden desselben sowie von Gemeindefunktionären, u. A. auch vom Bürgermeister Dr. Neumayer benützt, Dr. v. Berger wärmstens zu beglückwünschen. Im Namen der Direktion des Wiener Stadtbauamtes, um dessen Ausgestaltung und Organisation sich der Gefeierte außerordentliche Verdienste erworben hat, Erschienen Baudirektor Ing. Sykora und Oberbaurat ^{Ing./}Goldemund in der Wohnung Dr. v. Bergers und überbrachten ihm die aufrichtigsten Glückwünsche dieses seiner stets in Dankbarkeit gedenkenden Amtes. Ihnen hatte sich auch Baurat Ing. Voit als Obmann des Klubs der Wiener Stadtbauamts-Ingenieure angeschlossen, dessen Ehrenmitglied der Jubilar seit seinem Ausscheiden aus dem städtischen Dienste ist.

Zur Eröffnung des neuen Fortbildungsschulgebäudes.

Bgm. Dr. Neumayer hat dem Statthalter auch den Baumeister Glisch vorgestellt, der mit der Bauführung betraut war.-

WIENER RAUHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Dienstag, 31. Oktober 1911.

WIENER - STADTRAT.
Sitzung von Dienstag, 31. Oktober 1911.
Vorsitzende VB. Dr. Porzer, VB. Hierhammer, VB. Hoß.

Nach einem Bericht des StR. Straßer wird die von der Bezirksvertretung des 20. Bezirkes vorgenommene Wahl der Mitglieder des städtischen Bezirksweisenrates bestätigt.

Das vom StR. Hörmann vorgelegte Projekt für den Umbau des Straßenkanales zwischen den Hinderstellungen IX und XI am Zentralviehmarkte St. Marx wird mit dem Erfordernisse von 3250 K genehmigt.

Die Herstellung von widerstandsfähigen Abschlüssen an den Enden der Sturzgleise (Pufferböcke) des Szallassenbahnhofes Wien - St. Marx durch die k.k. Ost. Staatsbahnen für Rechnung der Gemeinde Wien wird mit den Kosten von 800 K genehmigt.

Nach einem Bericht des VB. Hierhammer wird für das Kaiser Jubiläumsspital der Gemeinde Wien die Lieferung der Möbel aus gebogenem Holz an die Firma Gebrüder Thonet, die Lieferung der Spezialmöbel an die Firma E.W. Maas vergeben.

Nach einem Bericht des VB. Dr. Porzer wird der Aufbahrer der städtischen Leichenbestattung Alexander Nemetschke zum Werkführer - Stellvertreter ernannt.

Das vom StR. Tomola vorgelegte Projekt für den Kanalneubau in der verlängerten Hockegasse und im Promnadeweg von der Wurzinger - bis zur Schafberggasse und von der Schafberggasse bis zur Realität B.Z. 444 in Pötzleinsdorf wird mit den Kosten von 45.800 K genehmigt.

Die Schadloshaltung für den zur Straße abzutretenden Grund beim Hause 18. Bezirk, Laoknergasse 104 im Ausmaße von 62 m² wird mit dem Pauschalbetrage von 1.200 K festgesetzt.

Nach einem Berichte des StR. Schneider wird der vorgelegte Entwurf für die gärtnerische Ausgestaltung der dreieckigen Fläche an der Einmündung der Klosterneuburgerstraße in die Brigittenuferlande im 20. Bezirk wird mit den Kosten von 750 K genehmigt.

Denkmal für Josef Kainz. Bekanntermaßen hat sich ein Kreis von persönlichen Freunden des verewigten Künstlers Josef Kainz zusammengesetzt, um in Wien ein Denkmal für Josef Kainz zu errichten. Das Denkmal wird ein Werk des österreichischen Bildhauers Jaray sein, der gegenwärtig in Berlin lebt und der ein persönlicher Freund des verstorbenen Künstlers war. Dargestellt wird Kainz als Hamlet in der Friedhofs-Szene mit dem Totenkopf in der Hand. Der Denkmal Ausschuß hat sich an die Gemeinde um Ueberlassung eines geeigneten Platzes gewendet. Nach einem Berichte des StR. Tomola wurde in der

heutigen Stadtrats Sitzung dem Ausschuß ein Platz in der Parkanlage in der Meredianstraße, nächst dem Türkenschanzparke und dem Cottage-Sanatorium überlassen. Die Aufstellungsarbeiten werden mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Es hat den Anschein, als ob mit dieser Aufstellung der Anfang gemacht würde zur Errichtung einer Art von Denkmal-Hein für Künstler.

Aus dem Rathause. Der gemeinderätliche Bürgerklub hält kommenden Freitag, den 3. November um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht die Errichtung des Dr. Karl Lueger-Denkmales. - Mitteilungen des Obmannes Oberkurators Steiner.

Sektionschef 's Dr. von Berger siebzigster Geburtstag. In Vertretung der ständigen Delegation des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines, überbrachte heute Vize-Präsident Hofrat Prof. Lorbeer die herzlichsten Glückwünsche und gab der innigen Freude Ausdruck, daß es dem allverehrten Präsidenten der Delegation vergönnt sei, in voller geistiger und körperlicher Frische den siebzigsten Geburtstag zu feiern. Hofrat Prof. Lorbeer fügte bei, die Technikerschaft ganz Oesterreichs nehme wärmsten Anteil an diesem Geburtstage und vereinige ihre Sympathien für Dr. von Berger, der in allen Stellungen bestrebt war, die Interessen der Technikerschaft eifervoll zu wahren und zur Erhöhung und Festigung des Standesbewußtseins beizutragen.

Gemeindevermittlungsamt Währing. Im Monate November finden beim Vermittlungsamte Währing, 18. Bez. Martinsstraße 100 jeden Donnerstag, den 7., 9., 16., 23. und 30. November ab 9 Uhr vormittags Verhandlungen statt.

Goldene Hochzeit. Vor einigen Tagen beging das Ehepaar Johann und Juliane Weinbauer das Fest der goldenen Hochzeit. Der Mann erlernte bei seinem Vater, der auch gleichzeitig Gastwirt war, das Weberhandwerk, übernahm später das väterliche Gasthaus, welches aber 1866 durch eine Feuersbrunst zerstört wurde, und war dann Pächter von Wirtshäusern in verschiedenen Orten Ober- und Niederösterreichs. Im Jahre 1891 kam er nach Wien, fand bei der Aspangbahn Beschäftigung, und erlitt im Jahre 1910 einen schweren Unfall indem er von einer Lokomotive niedergestoßen wurde. Zwei Kinder des Ehepaars sind noch am Leben. Die kirchliche Zeremonie fand am letzten Sonntag in der Pfarrkirche zu Maria Geburt am Rennweg statt. In Vertretung des Bürgermeisters über-

brachte Bezirksvorsteher Stellvertreter Kutschera das übliche Ehrengeschenk.

Das historische Museum der Stadt Wien wird am Allerseele-Tag (2. November) um 12 Uhr mittags geschlossen.

Vom Zentralfriedhofe. Vom 1. November angefangen findet in der Begräbniskirche am Zentralfriedhofe bis einschließlich 8. November d. M. täglich vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr eine heilige Messe und vom 3. bis 8. November täglich nachmittags $\frac{1}{2}$ 4 Uhr ein heiliger Segen mit Predigt statt. - In der Gruft des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Lueger am Zentralfriedhofe wurde heute namens der Stadt Wien ein Kranz mit rot-weißen Schleifen niedergelegt.

Beschauscheine für Würste und Selchwaren. In der letzten Zeit haben sich Fälle ereignet, daß Würste und Selchwaren in der Großmarkthalle (Abteilung für Fleischwaren) einlangten, ohne daß hierfür die vorgeschriebenen Beschauscheine beigebracht wurden. Um nun die Einsender vor Schaden zu bewahren, werden dieselben in ihrem eigensten Interesse darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß § 8 der Marktordnung für die Großmarkthalle (Abteilung für Fleischwaren) für alle in die Großmarkthalle gelangenden Waren Beschauscheine beizubringen sind.

Ein neues Schwimmbad - Dampf- und Wannebad in Hernals. Der Stadtrat beschloß heute nach dem Bericht und Antrage des StR. Sebastian Grünbeck die Erbauung eines großen Stile gehaltenen Schwimmbades im 17. Bezirk an der Ecke der Bergsteig- und Jürgersstraße auf der Area der städtischen Zinshäuser Bergsteiggasse 31 und 33 nach der vorgelegten Projektskizze mit dem ungefähren Kostenbetrage von 1,175.000 K. Das Stadtbauamt wurde beauftragt, das Detailprojekt ehestens vorzulegen. Mit dem Bau soll schon anfangs März 1912 begonnen werden; in das Budget für die Jahre 1912 und 1913 ist das entsprechende jeweilige Erfordernis einzusetzen. Das Bad soll dem Mangel an Bädern in Wien in ausgiebiger Weise abhelfen und wird allen Ansprüchen genügen. Es soll enthalten: im Parterre ein Schwimmbassin mit 41 Kabinen, daß mit Glas überdacht und auch im Winter benützbar ist, nebst den erforderlichen Diensträumen. Das Bad soll 30 m lang und 13 m breit sein und eine Tiefe zwischen 3m und 70 cm besitzen. Ferner soll das Parterre das Herren- und Frauen- Dampfbad enthalten. Im 1. und 2. Stock sollen Kabinen und Ankleidekästen für das Schwimmbad und die Dampfäder untergebracht werden, im 2. Stock weiters die Wannebäder erster Klasse, im 3. Stock-

werk die Wannebäder zweiter Klasse. Das Bad soll im Ganzen 569 Auskleideangelegenheiten enthalten. Die Glasdachung des Schwimmbades soll so eingerichtet sein, daß ein großer Teil desselben verschoben werden kann, so daß das Schwimmbad im Sommer als sogenanntes „offenes“ Bad wird benützt werden können. - Bei dieser Gelegenheit verwies StR. Wippel auf die dringende Notwendigkeit der Errichtung eines Schwimmbades auch im 10. Bezirk.

Vorrückung von Lehrpersonen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Tomola über die Vorrückung von Lehrpersonen. Die Volksschullehrerinnen 2. Klasse Elisabeth Lukasewicz und Valeska Riebe wurden zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, die provisorischen Lehrer Emil Witschel und Anton Seebald zu 2. Klasse wurden zu Volksschullehrern 2. Klasse und die provisorischen Lehrerinnen 2. Klasse Karoline Schmetterer und Wilhelmine Plechaweky zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse ernannt.

Bitte an den redlichen Finder. Ein blutarmes ganz allein auf sich angewiesenes Fräulein hat Sonntag den 29. d. M. abends um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr auf dem Wege von der Rennwegkaserne, über den Reumarkt, aller Wahrscheinlichkeit nach beim Einsteigen in einen Straßenbahnwagen der 2. er Linie, wo großes Gedränge herrschte, ihre Geldbörse aus schwarzem Leder verloren. In der Börse waren 70 K und Kleingeld (ihr ganzer Monatsgehalt) enthalten. Weitres enthielt die Börse ein Francs- und ein Centesemistück, sowie ein Rezept ausgestellt in Innichen. Der redliche Finder wird inständigst gebeten, die Verlustträgerin, 8. Bez. Florianigasse 20, 3. Stock, Th. 25 zu verständigen, damit sie wieder in den Besitz ihres Eigentums kommt.

P.T. Wir bitten im Interesse des uns von einem Stadtrate empfohlenen armen und würdigen Mädchens recht sehr um Aufnahme dieser Notiz.

Zur gefälligen Kenntnisaahme der P. T. Herren Kollegen. Im Einverständnis mit einer Anzahl von Kollegen hat die Rathaus-Korrespondenz für den verstorbenen Kollegen Wilhelm einen Kranz besorgt. - Bürgermeister Dr. Neumayer hat der Witwe heute ein Kondolenzschreiben zugesandt.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Dienstag, 31. Oktober abends.

Aus dem Approvisionnementusausschuße. Der gemeinderätliche Approvisionnementusausschuß hielt heute (Dienstag) abends unter dem Vorsitze \bar{x} seines Obmannes GR. Dr. Klotzberg, bzw. des Obmannstellvertreters GR. Dechant eine Sitzung ab, in welcher vorerst eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt wurde. Sodann wurde über die Auflassung des Verbotes der Einfuhr von Sacharin beraten. Der Stadtrat hatte sich gegen das Verbot ausgesprochen und heute lag dieser Antrag dem Approvisionnementusausschusse vor. Nach längerer Debatte wurde die Beschlußfassung behufs Einvernahme von Experten vertagt. - Ferner wurde beschlossen, die vorliegenden Berichte des Magistrates über die Milchfrage und über die Versorgung mit Obst und Gemüse behufs eingehender Beratung vorerst in Druck zu legen.
